

Nr. **4** Dez. 2003
14. Jahrgang



DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

Nach Cancún:
Wie weiter mit der Landwirtschaft?
Freiheit und Selbstverwaltung
Aufgaben der Dreigliederungsarbeit
Betrachtungen und Berichte, Ankündigungen

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE NETZWERK DREIGLIEDERUNG

Editorial

Ein Jahr geht zu Ende, in dem vieles sich bewegt hat - und wir haben mitbewegt. Als der Rundbrief zum ersten Mal über das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS berichtete, fühlten wir uns als einsame Rufer in der Wüste. Heute sind dieses und andere Abkommen Gegenstand öffentlicher Debatte. Was in diesem Publikationsorgan vor 8 Jahren bereits über das Landwirtschaftsabkommen der Welthandelsorganisation zu lesen war: das Scheitern der letzten WTO-Konferenz hat bestätigt, dass mit diesem Abkommen die Landwirtschaft in die Sackgasse geführt wird. Dass die hier veröffentlichten Appelle, die WTO in Cancún zu stoppen, keine bloße Rhetorik waren: die Entwicklung hat es auch den Skeptikern bewiesen. Der „Rundbrief Dreigliederung“ war mitbeteiligt daran, das sogenannte Cross-Border-Leasing zum Thema zu machen: Jetzt liegen Cross-Border-Leasing-Geschäfte, die schon unter Dach und Fach zu sein schienen, auf Eis (siehe den Bericht auf S. 25). Die Initiative Netzwerk Dreigliederung und ihr Rundbrief haben sich zu einer Zeit in die Debatte um die europäische Verfassung eingemischt, als dieses Thema auch in der Zivilgesellschaft noch von vielen nicht entdeckt war. Jetzt entwickelt sich, je näher die Entscheidungen über das Projekt rücken, eine breiter werdende Bewegung. Die Dreigliederungsbewegung hatten viele schon tot gesagt, jetzt bilden sich weltweit neue Vernetzungen und Gruppen.

Auf all das sind wir stolz, auch wenn wir wissen: Es ist nur ein aller erster Anfang. Und die Gegenkräfte sind gewaltig. Um mit ihnen fertig zu werden, genügt es nicht, Widerstand zu entwickeln - es müssen lösungsorientierte Alternativen ausgearbeitet werden. Gerade dafür war dieser Rundbrief immer eine wichtige Plattform. Und das soll er in Zukunft noch stärker sein. Auch dieses Heft zeigt wieder die Bemühungen, die wir in dieser Richtung unternehmen - beispielsweise, um den notwendigen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaftspolitik voranzubringen. Wir konnten über all die Jahre zum Ringen um eine andere Welt beitragen, weil wir uns auf die Freundinnen und Freunde verlassen konnten, die unserer Initiative Netzwerk Dreigliederung immer wieder ihre Sympathie in der wirksamen Form finanzieller Unterstützung haben zukommen lassen. Auch in der Zukunft verlassen wir uns auf diese Hilfe. Deshalb erbitte ich Ihre Aufmerksamkeit für das Budget des nächsten Jahres und den Aufruf zum Kostenausgleich.

Ich wünsche allen Lesern ruhige und besinnliche Feiertage, die Ihnen Kraft geben mögen für die Arbeit des neuen Jahres!

Ihr



Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen S. 3

Nach Cancún: Wie weiter mit der Landwirtschaft? Eine Aufforderung zum Umdenken (Christoph Strawe)..... S. 5

Freiheit: Gestaltungsprinzip des geistig-kulturellen Lebens
II. Teil: Freiheit und Selbstverwaltung
(C. Strawe) S. 14

Aufgaben und Perspektiven der Dreigliederungsarbeit
(C. Strawe) S. 22

Betrachtungen und Berichte..... S. 24

Das strömende Geld (Bettina Kalambokis)... S. 24

Cross-Border-Leasing vor dem Aus? S. 25

Alternativer Nobelpreis S. 26

FTAA-Gipfel in Miami S. 26

Europäisches Sozialforum S. 27

Europäische Verfassung S. 27

Massendemonstration gegen Sozialabbau //

Brief von Herbert Schliffka S. 29

Initiative Zukunft (Wilhelm Neurohr) S. 32

Schöne Schulen in Russland (Eginhard Fuchs) S. 36

IWF // Gesundheitsreform //

Demokratiebewegung // S. 37

Freies Forum // Freies

Jugendseminar Stuttgart S. 38

Literaturhinweise S. 38

Bernhard Steiner über Jaques Attali u.a.

Ankündigungen und Termine

In eigener Sache // Tagung: Faire Wirtschaft für alle // Kongress Regiogeld // „Es geht ums Ganze“ u.a. S. 41

Kontinuität der Arbeit ermöglichen - Aufruf zum Kostenausgleich..... S. 45

Fortbildungsseminare S. 47

Impressum

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 / 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. Umschlaggestaltung: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr Euro 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang August und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Die 5. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Cancún/Mexiko endet ergebnislos +++ Zwei-Drittel-Mehrheit für die CSU bei der bayrischen Landtagswahl. Die SPD, die bei der vorigen Wahl noch 28,7 Prozent erhalten hatte, kommt auf 19,6 Prozent. Die Grünen gewinnen leicht, die FDP kommt wieder nicht in den Landtag +++ Der deutsche Bundeskanzler und der amerikanische Präsident erklären ihren Streit für beendet +++ Kopftuch-Urteil des Bundesverfassungsgerichts: ein Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen ist nicht prinzipiell verfassungswidrig, bedarf allerdings einer eigenen gesetzlichen Grundlage, die im Fall der Lehrerin Ludin fehlte +++ Festnahme eines neuen Tatverdächtigen für den Mord an der schwedischen Außenministerin Anna Lindh, nachdem sich der zunächst Festgenommene als unschuldig erwiesen hatte +++ Die irakische Politikerin Akila el Haschimi erliegt den Folgen eines Anschlags. Die UN kündigt den Abzug weiterer nichtirakischer Mitarbeiter an +++ UNO-Generalsekretär Annan kritisiert die Politik der USA vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen +++ US-Waffeninspekteur David Kay stellt in einem Bericht fest, dass nach wie vor im Irak keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden +++ Ein Stromausfall legt die Elektrizitätsversorgung von Italien für mehrere Stunden fast gänzlich still +++ Geplante Fusion der Fluggesellschaften Air France und KLM wird bekannt gegeben. Das neue Unternehmen wäre mit 19,2 Mrd. Euro der umsatzstärkste Anbieter auf der Welt +++ Die Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück (Hessen und NRW) schlagen eine Subventionskürzung von pauschal 4 Prozent jährlich vor +++ Der Südafrikaner John Maxwell Coetzee erhält den Literatur-Nobelpreis +++ Der Right Livelihood Award (Alternative Nobelpreis) in diesem Jahr geht unter anderem an Nicanor Perlas und Ibrahim Abouleish +++ Den diesjährigen Friedensnobelpreis erhält die iranische Menschenrechtlerin Schirin Ebadi +++ Hollywood Schauspieler und Muskelmann Arnold Schwarzenegger gewinnt die Wahl zum Gouverneur des US-Bundesstaates Kalifornien +++ Als Antwort auf einen Selbstmordanschlag in einem Lokal in Haifa, bei dem 20 Menschen umkommen, bombardiert Israel Ziele in Syrien +++ Streit in den Unionsparteien um den Umbau der Sozialsysteme. Die CSU wendet sich gegen eine Kopfpauschale in der Krankenversicherung, wie sie von der Herzog-Kommission vorgeschlagen wird. CDU-Chefin Merkel und die CDU-Spitze hatten sich die Vorschläge der Kommission zu eigen gemacht +++ Die Einführung der LKW-Maut, die bereits einmal verschoben worden war, erweist sich wegen technischer Pannen auch zum neuen Termin als unmöglich +++ Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet eine neue Irak-Resolution. Deutschland, Frankreich und Russland stimmen schließlich zu, obwohl der Text viele ihrer Einwände nicht be-

rücksichtigt +++ Der deutsche Bundestag verabschiedet zahlreiche sogenannten Reformen. Dazu gehören die Hartz-III-Gesetze zum Umbau der Bundesanstalt für Arbeit und das Arbeitslosengeld II, mit dem Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengefasst werden, das Vorziehen der 3. Stufe der Steuerreform, eine Gemeindefinanzreform und die „Gesundheitsreform“. Kritiker in den Reihen der Koalition waren durch eine Kombination von massivem Druck und kleinen Zugeständnissen schließlich doch zur Zustimmung bewogen worden +++ Papst Johannes Paul II. feiert unter großer Anteilnahme der Weltöffentlichkeit sein 25-jähriges Amtsjubiläum +++ China schießt eine bemannte Kapsel in den Weltraum +++ Insolvenzantrag der Charterfluggesellschaft Aero Lloyd +++ Der Friedenspreis des deutschen Buchhandels geht an die US-amerikanische Schriftstellerin Susan Sontag +++ 2004 wird es wegen der finanziellen Probleme der Rentenversicherung eine Nullrunde für die Rentner geben, außerdem werden sie einen Beitrag zur Pflegeversicherung übernehmen müssen. Auf diese Weise soll der derzeitige Beitragssatz von 19,5 Prozent des Bruttolohns gehalten werden +++ Die BRD muss in diesem Jahr neue Kredite in Höhe von 43,5 Mrd. Euro aufnehmen. Auch für 2004 ist keine Besserung in Sicht +++ Besuch der Außenminister Fischer, Villepin und Straw in Teheran. Als Ergebnis der Gespräche erklärt sich Iran bereit, Urananreicherung und Wiederaufbereitung von Brennstäben auszusetzen +++ Geberkonferenz für den Irak, mit 77 Staaten, in Madrid +++ Rechtsruck bei Wahlen in der Schweiz, spektakuläre Zugewinne für die Blocher-Partei +++ Der stellvertretende US-Verteidigungsminister Wolfowitz entgeht in Bagdad nur knapp einem Anschlag. Bei weiteren Terrorakten, von denen einer der Zentrale des Roten Kreuzes gilt, sterben 43 Menschen +++ Festnahme des Chefs des Yukos-Erdölkonzerns, Michail Chodorkowskij, durch die russische Staatsanwaltschaft wegen des Vorwurfs von Steuerhinterziehung und Betrug. In diesem Zusammenhang werden Spekulationen über einen Machtkampf im Kreml angestellt. Chodorkowskij, der als einer der reichsten Männer Russlands gilt, legt kurz darauf seinen Posten nieder +++ Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hohmann wird wegen antisemitischer Äußerungen in einer Rede gemäßigelt. Bundesverteidigungsminister Struck entlässt den Kommandeur des besonders für Terrorbekämpfung ausgebildeten Kommandos Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr Günzel, der Hohmann unterstützt hatte. Hohmann wird schließlich aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgeschlossen, was auch zu einer heftigen Unions-internen Debatte führt +++ Der Bundesrat lehnt die Pläne der Koalition für das Vorziehen der Steuerreform in der vorgesehenen Form ab und ruft den Vermittlungsausschuss an. Auch andere Vorhaben werden zunächst blockiert +++ Bei einem Selbstmordattentat im Irak sterben 27 Menschen, darunter 18 italienische Soldaten. Kurz darauf 17 Tote bei einem Selbstmordattentat in Riad +++ Auseinandersetzung um die Beteiligung der im 3. Reich in NS-Verbrechen verstrickten Firma Degussa am Holocaust Mahnmahl in Berlin +++ Etwa 100.000 Menschen demonstrieren in

* 14. Dezember 2003

Berlin gegen die Sozialreformen der rot-grünen Koalition. Zu dem Protestmarsch hatten Attac, verschiedene Sozialverbände und die PDS aufgerufen. Auch zahlreiche Abordnungen von Gewerkschaften wie ver.di und IG Metall unterstützen die Veranstaltungen. Die Gewerkschaftsspitzen dagegen hatten nicht offiziell zu der Demonstration aufgerufen. Heftige Kritik am Kurs der Demonstranten äußert die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Krista Sager + + + Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie: Das AKW Stade geht vom Netz + + + Bei Wahlen in Japan wird die Regierungskoalition unter Ministerpräsident Koizumi (Liberaldemokratische Partei) bestätigt + + + Über 50.000 Menschen treffen sich in Paris zum 2. Europäischen Sozialforum + + + Das Treffen der Nordamerikanischen Freihandelszone FTAA bringt nicht den von den USA erhofften Durchbruch, da zahlreiche Länder sich für die Ausgrenzung sogenannter sensibler Bereiche aus dem Handelsabkommen einsetzen. Zehntausende zivilgesellschaftlicher Aktivisten aus ganz Amerika hatten gegen die Ausweitung des marktfundamentalistischen Handelsregimes der FTAA protestiert + + + Bei Terror-Anschlägen in Istanbul sterben 52 Menschen + + + Entgegen dem Votum der EU-Kommission lehnen die EU-Finanzminister ein Strafverfahren gegen die BRD wegen der Verletzung des Euro-Stabilitätspaktes ab. Dieser sieht vor, dass das Haushaltsdefizit eines Eurolandes 3% des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten darf + + + Die Sicherheitslage im Irak wird immer schwieriger. Dadurch sehen sich Kritiker bestätigt, die vorausgesagt haben, ein Irakkrieg werde die Gefahr des Terrorismus nicht mindern, sondern noch vermehren. In Afghanistan verstärkt sich der Taliban-Widerstand + + + Beim Parteitag der SPD in Bochum erzielen Geschäftsführer Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Clement äußerst schlechte Wahlergebnisse + + + Wochenlange Protestaktionen der Opposition gegen Wahlmanipulationen erzwingen letztlich den Rücktritt des georgischen Staatspräsidenten Schewardnadse + + + Agrarministerin Künast bleibt gegenüber opponierenden Bundesländern hart und setzt das ab 2007 geltende Verbot der Käfighaltung von Legehennen um. Zu büßen haben das nun die Schweine: Der Bundesrat blockiert im Gegenzug Bestimmungen für eine artgerechtere Schweinehaltung + + + In der Studentenschaft erheben sich Massenproteste gegen Mittelkürzungen und schlechte Studienbedingungen + + + Der Chef der Bundesanstalt für Arbeit Florian Gerster gerät wegen eines 1,3 Mio. Euro schweren PR-Beratervertrags in die Kritik + + + Der Parteitag der Grünen beschließt die Forderung nach einem Referendum in Deutschland über die geplante EU-Verfassung, für das die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen seien. Zuvor hatte sich die Fraktion der Grünen zusammen mit Unionsparteien und SPD noch gegen einen entsprechenden Antrag der FDP gewehrt. Dennoch wird dem Beschluss wenig praktische Bedeutung beigemessen + + + Der Parteitag der CDU in Leipzig beschließt radikale Reformen. Zur Finanzierung des Gesundheitswesens soll eine Kopfpauschale von 200 Euro im Monat eingeführt werden. Ein von dem Finanzpolitiker Friedrich Merz eingebrachtes Konzept zur Vereinfachung der Einkommensteuer wird einstimmig beschlossen. Es sieht

vor, dass es künftig nur noch 3 Steuersätze geben soll. Ein einheitlicher Grundfreibetrag von 8.000 Euro wird eingeführt. Der Eingangssteuersatz wird auf 12 Prozent gesenkt. Der linear-progressive Tarif wird durch zwei weitere Steuerstufen von 24 Prozent ab einem Einkommen von 16.000 Euro und von 36 Prozent ab einem Einkommen von 40.000 Euro ersetzt. Ein großer Teil bisheriger Steuervergünstigungen und Absetzungsmöglichkeiten soll entfallen + + + In Genf wird eine Vereinbarung präsentiert, die von ehemaligen israelischen und palästinensischen Ministern erarbeitet worden ist und die, obwohl sie keine Rechtsverbindlichkeit hat, einen Impuls für einen neuen Friedenprozess geben soll. Sie sieht einen Palästinenserstaat in Gaza und in 98% des Westjordanlands vor, im Gegenzug sollen die Palästinenser auf das generelle Recht der Rückkehr aller Flüchtlinge verzichten. Jerusalem wird in zwei Hauptstädte aufgeteilt + + + Bei seinem Besuch in Peking sagt Kanzler Schröder zu, sich für den Export der stillgelegten Hanauer Plutoniumfabrik nach China einzusetzen. Teile der SPD und der Grünen sehen damit die Glaubwürdigkeit der Berliner Politik in Sachen Kernenergie untergraben + + + Der US-Präsident Bush hebt die von der Welthandelsorganisation für illegal erklärten Schutzzölle auf Stahlprodukte auf, im Gegenzug will die EU auf Strafzölle verzichten + + + Ein Bombenanschlag auf einen mit Pendlern besetzten Zug zwei Tage vor den russischen Parlamentswahlen fordert 40 Menschenleben. Bei den Wahlen wird Putins Partei „Einiges Russland“ die mit Abstand stärkste Kraft + + + Russland kündigt an, das internationale Klimaschutzabkommen von Kyoto nicht ratifizieren zu wollen. Nachdem sich bereits die USA vor längerer Zeit vom Kyoto-Protokoll abgekoppelt hatten, liegt das Abkommen auf Eis + + + Richtlinien des US-Verteidigungsministeriums sehen vor, dass Unternehmen aus Staaten, die sich gegen den Irakkrieg ausgesprochen haben, keine Aufträge beim Wiederaufbau des Irak erhalten + + + Der Rechtspopulist Christoph Blocher wird zum Mitglied der Schweizer Regierung gewählt + + + Ringen im Vermittlungsausschuss um die vorgezogene Steuerreform + + + Am 12. und 13. Dezember berät eine EU-Regierungskonferenz in Brüssel über die EU-Verfassung. Die Konferenz, die zunächst eine Verstärkung der europäischen Militärpolitik beschließt, scheitert schließlich, weil die 25 Staats- und Regierungschefs keine Einigung über die künftige Stimmengewichtung im Ministerrat erzielen können. Der vorliegende Entwurf sieht die sogenannte doppelte Mehrheit vor: ein Beschluss gilt als akzeptiert, wenn 50 Prozent der EU-Länder zustimmen und diese 60 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren). Das verschlechtert die Position kleiner Länder gegenüber dem Vertrag von Nizza. Trotz des Scheiterns hofft man, das Projekt einer europäischen Verfassung in absehbarer Zeit abschließen zu können. Für den Fall eines endgültigen Scheiterns ist nach den Worten von Kanzler Schröder mit einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ zu rechnen + + + Der ehemalige irakische Präsident Saddam Hussein wird von amerikanischen Truppen festgenommen + + +

Nach dem gescheiterten WTO-Gipfel in Cancún: Wie weiter mit der Landwirtschaft?

Eine Aufforderung zum Umdenken

Christoph Strawe

Vorbemerkung

An den Fragen der Landwirtschaft und den sogenannten New Issues (u.a. Investitionsschutz) ist die 5. Ministerkonferenz der WTO in Cancún/Mexiko gescheitert. Den Versprechen, durch die konsequente Umsetzung des Freihandels auf diesen Gebieten werde alles besser werden, wurde kein Glauben mehr geschenkt. Eine Reihe von Ländern des Südens opponierte erfolgreich, gestützt auch auf das Engagement der Zivilgesellschaft. Durch das Scheitern der Konferenz ist aber natürlich keines der anstehenden Probleme gelöst. Darum ist es gerade jetzt, in einer Situation, wo alle Akteure genötigt sind, innezuhalten und nach Lösungen zu suchen, sehr wichtig, dass wirkliche Alternativen formuliert und eingebracht werden.

Vor nunmehr 8 Jahren haben wir in diesem Rundbrief einen Artikel von Udo Herrmannstorfer publiziert, „Wie weiter mit der Landwirtschaft“, der damals weit-sichtig die Folgen der WTO-Abkommen einschätzte. Da das Heft vergriffen ist, haben wir den Text mit einem Vorspann versehen ins Internet gestellt.¹

Vom 24.-26. Oktober dieses Jahres fand nun in der Universität Trier ein Seminar über die Entwicklungschancen der Landwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung statt, an dem auch führende Vertreter der Demeter-Bewegung teilnahmen. Udo Herrmannstorfer sprach dort unter anderem über die Ökonomie einer globalen ökologischen Landwirtschaft, Prof. Harald Spehl und Christoph Strawe analysierten die Situation im Hinblick auf die WTO und die europäische Landwirtschaftspolitik, bei einem Forum tauschte man sich über Zusammenarbeitsfragen unter den Höfen und in der Naturkostszene aus, um dann am letzten Tag Perspektiven und Handlungsrichtungen auf lokaler und globaler Ebene in den Blick zu nehmen.

Zuvor schon hatte sich bei einer Mitgliederversammlung des Global Network for Social Threefolding in Stuttgart eine internationale Arbeitsgruppe zu Fragen der Landwirtschaftspolitik im Kontext mit dem WTO-Prozess gebildet, der unter anderem Nicanor Perlas und Christoph Strawe angehören. Die Gruppe hat inzwischen mit ihrer Arbeit begonnen, in die wiederum die Ergebnisse des Trierer Seminars miteinfließen. Ziel ist es, erarbeitete Positionen an wichtigen Stellen in die Debatte einzubringen.

Die folgenden Ausführungen sind kein Bericht über das Seminar, sondern konzentrieren sich auf Ausschnitte, die im Zusammenhang mit dem WTO-Prozess besonders aktuell sind.

Das Scheitern in Cancún: eine Aufforderung zum Umdenken

Die Globalisierung, menschlich und gerecht gestaltet, bietet gewaltige Perspektiven. In ihrer gegenwärtigen verzerrten Form jedoch droht sie den Globus eher zu zersstückeln, als dass sie zu weltweiter Geschwisterlichkeit in Freiheit und Gleichheit beitrüge. Die Zivilgesellschaft sucht nach Wegen zu einer anderen Welt und einer anderen Globalisierung. Auch eine wachsende Zahl von Menschen in den etablierten Institutionen fragt sich, ob nicht Kurskorrekturen nötig sind.

Die menschliche Gesellschaft lebt von den Früchten der Natur auf der einen, von Ergebnissen der geistigen Fähigkeiten der Menschen auf der anderen Seite. Um die Früchte der Natur zu ernten, bedarf es der Landwirtschaft; um sicherzustellen, dass die geistigen Fähigkeiten der Menschen in der richtigen Weise dem sozialen Ganzen zugute kommen, ist eine entsprechende Handhabung von Kapital, Investitionen usw. erforderlich. Dass gerade auf diesen beiden Gebieten die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels, d.h. einer grundlegenden Veränderung der Sichtweise und des Herangehens, besonders deutlich wird, ist deshalb nicht zufällig.

Eine bessere Welt braucht auch eine gesunde nachhaltige und den Menschen in ihren jeweiligen Regionen dienliche Landwirtschaft. Die Zivilgesellschaft unterstützt die Länder des Südens in ihrem gerechten Widerstand gegen Diskriminierung, aber sie ist nicht die Hilfstruppe von Regierungen des Südens, deren Vorschläge den Notwendigkeiten eines Paradigmenwechsels selbst nicht oder nicht hinreichend Rechnung tragen.

WTO und WTO Agrarpolitik

Über die Geschichte der WTO ist in dieser Zeitschrift schon viel geschrieben worden. 1995 wurde das bereits durch das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT proklamierte Prinzip des freien Warenverkehrs auf die Dienstleistungen (GATS-Abkommen) und die Regelung der kommerziell relevanten Aspekte des geistigen Eigentums (TRIPS-Abkommen) ausgeweitet. All das ist Bestandteil einer seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs systematisch vorangetriebenen Entwicklung. Auf einem Gebiet, dem der Landwirtschaft, waren vor Gründung der WTO die Prinzipien des GATT nie konsequent angewandt worden.² Man hatte offenbar noch ein ungu-tes Gefühl dabei, die Landwirtschaft dem rauen Wind des Weltmarkts auszusetzen. Um Hunger vorzubeugen und sichere Ernährung zu gewährleisten, wurde in eini-

ELEMENTE DES WTO-AGRARABKOMMENS

Marktzugang (Art. 4 und 5 und Annex 5)

Alle Länder verwandeln alle nichttarifären Handelshemmnisse in schlichte Zölle ("Tariffizierung"). Alle Zölle werden gebunden, d.h. sie dürfen nicht über ein bestimmtes Limit steigen. Die entwickelten Länder reduzieren ihre Zölle insgesamt über eine 6-Jahres-Periode um 36%, mit im Minimum 15%iger Zollsenkung für jedes einzelne Produkt (Entwicklungsländer 24% und 10% über 10 Jahre).

Interne Stützung (Artikel 6 and Annex 2, 3 und 4)

Alle Formen der internen Stützung werden bestimmten Regeln unterworfen. Die WTO klassifiziert die Subventionen nach drei Kategorien, sogenannten Boxen (siehe Kasten auf der gegenüberliegenden Seite). Nur die Stützungsmaßnahmen der gelben Box unterliegen den folgenden Verpflichtungen zur Reduktion (gemessen nach dem Aggregierten Stützungsmaß AMS): Entwickelte Länder 20% über 6 Jahre, Entwicklungsländer 13% über 10 Jahre.

Exportwettbewerb (Artikel 8,9,10 and 11)

Reduktion der Exportsubventionen um 36% bzw. 24% über 6 Jahre (Entwicklungsländer 24% bzw. 10% über 10 Jahre)

De Minimis-Klausel

Darunter fallen Subventionen, die, obwohl sie handelsverzerrend sind, von den AMS-Berechnungen ausgenommen werden. Es gibt nicht-produktspezifische *De Minimis*-Zahlungen (weniger als 5% des Gesamtwerts der landwirtschaftlichen Produktion) und produkt-spezifische *De Minimis*-Zahlungen (weniger als 5% des Wertes des entsprechenden Produktes). Während die 5% für Industrieländer gelten, werden Entwicklungsländern 10% zugestanden.

Friedensklausel

Die Friedensklausel setzt das Subventionsabkommen (ASCM) außer Kraft. Damit wird Ländern untersagt, ihre Märkte vor exportierenden Ländern zu schützen, die ihre Landwirtschaft innerhalb der vom Agrarabkommen festgesetzten Grenzen subventionieren. In anderen Worten: da Exportsubventionen und inländische Subventionen unter dem Agrarabkommen legal sind, verzichten importierende Länder auf ihre Rechte durch das GATT, um ihre Märkte vor subventionierten Importen zu schützen. Die Friedensklausel läuft im Dezember 2003 aus.

Abkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen (SPS)

Dieses „Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures (SPS)“ scheint jedem Staat das Recht zu geben, Maßnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit von Menschen, Pflanzen und Tieren zu ergreifen. Diese Maßnahmen müssen jedoch durch wissenschaftliche Forschungsergebnisse gerechtfertigt sein und dürfen keine versteckten Handelshemmnisse darstellen. Diese Klausel erlaubt es, wenn Profitinteressen berührt sind, entsprechende Maßnahmen anzugreifen. Z.B. gab die WTO den USA im Streit um den Export von Hormon-Kalbfleisch nach Europa Recht, obwohl die EU dieses Fleisch für eine Gefährdung der Nahrungsmittelsicherheit hält.

Quellen:

Action Aid: The WTO Agreement on Agriculture (www.actionaid.org/resources/pdfs/agreement.pdf) // Germanwatch: Glossar zu den WTO-Verhandlungen (www.germanwatch.org/tw/glossar.htm)

gen Teilen der Welt, im Gegensatz zur anti-protektionistischen Politik des GATT, der Schutz für die Landwirtschaft sogar noch verstärkt. Die EU z. B. gibt bis heute mehr als 50% ihres Budgets, über 40 Mrd. Euro, für die sogenannte Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) aus. Auch die USA zahlen ihren Farmern, vor allem den Großfarmern, enorme Subventionen. Die Art und Weise dieser Protektion war sehr bürokratisch und verursachte viele Probleme der Überproduktion. Die europäischen Butterberge und Milchseen waren berüchtigt und das Wort von der „subventionierten Unvernunft“ kam auf. Diese Protektion verhindert im übrigen keineswegs eine zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft, den Einsatz von Gift und die Eigentumskonzentration in immer weniger Händen: „Wachsen oder Weichen“ hieß die Parole. Erst sehr spät kamen Ökologie, Nachhaltigkeit und „Multifunktionalität“ der Landwirtschaft (d.h. ihr Beitrag zur Landschaftspflege) in den Blick, wenigstens in Europa; in der US-Agrarpolitik spielen sie bis heute kaum eine Rolle.

Jede Form der Protektion für die Landwirtschaft zu beseitigen, bedeutet notwendig, den Prozess der Intensivierung, Industrialisierung, chemischen Düngung, des Pestizid- und Gentechnik-Einsatzes zu beschleunigen. Die Beseitigung der Protektion und die Liberalisierung des Weltagrarmarkts war jedoch das erklärte Ziel des neuen GATT/WTO-Agrarabkommens.

Auch die anderen WTO-Abkommen haben erhebliche direkte oder indirekte Wirkungen auf die Landwirtschaft. GATS z.B. könnte sich auf den Zugang der Bauern zu Wasser auswirken. TRIPS hat gravierende Folgen hinsichtlich des freien Zugangs zu Saatgut, ermöglicht langfristig großen Konzernen die totale Kontrolle des Weltagrarmarkts und öffnet der Gentechnik Tür und Tor. Noch schwieriger erscheint die Lage, wenn man die enorme Macht bedenkt, die der WTO durch ihre Schiedsgerichtsbarkeit gegeben ist. Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und zur Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit werden tendenziell als Handelshemmnisse angreifbar. Das jüngste Beispiel ist der Versuch der USA, den Import von Genmais nach Europa zu erzwingen (vgl. Kasten S. 13).

Das WTO-Agrarabkommen

Das WTO-Agrarabkommen (Agreement on Agriculture, AoA) wirkt also mit anderen Abkommen zusammen. Es umfasst vier verschiedene Hauptbestandteile: (1) Das Abkommen selbst; (2) die Zugeständnisse und Verpflichtungen der Mitglieder hinsichtlich Marktzugang und interner Stützung (d.h. Hilfen für die einheimische Landwirtschaft); (3) Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen (SPS)³; und (4) eine ministerielle Entscheidung, die am wenigsten entwickelten Länder und die Entwicklungsländer mit Importüberhang bei Nahrungsmitteln betreffend.⁴ In Artikel 20 des AoA sind kontinuierliche

Verhandlungen vorgesehen, die die Liberalisierung des Weltagrarhandels, zunächst bis Ende 1999, entscheidend voranbringen sollten.

WTO-Kompatibilität der Agrarpolitik

Besonders in Europa, aber auch in den USA erzwingen die WTO-Vereinbarungen eine Anpassung der Agrarpolitik. Auch die Osterweiterung der EU macht eine Veränderung des gesamten Stützungs-systems notwendig. Die Schritte der Anpassung sind in der sogenannten Agenda 2000 festgehalten. Sie soll vor allem die Umformung verbotener Subventionen wie Preisstützungen in Green Box-Subventionen, insbesondere direkte produktions-entkoppelte Einkommenshilfen sicherstellen (zu den „Boxen“ siehe Kasten rechts).

Die Fortsetzung der WTO-Agrarverhandlungen

Das Abkommen sieht, wie bereits erwähnt, kontinuierliche Verhandlungen vor. Wie auch bei GATS handelt es sich um einen Teil der sogenannten built-in-Agenda („eingebautes Verhandlungsprogramm“) der WTO. Der Kollaps der WTO-Konferenz 1999 in Seattle führte daher nicht zum Erliegen der Verhandlungen über diese Punkte. Und das Auslaufen der Friedensklausel Ende 2003 sorgt für zusätzlichen Druck. Der WTO-Gipfel in Doha 2001 brachte einen Kompromiss und den Einstieg in eine neue Liberalisierungsrunde, die vollmundig als Entwicklungsrunde bezeichnet wurde. Davon spürten die Entwicklungsländer jedoch wenig.⁵ Im Gegenteil, die Beschädigung lokaler Strukturen durch subventionierten Export landwirtschaftlicher Produkte aus den USA und aus der EU nahm weiter zu. Die USA zahlen für Baumwollproduzenten mehr als 4 Mrd. Dollar Subventionen, während einige der ärmsten afrikanischen Länder existentiell von der Möglichkeit zum Verkauf ihrer eigenen Baumwolle abhängig sind. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie CAFOD, Germanwatch, Action Aid und viele andere, haben die durch Agrardumping angerichteten Schäden an vielen Beispielen dokumentiert (siehe Kasten S. 9). So gewinnt die Forderung nach Wiederherstellung von Schutzmöglichkeiten der Südländer und nach Aufnahme einer zusätzlichen „Development Box“ in das Agrarabkommen immer mehr Anhänger. Die zwischenzeitlich vom WTO-Agrarverantwortlichen Harbinson unterbreiteten Verhandlungsvorschläge fanden keine Akzeptanz mehr. So war die Situation unmittelbar vor Cancún.

In Cancún versuchten die Länder des Nordens, im alten Stil mit einer Kombination von Pressionen und inhaltlichen Versprechungen ihre Ziele durchzusetzen. Das misslang diesmal, wie man weiß. Im letzten Dreigliederungs-Rundbrief habe ich aus eigener Anschauung darüber ausführlich berichtet. Entscheidend neu war der Aufstieg einer von Brasilien geführten Gruppe von Entwicklungsländern, die unter der Bezeichnung G20 auftrat. Demgegenüber spielte die früher starke und besonders aggressiv den Freihandelsgedanken vertretende Cairns-Gruppe, in der exportorientierte Staaten wie Kanada und Australien mit Schwellenländern zusammenwirkten, keine Rolle mehr.⁶ (Vgl. auch den Kasten S. 8.)

DIE DREI BOXEN DER WTO HINSICHTLICH DER AGRARSUBVENTIONEN

Gelbe Box (Amber Box)

Zahlungen an Produzenten und andere inländische Subventionen, die unter den Bestimmungen des Agrarabkommens der Uruguay-Runde reduziert, aber nicht beseitigt werden sollen. In der gelben Box enthaltene Ausgaben sind den Reduktionen basierend auf dem Aggregierten Stützungsmaß („Aggregate Measurement of Support“, AMS) unterworfen. Das AMS ist eine kalkulatorische Größe, welche die staatliche Unterstützung für landwirtschaftliche Produzenten umfaßt. Ausgenommen sind lediglich jene Ausgaben, die in den anderen Artikeln des Abkommens freigestellt sind. Alle Agrarausgaben der Regierung sollten in der Gelben Box sein, außer sie entsprechen den Kriterien der anderen Boxen (Blue Box oder Green Box). Bei der EU fällt z.B. die Marktpreisstützung in die Gelbe Box.

Blaue Box (Blue Box)

Mit dem „Blair-House-Abkommen“ zwischen der EU und den USA gelang 1992 der „Durchbruch“ in den Agrarverhandlungen in der Uruguay-Runde, die sog. Blaue Box wurde geschaffen. Der Artikel 6.5. des AoA besagt, dass die Blaue Box den Ländern unbegrenzte Ausgaben für Direktzahlungen an Landwirte erlaubt, wenn diese Zahlungen an „produktionsbeschränkende Programme“ gekoppelt sind. Die Zahlungen sind hierbei auf festgelegte Flächen und Felder bezogen oder werden pro Vieh berechnet. Bei der EU sind das die Flächen- und Tierprämien sowie die Flächenstilllegungsprämien.

Grüne Box (Green Box)

Diese Box wird im Agrarabkommen als Anhang 2 des AoA bezeichnet. Es ist eine Liste von Direktzahlungen, die von den AMS-Berechnungen (siehe Amber Box) ausgenommen sind. Abs. 2.: Allgemeine Dienstleistungen z.B. Forschung, Beratung, Inspektionsdienste etc. // Abs. 3.: Öffentliche Lagerhaltung aus Gründen der Ernährungssicherheit // Abs. 4.: Interne Nahrungsmittelhilfe (zum aktuellen Marktpreis) // Abs.5.: Direktzahlungen an Erzeuger // Abs. 6.: Entkoppelte Einkommensunterstützung // Abs. 7.: Finanzielle Beteiligung der öffentlichen Hand an Einkommensversicherungen und anderen Einkommenssicherungsprogrammen // Abs. 8.: Zahlungen als Hilfe bei Naturkatastrophen // Abs. 9.: Struktur- anpassungshilfe in Form von Ruhestandsprogrammen für Erzeuger // Abs.10.: Struktur- anpassungshilfe in Form von Programmen zur Stilllegung von Ressourcen // Abs.11.: Struktur- anpassungshilfe in Form von Investitionsbeihilfen // Abs.12.: Zahlungen im Rahmen von Umweltprogrammen // Abs.13.: Zahlung im Rahmen von Regionalbeihilfe- programmen
Die Direktzahlungen an Erzeuger sind an nichts anderes gebunden sind als an eine feste, historische „Basisperiode“ (sog. entkoppelte Zahlungen).

Aus: Germanwatch, Glossar zu den WTO-Verhandlungen, <http://www.germanwatch.org/tw/glossar.htm>

POSITIONEN UND AKTEURE IN CANCÚN

Aus einem Artikel von Jörg Haas/Heinrich Böll-Stiftung*

Die USA vertreten im Vorfeld eine besonders ausgeprägte Freihandelsposition, die sich zum Abbau aller Handelsschranken und Subventionen bekannte, allerdings nur gegen reziproke Zugeständnisse der anderen Akteure. Die EU hat unter ihrem Konzept der Multifunktionalität der Landwirtschaft bei Kennzeichnungsregeln und „Green Box“-Subventionen Positionen verfochten, die mit den [...] Zielen von Agrarwende und Ernährungssouveränität übereinstimmen. Dem widersprachen allerdings ihr inhaltlicher Widerstand bei der Verteidigung von Exportsubventionen, „Amber“- und „Blue Box“-Subventionen sowie ihr Insistieren auf einer Marktöffnung auch der Entwicklungsländer.

Die G20 plus, der mit Brasilien, Indien und China wohl verhandlungsstärkste Block von Entwicklungsländern, hat prononciert ihre Marktzugangsinteressen verfochten. Sie verlangte weiterhin den raschen Abbau von Exportsubventionen, der „Amber“- und „Blue Box“- und eine Begrenzung der „Green Box“-Subventionen. Allerdings sollten für fast alle diese Forderungen Ausnahmestimmungen für Entwicklungsländer gelten. Kennzeichnungsregeln und anderen „Non-trade-concerns“ stand sie skeptisch gegenüber.

Im Gegensatz zur G20 plus setzte die Alliance for Strategic Products and Special Safeguard Mechanism (SP-SSM-Allianz), ein Bündnis von 24 Entwicklungsländern, den Akzent auf zusätzliche Schutzmaßnahmen für ihre von billigen Importen bedrohten Agrarmärkte. So sollten selbstgewählte strategische Produkte von Zollreduktionsverpflichtungen ausgenommen und ein spezieller Schutzmechanismus bei plötzlichen Importschüben eingesetzt werden können.

Differenzierung geboten

Wer eine Agrarwende hin zu einer ökologischeren Landwirtschaft und mehr Ernährungssouveränität in Nord und Süd will, kann keine Verhandlungspositionen der o.g. Gruppen voll unterstützen. Unter den Entwicklungsländern wäre anzustreben, dass sich die Position der G20 plus auf die SP-SSM-Allianz zubewegt, und die Möglichkeit zum Schutz von kleinbäuerlicher Produktion gegenüber den Exportinteressen stärker betont. Zwischen den Positionen der EU und der Entwicklungsländer sind prototypisch Kompromisse in zwei entgegengesetzten Richtungen denkbar:

- ein Kompromiss auf Basis der Logik der Liberalisierung würde universalen Marktzugang und unterschiedslosen Abbau aller Subventionen bedeuten. Er käme den Interessen der großen Agrarexporteure entgegen, wäre jedoch für kleinbäuerliche Produzenten weltweit und für eine ökologische Agrarwende fatal;
- ein Kompromiss für Nachhaltigkeit und Ernährungssouveränität verlangte von der EU ein Nachgeben bei eigenen Exportinteressen (Marktzugang, „Blue Box“- und Exportsubventionen), von den Entwicklungsländern Zugeständnisse bei der Akzeptanz von „Green Box“-Subventionen, Kennzeichnungsregeln und Grenzen des Marktzugangs in Industrieländer.

Nur im zweiten Fall hätte kleinbäuerliche, ökologische Produktion eine Chance. So werden die Agrarverhandlungen auch zum Testfall dafür, ob die WTO mehr sein kann als eine Einbahnstraße in Richtung Liberalisierung.

* Aus: Jörg Haas: Schwierige Agrarverhandlungen nach Cancún: Agrarwende oder Einbahnstraße Liberalisierung? <http://www.boell.de/index.html?http://www.boell.de/downloads/global/Agrarhandel>

Es ist jedoch die Frage, ob zu diesem Zweck nicht noch ganz andere Mittel ins Auge gefasst werden müssen, als die heute bestehenden Schutzinstrumente. Die Wiederherstellung des Rechts der Staaten, „ihre“ Landwirtschaft durch Zölle zu schützen, ist als Abwehrforderung gegen einen zerstörerischen Turbo-Kapitalismus in der Landwirtschaft berechtigt und nötig, als Perspektive für die Landwirtschaft der Zukunft ist sie unzureichend, ja kann sogar in in die Irre führen. Eine Zukunftsvision muss mehr sein als die Forderung nach der Wiederherstellung eines Status quo ante. Erst eine solche Vision kann bewirken, dass die nächsten pragmatischen Schritte zu einem Ziel führen und nicht in neue Sackgasen. Andererseits nützen natürlich Visionen wenig, wenn keine pragmatischen Schritte angegeben werden können, um ihnen näher zu kommen.

Die richtige Preisbildung: eine Schlüsselfrage

Der Preisverfall ist der hauptsächlichste Skandal, den die Bauern des Südens der WTO anlasten. Preisdruck ist aber auch in den Ländern des Nordens ein Problem. Zu niedrige Preise für landwirtschaftliche Produkte sind das Haupthindernis, wenn es darum geht, qualitativ hochwertig und zugleich rücksichtsvoll gegenüber der Natur und unseren Mitgeschöpfen, den Tieren, zu produzieren.

Die Preise der Agrar-Industrie auf der anderen Seite sagen nicht die ökologische Wahrheit, und damit auch nicht die ökonomische. Würden wirklich alle Kosten eingerechnet,

die eine naturzerstörerische landwirtschaftliche Produktionsweise verursacht: Die Preise der agrarischen Massenproduzenten müssten nicht niedriger, sondern höher sein, als die der ökologischen Landwirte! Heute werden diese Kosten nur in preisfälschender Weise auf die Allgemeinheit abgewälzt und bleiben damit zunächst unsichtbar. Das führt zugleich zur Korruption des Preisempfindens und schwächt damit die Urteilskraft des Verbrauchers.

Schlüsselfrage für eine weltweite ökologische Lebenslandwirtschaft der Zukunft, für Ernährungssouveränität und Nachhaltigkeit, ist daher die Frage, wie ein sinnvolles Preisgefüge für landwirtschaftliche Produkte erreicht werden kann. Die Landwirtschaft braucht „faire Preise“ - und das sind Preise, die es ermöglichen, Nahrungsmittel nachhaltig zu erzeugen und in die Zirkulation zu bringen, und

SKIZZE EINER ALTERNATIVE: VISION UND NÄCHSTE SCHRITTE

Es ist wichtig, dass unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Landwirtschaftspolitik ein hohes Maß an Übereinstimmung über die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels besteht: hin zu einer nachhaltigen ökologischen Landwirtschaft, deren Schutzbedingungen nicht durch marktfundamentalistische Sozialexperimente untergraben werden dürfen. Vielfach gipfeln die Forderungen, die in zahlreichen Positionspapieren enthalten sind, in der Losung der „Ernährungssouveränität“: Die Menschen sollen das Recht haben, selbst darüber zu bestimmen, wie sie sich ernähren wollen (vgl. Kasten auf S. 11).

die gleichzeitig so günstig wie möglich kalkuliert sein müssen, damit der Verbraucher kaufen kann.

Aus diesem Grund halten wir - wie fast alle zivilgesellschaftlichen Akteure aus Nord und Süd, die in der letzten Zeit zum Thema Landwirtschaft Stellung bezogen haben, eine radikale Marktöffnung nicht für eine Lösung. Dies gilt auch für die Länder des Südens, selbst wenn es für manche von ihnen verführerisch klingt, die vollständige Beseitigung aller Stützungsmaßnahmen und Marktzugangsregelungen zu verlangen. Denn gerade dadurch würde doch ein Preisverfall und Intensivierungsdruck einsetzen, der letztlich gerade in den Südländern große Teile der ländlichen Bevölkerung treffen würde.

Schädliche Nebenwirkungen der heute eingesetzten Schutzinstrumente

Die Forderung nach Schutz der Landwirtschaft hängt elementar mit dem Preisproblem zusammen. Letztlich sollen alle Schutzinstrumente dazu führen, dass die lokale Landwirtschaft nicht dadurch ruiniert wird, dass die Landwirte das Einkommen nicht mehr erzielen können, das es ihnen erlaubt, Landwirtschaft zu betreiben. Direkt-einkommenshilfen scheinen zwar die Preisfrage zu umgehen. Jedoch sind Preis und Einkommen so eng miteinander verbunden, dass es auch hierbei zu Rückwirkungen auf das Preisgefüge kommt.

Die Instrumente, die heute zur notwendigen Protektion der Landwirtschaft eingesetzt werden, haben leider allesamt schädliche Nebenwirkungen: Um an staatliche Subventionen zu gelangen, die ihr Überleben sichern, müssen Bauern sich während eines großen Teils ihrer Arbeitszeit mit Papierkrieg, z.B. mit dem Ausfüllen komplizierter Fragebögen beschäftigen. Das ist auch bei entkoppelten Zahlungen in Form von Direkteinkommenshilfen der Fall. Außerdem sind staatliche Subventionen von jeweiligen politischen Mehrheiten abhängig. Das stellt ein zusätzliches Problem dadurch dar, dass in den meisten Ländern die in der Landwirtschaft Tätigen eine kleine Minderheit bilden, die gegenüber der Mehrheit nur als Bittsteller auftreten kann. Auch das Instrument der Zölle ist nicht unbedenklich. Es verhindert zwar Dumping, zugleich bringt die Handhabung viele Erschwernisse auch bei sinnvollen und notwendigen Importen mit sich. Zudem wandern die eingenommenen Zölle nicht in die Förderung der Landwirtschaft, sondern in den allgemeinen Staatshaushalt, von wo sie in manchen Ländern sogar in dunklen Kanälen versickern.

Probleme durch Direktzahlungen

Die Aufspaltung der bäuerlichen Leistung in Landschaftspflege und Nahrungsmittel-erzeugung ist letztlich künstlich. Wird die Landschaftspflege durch Direktzahlungen abgegolten, so entsteht die Versuchung,

die Nahrungsmittelpreise noch niedriger zu kalkulieren. Die Entkoppelung der Subventionen vom Produktionsvolumen verhindert dies nicht. Hinzu kommt, dass sich derzeit nur reiche Länder Direktzahlungen leisten können. Aber nachhaltige Landwirtschaft muss überall auf der Welt ermöglicht werden, gerade in den armen Ländern, wo große Teile der Bevölkerung ihr Auskommen nur darin haben.

Regionen als soziale Biotope, Landwirtschaft als regionaler Pol der Ökonomie

Wo aber läge eine Alternative? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns zunächst bewusst machen, was oft vergessen wird: dass lokale und regionale Strukturen - sozialer und ökologischer Art - etwas Schützenswertes und zu Förderndes darstellen.

Für die Vision einer Landwirtschaft der Zukunft spielt der Regionalgedanke eine entscheidende Rolle. Dieser Gedanke ist nicht auf die Landwirtschaft beschränkt, seine Bedeutung geht darüber hinaus: Die globale Ökonomie darf nicht ein abstrakter Weltmarkt sein, sondern muss ein regional gegliederter sozialer Organismus werden. Denn die Ökonomie muss dem Leben dienen - und dieses Leben vollzieht sich immer in einer bestimmten Umgebung, einer „Region“. Regionen sind gewissermaßen soziale Biotope.

Aber weil die Landwirtschaft ihrer Natur nach der regionale Pol der weltweiten Wirtschaft ist - schließlich ist der Boden der immobile Produktionsfaktor -, gilt das Gesagte für sie ganz besonders. Da Landwirtschaft nicht überall die gleichen geographischen Produktionsbedingungen vorfindet (unterschiedliche Bodenfruchtbarkeit, Klima etc.), müsste schrankenlose Konkurrenz von Agrar-

FOLGEN VON DUMPING AUF JAMAICA - EIN BEISPIEL

Die Existenz aller jamaikanischen Milchbauern ist bedroht, weil künstlich verbilligtes Milchpulver aus der EU die Frischmilch auf dem einheimischen Markt verdrängt. Auf Jamaika werden jährlich 150 Millionen Liter Milch verbraucht. Im vergangenen Jahr wurden aber nur noch 17,8 Millionen Liter in heimischer Produktion erzeugt, magere 12 % Marktanteil. Das war nicht immer so - allein in den letzten zwei Jahren ist der Anteil der jamaikanischen Milch um 35 % gefallen. Warum? Angesichts der billigen Konkurrenz aus der EU hat die jamaikanische Ernährungsindustrie den heimischen Anbietern den Rücken gekehrt: Im Jahr 2001 z.B. kamen 92 Millionen Liter importiertes Milchpulver auf den Markt. Das vorher gut funktionierende Verarbeitungs- und Vermarktungsnetz ist zusammengebrochen. Zuerst haben das die Kleinbauern zu spüren gekriegt, denn es bildete die Grundlage für ihre Teilhabe am Gewinn vom Milchmarkt. 1996 gab es 400 Kleinbauern (mit bis zu 10 Kühen) - im Sommer 2002 wurden nur noch 90 gezählt! Inzwischen sind alle Milchproduzenten der Insel betroffen. [...]

Während der Nestlé-Konzern im Jahr 2001 noch 10 Millionen Liter im Land einkaufte, sank diese Zahl im Jahr 2002 auf nur noch 6 Millionen. [...]

Die einzige, kurzfristige Chance der jamaikanischen Regierung, dieser Abwärtsspirale gegenzusteuern, wäre die Erhöhung der Einfuhrzölle. Aber angesichts des Drucks von IWF und Weltbank sowie der Abhängigkeit von weiteren Krediten kann sich die Regierung diesen Schritt nicht erlauben.

Auch die WTO stellt Jamaika keine Handelsmaßnahmen zum Schutz gegen Dumping zur Verfügung. Jamaika hat aufgrund der bestehenden Regelungen nicht die Möglichkeit, die „spezielle Schutzklausel“ anzuwenden.

Marita Wiggerthale, <http://www.germanwatch.org/pubzeit/z13jam.htm>

produkten auf einem liberalisierten Weltmarkt zur Stilllegung der Landwirtschaft in vielen Ländern führen, was eine schwere Schädigung der Kulturlandschaft mit unabsehbaren ökologischen Folgen nach sich ziehen müsste. Auch ökonomisch wäre dies unsinnig, jedenfalls wenn man langfristig und ganzheitlich denkt: Denn unterm Strich würde die Stilllegung die betroffenen Länder teuer zu stehen kommen, auch wenn zunächst einmal alles in Ordnung scheint, weil man doch die Lebensmittel „billiger“ importieren kann.⁷

Regionale Selbstverwaltung als modernes Protektionsinstrument der Landwirtschaft - assoziative Wirtschaft als langfristige Perspektive

Selbstorganisation der Betroffenen. - Wenn der Regionalgedanke nicht nur ein hehres Prinzip sein soll, sondern ins Leben eingreifen soll, dann braucht es handlungsfähige Organe in jeder Region, die sich um deren Lebensfähigkeit kümmern. Schon weil die Grenzen von Wirtschafts- und Landschaftsräumen mit den Grenzen der Nationalstaaten nicht notwendig identisch sind, ist der Staat nicht der richtige Träger dieser Aufgaben.

Ein entscheidender Fortschritt käme zustande, wenn solche Organe von den Betroffenen in Anbau, Lebensmittelhandel und Verbrauch durch Selbstorganisation geschaffen würden, wenn also an dieser Stelle das Prinzip autonomer Selbstverwaltung zum Tragen käme. Die Prinzipien solcher Selbstverwaltung hat Udo Herrmannstorfer seinerzeit ausführlich beschrieben.⁸ Verantwortung, Interessenausgleich, Transparenz, Vertrauen, Vereinbarungsprinzip und Verbindlichkeit, Selbstbeschränkung statt Wachstum um jeden Preis sind einige Stichworte. Es handelt sich um eine netzwerkförmige, unbürokratische und flexible Art der Zusammenarbeit, die aber gleichzeitig verbindliche Absprachen zur Marktordnung ermöglicht.

Kein Provinzialismus. - Eine solche regionale Selbstverwaltung ist keineswegs mit engstirnigem Provinzialismus zu verwechseln. Ganz im Gegenteil: der Regionalgedanke meint ja, dass das gleiche Lebensrecht aller Regionen geachtet wird und folglich auch deren Wohl mit im Blick ist. Wer selbst vor Dumping geschützt sein möchte, darf nicht andere Regionen durch Dumping schädigen wollen.

Selbstverwaltung und Preisbildung. - Handlungsfähige Organe in der Lebensmittelbranche, in der beschriebenen Art, sind am ehesten in der Lage, bei Vermeidung jeder kommandowirtschaftlichen Reglementierung das Preisgefüge durch abgesprochene korrigierende Eingriffe in das Marktgeschehen immer wieder in der gewünschten Richtung zu beeinflussen. Denn in solchen Selbstverwaltungsorganen kann an den Fragen der Preisgerechtigkeit und -richtigkeit permanent gearbeitet werden. Diese Art der Wirtschaft - die erkennbar einen dritten Weg zwischen Marktfundamentalismus und Planwirtschaft verkörpert - kann man als assoziative oder kooperative Wirtschaftsweise bezeichnen.

Selbstverwaltung als Protektionsinstrument. - Regionale Selbstverwaltung dieser Art wäre langfristig ein äu-

ßerst wirksames Instrument der notwendigen Protektion der Landwirtschaft. Wenn sich die Partner in einer Region einig sind und der Handel keine Dumpingprodukte in den Regalen zulässt, dann erledigt sich das Problem auf bemerkenswert einfache Weise. Solche sinnvollen Absprachen dürften allerdings nicht durch ein Kartellrecht unterbunden werden, das zwischen sinnvollen und übervorteilenden Absprachen nicht zu unterscheiden vermag.

Produkte, die in der Region gar nicht oder nicht in der benötigten Qualität erzeugt werden können, und deshalb wirklich von außen eingeführt werden müssen, sollten selbstverständlich unbehindert auf den lokalen Markt gelangen können. Denn sie dienen ja gerade der ergänzenden Bereicherung des lokalen Angebots.

Neues Rollenverständnis des Staates bei der Gewährleistung der Ernährungssouveränität. - Die Aufgaben der Staaten würden sich durch eine solche Entwicklung ändern: Sie könnten sich darauf konzentrieren, dafür zu sorgen, dass sich die Partner in Selbstverwaltungsorganen überhaupt zusammenfinden. Durch entsprechende Förderung oder auch, wo nötig, durch gesetzliche Verpflichtung zur Bildung solcher Organe, - die in der inhaltlichen Gestaltung ihrer Arbeit dann jedoch völlig autonom wären bzw. - wo es um Zusammenarbeitsfragen mit dem Staat geht - diesem als Vertragspartner gegenüberstünden. Eine solidarische Wirtschaftsweise durch einen entsprechenden gesetzlichen Rahmen zu ermöglichen und zu fördern, sollte zur vornehmsten Aufgabe des Staates gegenüber der Landwirtschaft und der Ökonomie im Allgemeinen werden.

Nächste Schritte und Einstiegspunkte

Der Einwand, dass die Herausbildung solcher Organe eine längere Zeit brauche, wir aber die Landwirtschaft hier und heute schützen müssten, ist naheliegend. Er ist auch insofern berechtigt, als gezeigt werden muss, welche Zwischenschritte auf dem Weg vom heutigen zu einem künftigen wünschenswerten Zustand zu gehen sind. Wir werden in der Landwirtschaftspolitik nur dann vorwärtskommen, wenn wir Entwicklungen in Gang setzen, die in die richtige Richtung gehen. Der Entwicklungsgedanke ist entscheidend, Entwicklungen aber brauchen praktikable Zwischenschritte. Einige solche seien hier skizziert.

Entwicklungsgrundsätze

Staatliche Protektion sollte Schritt für Schritt abgebaut und durch regionale Selbstverwaltung ersetzt werden, die entsprechend zu fördern ist. Wichtig ist aber, dass der Abbau bestehender Protektionsformen nur in dem Maße erfolgt, in dem die neuen Instrumente entstehen und funktionsfähig werden. Solange diese noch nicht genügend wirken, müssen alle Länder, besonders die Entwicklungsländer, das volle Recht haben, die heimische Landwirtschaft durch Zölle zu schützen, wo immer nötig.

Es muss durchgesetzt werden, dass alle Vereinbarungen der WTO, die dies verhindern, für null und nichtig erklärt werden. Alle Regelungen der WTO, die Staaten

an der Entwicklung eines das Leben der Regionen fördernden Rechtsrahmens hindern, müssen restlos beseitigt werden, nötigenfalls - was viele Organisationen der Zivilgesellschaft fordern - durch gänzliche Herauslösung der Agrarpolitik aus dem Zuständigkeitsbereich der WTO.

Trisektorale Partnerschaft in der Regionalentwicklung
Als erster Schritt zur Anregung regionaler Selbstorganisation der Betroffenen kann die Bildung trisektoraler Partnerschaften und Konsultationen zwischen Zivilgesellschaft, staatlicher Verwaltung und der Geschäftswelt in der jeweiligen Region dienen. Ein solcher Ansatz wurde z.B. auf den Philippinen durch SIAD entwickelt (Sustainable Integrated Area Development, „nachhaltige integrierte Regionalentwicklung“).⁹

Einstieg in eine neue Rolle des Handels
Übergangsweise könnte ein Schritt in die Richtung der Regionalentwicklung darin bestehen, dafür zu sorgen, durch Selbstverpflichtung oder Gesetz, dass der Handel im Minimum wenigstens 30 - 40 % der Nahrungsmittel aus der eigenen Region beziehen muss. Dieser Prozentsatz könnte dann Schritt für Schritt angehoben werden. Ohne Einbeziehung des Handels ist ein Regionalismus nicht funktionsfähig. Und eine Quotierung dieser Art wäre ein recht unkompliziertes Einstiegsszenario, dies zu gewährleisten. Letztlich sollten gesetzliche Vorschriften so weit wie möglich durch vertragliche Selbstverpflichtungen der Partner in Bezug auf Mengen ersetzt

werden. Das generelle Verbot von Quotierungen und die Umwandlung aller Mengensteuerungen in Zölle (so genannte Tariffizierung) durch die WTO erweist sich an dieser Stelle als lebensfeindlich.

Was tun mit den Subventionen?

Aus dem Gesagten erhellt, warum wir die Forderung nach ersatzloser Streichung der Subventionen entschieden ablehnen (mit Ausnahme der Exportsubventionen, die unverzüglich beseitigt werden müssen!) - Solange keine tauglicheren Instrumente real im Einsatz sind, ist es besser, die Existenz von Landwirten durch Subventionen zu sichern, als große Teil der Landwirtschaft ganz verkommen zu lassen. Solange richtige Preise (noch) nicht erzielbar sind, muss die Lebensfähigkeit einer nachhaltigen Landwirtschaft durch Transfers sichergestellt werden. Allerdings müssen die Effekte, die durch die Subventionierung eintreten, genauer untersucht werden, um Fehlsteuerungen zu vermeiden.

Einkommenshilfen nur an nachhaltig und regionalverantwortlich arbeitende Betriebe
Subventionen dürfen nicht bestehende Fehlentwicklungen verfestigen, sondern müssen so ausgestaltet sein, dass sie richtige Entwicklungen fördern, wenigstens nicht behindern. Daraus ergibt sich, dass Einkommenshilfen und andere Stützungszahlungen nur an ökologisch arbeitende und der regionalen Entwicklung verpflichtete landwirtschaftliche Betriebe gezahlt werden dürfen. Denn nur diese leisten jenen Beitrag zur Pflege der Natur und zur Gesundheit des Menschen, der die Landwirtschaft in jeder Region zu einem besonders schätzenswerten Gut macht.

Diese Betriebe sind nicht notwendig kleinbäuerliche Familienbetriebe. Die ausschließliche Konzentration auf diesen Betriebstyp, so groß seine Bedeutung gerade in Ländern des Südens auch sein mag, ist eher eine Schwäche zivilgesellschaftlicher Forderungskataloge. Nachhaltig-ökologische Landwirtschaft muss so breit definiert werden, dass sowohl für traditionelle als auch für nicht-traditionelle Formen Platz ist. Eines der wichtigsten Kriterien dürfte darin liegen, den organischen Charakter nicht nur der verwandten Dünger, sondern den des Produktionsprozesses selbst mit in Betracht zu ziehen. Die Idee einer solchen „Kreislauf Landwirtschaft“ ist eng genug, um sich gegenüber einer gigantomanischen Agroindustrie abzugrenzen, aber zugleich offen gegenüber neuen Formen.

AUS EINEM FORDERUNGSKATALOG DES OUR-WORLD-IS-NOT-FOR-SALE-NETWORK (OWINS)

Um der Rolle der lokalen und nationalen Regierungen Anerkennung zu verschaffen, gibt es eine klare Notwendigkeit für einen neuen und alternativen internationalen Rahmen zur multilateralen Regulierung der nachhaltigen Produktion und des Handels mit Nahrungsmitteln. In diesem Rahmen müssen die folgenden Prinzipien respektiert werden:

1. Ernährungssouveränität der Menschen
2. Das Recht aller Länder, ihre Binnenmärkte durch Regulierung aller Importe zu schützen, die die Ernährungssouveränität zerstören
3. Handelsregeln, die Ernährungssouveränität unterstützen und garantieren
4. Sicherung der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter [...] die Nahrungsmittelerzeugung betreffend
5. Das Prinzip der Vorsicht
6. Das Recht auf Information über Herkunft und Inhalt von Nahrungsmitteln
7. Echte internationale demokratische Beteiligungsmechanismen
8. Vorrang für die heimische Nahrungsmittelerzeugung, für nachhaltige Landwirtschaft und Fischerei und gleichberechtigter Zugang zu allen Ressourcen
9. Unterstützung für kleine Farmer und Produzenten, die Mittel zur Nahrungsmittelerzeugung zu besitzen und ausreichende Kontrolle über sie zu haben
10. Unterstützung für offenen Zugang traditioneller Fischergemeinden zu den Gewässerressourcen
11. Wirksames Verbot aller Formen des Dumpings, um die inländische Nahrungsmittelerzeugung zu schützen [...]
12. Verbot der Biopiraterie und von Patenten auf Lebendiges - Tiere, Pflanzen, den menschlichen Körper und andere Lebensformen - und alle ihrer Bestandteile, einschließlich der gentechnischen Herstellung steriler Arten
13. Achtung für alle Menschenrechtskonventionen und entsprechende multilaterale Übereinkommen unter unabhängiger internationaler Rechtsprechung

www.ourworldisnoforsale.org/agri/Statements/03.htm. Der Appell wurde bereits von zahlreichen Organisationen der Zivilgesellschaft unterzeichnet. Eines unter einer Reihe weiterer wichtiger Positionspapiere hatten zuvor bereits Germanwatch, FIAN Deutschland und der Weltladen-Dachverband vorgelegt (Ernährung sichern - für eine „Development Box“ im WTO-Agrarabkommen, www.germanwatch.org/tw/devbox02.htm).

Subventionsfinanzierung ohne preiszerstörende Wirkung - die Idee eines verbrauchsorientierten Agrarausgleichs

Wie wir oben erläutert haben, ist eine Schlüsselfrage für die Verbesserung der Lage, dass nicht länger eine Preisbildung stattfindet, von der falsche Signale ausgehen. Nötig sind dagegen Preise, die die ökonomische und ökologische Wahrheit sagen. Subventionen, auch in der Form von Direkteinkommenshilfen, müssen deshalb die „unwahren“ Preise abbauen helfen und sie nicht gar noch verstetigen.

Da auch produktionsentkoppelte Einkommenshilfen, wie wir gezeigt haben, dieses Problem keineswegs lösen, muss davor gewarnt werden, dieses Instrument ohne weitere Veränderung seiner Wirkungsweise anzuwenden. Sonst treten eben außerordentlich schädliche Nebenwirkungen ein.

Es gäbe indes unserer Auffassung nach durchaus einen Weg, diese Nebenwirkungen zu vermeiden. Preise, die die Kosten einer nachhaltigen Wirtschaftsweise nicht decken, sind „zu billig“. Daher müssen die Preise für Nahrungsmittel auf das notwendige Niveau angehoben werden, was längerfristig am besten durch assoziative Vereinbarung möglich ist, wie gezeigt wurde. Solange diese Form der Preisgestaltung aber noch nicht greift, bleibt eben nur der Weg der Preiskorrektur durch gesetzlichen Eingriff des Staates. Da eine direkte Preiskontrolle planwirtschaftlich wäre und von jedem Vernünftigen nur als ärgeres Übel betrachtet werden kann, bleibt nur der Weg, den Mechanismus der Verbrauchsbesteuerung auszunutzen, den wir von der Mehrwertsteuer her kennen.

Steuern kommen allerdings dem allgemeinen Staatshaushalt zugute, während es sich hier um einen Fonds handeln würde, aus dem wir die Einkommenshilfen für die Bauern ohne preisschädliche Wirkung zahlen wollen. Wir brauchen also ein Instrument, das mehrwertsteuerartig wirkt, aber selbst keine Steuer darstellt: einen verbrauchsorientierten Ausgleichsbetrag für die Landwirtschaft (wir könnten ihn zum Beispiel Agrarausgleich nennen).

Aufwandsneutralität, keine zusätzliche Belastung der VerbraucherInnen

Mehrwertsteuerartig wirkende Belastungen landen immer beim Endverbraucher. Aber das Ziel ist ja gerade nicht eine Mehrbelastung des Verbrauchers, sondern eine Korrektur der falschen Agrarpreise. Jedoch zahlt der Verbraucher über seine diversen Steuern ja auch heute bereits die Agrarsubventionen, nur dass ihm das gewöhnlich nicht so ins Bewusstsein tritt. Daher haben wir ihn steuerlich in dem gleichen Maße zu entlasten, wie wir ihn mit dem Agrarausgleich belasten.¹⁰

Natürlich darf dieser Ausgleich nicht dem einzelnen Bauern für „seine“ Produkte ausgezahlt werden. Das würde ja wieder einen Anreiz zur Mengensteigerung bedeuten. Vielmehr wandert er in einen allgemeinen Topf, aus dem entkoppelte Einkommenshilfen gezahlt werden. Zunächst würde es sich also schlicht um eine aufwandsneutrale Umfinanzierung der bisherigen Zahlungen handeln.

Exporte und Exportsubventionen

Unverzögliche ersatzlose Streichung aller Exportsubventionen!

Die gegenwärtige Debatte konzentriert sich besonders auf das Problem der Exportsubventionen. Das ist auch angesichts der durch diese hervorgerufenen Verwüstungen sehr berechtigt. Für Exportsubventionen gilt das ansonsten über die Subventionen gesagte erkennbar nicht. Sie schützen nicht regionale nachhaltige Produktion, sondern zerstören sie. Daher muss die Forderung lauten, ohne Wenn und Aber: umgehende und vollständige Streichung aller Exportsubventionen.

Exkurs zum allgemeinen Problem von Agrar-Exporten
Die Frage nach den Exporten geht jedoch noch weiter: Als regionaler Pol der Weltwirtschaft sorgt die Landwirtschaft zunächst einmal für die jeweilige Region. „Export“ ist in diesem Bereich überhaupt nur dann berechtigt, wenn etwas in einer anderen Region nicht oder nicht in der gewünschten Qualität angebaut werden kann. Das Problem des Agrardumpings kann nicht dadurch gelöst werden, dass Dumping nur in der anderen Richtung betrieben wird.

„Marktzugang“ ist letztlich keine Lösung für die Länder des Südens, wie schon weiter oben gezeigt wurde. In den meisten Südländern ist nicht der Export, sondern der Binnenmarkt das Problem, zumindest wenn man von den Interessen exportierender Großgrundbesitzer absieht. Wenn es dagegen gelänge, den Binnenmarkt zum Blühen zu bringen und den Export/Import auf die wirklich nur durch ihn zu befriedigenden Bedürfnisse zu konzentrieren, würde das zum Heil der Entwicklungsländer sein. Initiativen wie SEKEM in Ägypten, die Bedeutendes für die Entwicklung einer ökologischen Landwirtschaft geleistet haben, haben sich bewusst dafür entschieden, nicht ausschließlich nach Europa zu exportieren. Sie helfen auch mit, einen inneren Markt für ökologische Nahrungsmittel aufzubauen, denn sie wissen: Die Globalisierung verlangt, vom Ganzen her zu denken.

Umwidmung von Zolleinnahmen

Die Kritik der Länder des Südens an der Abschottung der Märkte der Länder des Nordens durch Zölle ist allerdings berechtigt, solange die Länder des Nordens sich gerechten Entwicklungsbeiträgen für den Süden weitgehend verweigern. Zu einer „Development Box“, wie sie vielfach gefordert wird, würde eben auch gehören, dass die Einnahmen aus Zöllen, mit denen die Landwirtschaft des Nordens geschützt wird, nicht vom Norden vereinahmt, sondern als Entwicklungsbeitrag an die Länder des Südens zurückgeführt werden.¹¹ Nur dann ist es berechtigt, die Importpreise für Nahrungsmittel durch Zölle auf das Inlandsniveau anzuheben, soweit diese Produkte im jeweiligen Inland ebenfalls in gleicher Qualität erzeugt werden können. (Nicht betroffen wäre selbstverständlich die Vielzahl der Produkte aus dem Süden, die in den Ländern, in die sie importiert werden, nicht angebaut werden können.) Lösungen dieser Art sind entschieden besser als eine Liberalisierung des Marktzugangs, die den Süden und den Norden ruiniert: den Süden, weil er die Produkte zu billig geben muss, und den Norden, weil die zu billigen Produkte seine Landwirtschaft zerstören.

Es wäre sinnvoll, im Nord-Nord- und im Süd-Süd-Handel analog zu verfahren. Auf diese Weise würden Zölle wirklich ein Instrument des notwendigen Ausgleichs auf dem Weg zu einer assoziativen Wirtschaft und könnten nicht länger nationalen und staatlichen Egoismen als Waffe dienen.

GENug! - Ein Exkurs zu Gen-Nahrung

Besonders am Thema genetisch veränderter Organismen zeigt sich die unheilvolle Macht der WTO. Dieses Thema treibt inzwischen viele Menschen um. Hier werden in der unmittelbar nächsten Zeit entscheidende Auseinandersetzungen stattfinden. Alle Vereinbarungen, die das Recht in Frage stellen, Produktion oder Import von Gen-Nahrung zu verbieten, müssen fallen. Wo der Schutz des Menschen und der Natur zum Handelshemmnis erklärt wird, muss mit der Verwendung dieser Kategorie etwas faul sein. Notwendig wäre es vor allem, die Handelshemmnisse gegen fairen und nachhaltigen Handel zu beseitigen. So betrachtet sind die WTO-Vereinbarungen selbst häufig das schlimmste Hemmnis für eine gute Entwicklung. Ein Handelssystem, das nicht auf Fairness und Nachhaltigkeit orientiert ist, kann nicht als wirklich modern betrachtet werden. Moderner Handel bedarf auch moderner rechtlicher Rahmenbedingungen, eines modernen Eigentums- und Bodenrechtes, einer konsequenten Sozialbindung des Kapitals. Die WTO hat dies immer verhindert und ist deshalb als Instrument solcher Rechtsgestaltungen disqualifiziert. Alle ihre Vereinbarungen, die verhindern, dass Wirtschaft durch das Recht begrenzt wird, müssen vollständig beseitigt werden.

Grundlegende Wandlung

Letztlich geht es um eine grundlegende Wandlung. Die Krise der Landwirtschaft deutet auf die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels nicht nur in der Landwirtschaft selbst. Letztlich geht es um eine umfassende Erneuerung des sozialen Lebens, durch welche die Globalisierung erst gestaltbar wird.

Anmerkungen

1 www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Landwirtschaft_Globalisierung.pdf - nach: Rundbrief Heft 4/Dez. 19994

2 Vgl. hierzu Udo Herrmannstorfer a.a.O.

3 Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures (SPS).

4 http://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/aAgreement

5 Nach einer Studie der Welternährungsorganisation FAO waren die Importpreise, die die ärmeren und ärmsten Länder für Agrarprodukte zahlen müssen, bereits von 1990 bis 1999 um 20% gestiegen, obwohl die Agrarpreise insgesamt gesunken sind. (FAO, 1999, The Agreement on Agriculture: some preliminary assessments from the experience so far, Geneva. Siehe <http://www.actionaid.org/resources/pdfs/marrakesh99.pdf>)

6 Die Gruppe wurde 1986 in Cairns/Australien gegründet. Mitglieder sind Kanada, Australien, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Guatemala, Indien, Indonesien, Kolumbien,

GENug WTO

[...] Die USA und andere haben bei der Welthandelsorganisation (WTO) Klage eingereicht, um die Zulassung von gentechnisch veränderter Nahrung in der Europäischen Union zu erzwingen. Darüber hinaus wollen sie erreichen, dass alle Länder weltweit ihren Widerstand gegen GVO [= Genetisch veränderte Organismen] aufgeben. Sie verwehren uns BürgerInnen damit das Recht zu wissen und frei zu entscheiden, was wir essen und anbauen. [...] Wir verlangen von der WTO

1. uns nicht das Recht zu verwehren zu wissen und zu wählen, was wir essen und anbauen!
2. der Europäischen Union und alle anderen Ländern nicht die Möglichkeit zu nehmen, ihre BürgerInnen und Bürger und die Umwelt vor den Risiken der Gentechnik zu schützen!
3. die Klage der USA, von Argentinien und Kanada abzulehnen!

Aus einem Aufruf mit dem Titel „Einspruch: WTO Hände weg von unserer Nahrung! An: Welthandelsorganisation (WTO) - Von: Menschen aus aller Welt“. Schicken Sie diesen oder einen ähnlichen Text an: World Trade Organisation WTO, Centre William Rappard, 154, rue de Lausanne, 1211 GENEVA 21, Switzerland. Der Text ist online zu finden unter <http://www.genug-wto.de/einspruch>.

RETTET UNSER SAATGUT!

Die Europäische Kommission plant mit einer eher unscheinbaren, technischen Richtlinie der Gentechnik in der Landwirtschaft eine gefährliche „Hintertüre“ zu öffnen. Sogenannte „zufällige und technisch unvermeidbare“ Verunreinigungen von herkömmlichem Saatgut mit gentechnischen Sorten sollen künftig, je nach Pflanzenart, zwischen 0,3 und 0,7 Prozent toleriert werden, ohne dass dies gekennzeichnet werden müsste. Milliarden von GVOs würden sich so im vermeintlich gentechnikfreien Anbau vermehren und zwar selbst dann, wenn kein einziger Landwirt willentlich gentechnische Sorten anbaut. Dagegen fordert die Initiative „Save our Seeds“, Gentechnik im Saatgut ohne Ausnahme an der technisch verlässlichen Nachweisgrenze von 0,1 Prozent zu kennzeichnen. In Österreich ist dies bereits seit 2 Jahren vorgeschrieben.

Nachdem die Initiative im Oktober 2002 in Brüssel 80.000 Unterschriften übergeben hatte, vertagte die EU-Kommission die Entscheidung um 1 Jahr. Im Oktober 2003 wurde die Abstimmung noch einmal in letzter Minute storniert. Es besteht jedoch kein Zweifel, dass mächtige Gruppen ein Interesse an der Verunreinigung des Saatguts haben und die Richtlinie durchsetzen wollen. Die Initiative hat daher eine Postkartenaktion an den Bundeskanzler gestartet, da Deutschlands Stimme in der EU mit ausschlaggebend ist. Forderung: „Gentechnische Produkte sollten sich nicht unkontrolliert verbreiten und uns durch die Hintertüre untergeschoben werden.“

www.saveourseeds.org, Postkartenbestellung: versand@saveourseeds.org

Malaysia, Neuseeland, Paraguay, Philippinen, Thailand und Uruguay. Ungarn verließ die Gruppe 1998 wegen des geplanten EU-Beitritts. Zur G 20 gehörten nach Cancún Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, China, Costa Rica, Kuba, Ecuador, Ägypten, El Salvador, Guatemala, Indien, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Philippinen, Südafrika, Thailand und Venezuela. El Salvador verließ die Gruppe während des Gipfels.

7 Vgl. Udo Herrmannstorfer, a.a.O.

8 a.a.O.

9 Vgl. Globalisierung, nachhaltige Entwicklung und Dreigliederung. Ein Interview mit Nicanor Perlas über seine Arbeit auf den Philippinen. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus Heft 4/Dezember 1999.

10 Nach dem gleichen Prinzip lassen sich auch Finanzierungsformen zur Sicherung der Sozialsysteme entwickeln. Vgl. Herrmannstorfer, Spehl, Strawe: Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich, www.sozialimpulse.de/lnnk.htm. Dort sind auch Überlegungen zu einer Technik enthalten, die eine Mehrbelastung einzelner Verbrauchergruppen ausschließt.

11 Den skizzierten Vorschlag hat Herrmannstorfer bereits 1994 in dem zitierten Aufsatz gemacht.

Freiheit: Gestaltungsprinzip des geistig-kulturellen Lebens

II. Teil: Freiheit und Selbstverwaltung

Christoph Strawe

In der vorigen Nummer des Rundbriefs I. Teil: Zur Begriffsbestimmung des Geisteslebens:

Freiheitsphilosophie und ökonomischer Liberalismus // Freiheit und Gesellschaft // Die Frage nach dem geistigen Leben: Leib, Seele und Geist // Altes und modernes Geistesleben // Geistesleben im sozialen Organismus // Die geistige „Mitgift“ der Individualität // Produktives, konstruktives und kreatives Geistesleben // Funktionelle und institutionelle Betrachtung des Geisteslebens im sozialen Gefüge // Geistesleben „ernährt“ die Gesellschaft

Geschichtliche Ursachen staatlicher Vormundschaft und die Frage nach der modernen Sozialgestaltung der Kultur

Die Dreigliederung des sozialen Organismus ist kein Programm oder gar eine Universallösung der sozialen Probleme, vielmehr beschreibt sie strukturelle Bedingungen der Gestaltbarkeit sozialer Verhältnisse durch die Menschen und gibt damit eine Antwort auf eine historische Situation, die durch zunehmenden Mündigkeitsanspruch des Einzelnen gekennzeichnet ist. Sie geht auch an die Gestaltungsfragen der Kultur konkret-historisch heran. Zu fragen ist, was heute nötig sei, damit dem Leben in diesem Bereich durch die Menschen eine Richtung zum Sozialen gegeben werden kann. Die staatliche Vormundschaft und Reglementierung weiterer Bereiche der Kultur ist nicht abstrakt zu kritisieren, sondern muss aus ihren historischen Ursachen heraus verstanden werden.

Wir haben im ersten Teil dieser Betrachtung gesehen, wie das alte Geistesleben Freiheit nicht kennt und nicht kennen kann. Am Ausgang des Mittelalters war jedoch diese alte Form von Geistesleben an ihr Ende gelangt. Gegen den kirchlichen Gewissenszwang erheben sich die freien Geister, die selber sehen, urteilen, erkennen wollen. Der Fall Galilei hat exemplarische Bedeutung. Der Aufstieg freier Forschung vollzieht sich gegen die Kirche. Die Befreiung des einzelnen Menschen erfordert sowohl die freie Bahn für wirtschaftliche Tüchtigkeit als auch die Befreiung des Geisteslebens vom kirchlichen Zwang. Diese erste, noch inkonsequente Befreiung vollzieht sich aber historisch eben durch den Staat, der das Kulturleben in seine Obhut nimmt. Er

ermöglicht das Entstehen von Orten freier Forschung. Auch wenn dabei nicht das freie Erkenntnisleben, sondern das Interesse der Fürsten an den äußeren - ökonomischen und militärischen - Früchten der Wissenschaft und Technik das entscheidende Motiv ist: hier entsteht tatsächlich so etwas wie eine erste Befreiung des Geisteslebens und damit vollzieht sich ein historischer Fortschritt.

Die Säkularisierung entzieht nach und nach auch das Schulwesen der Kirche und macht es zur „Veranstaltung des Staates“, wie es dann im Allgemeinen Preußischen Landrecht von 1794 heißt - eine Entwicklung, die beispielsweise auch durch Napoleon forciert wird. Mit der Industrialisierung verstärkt sich zugleich das wirtschaftliche Interesse an Aus- und Fortbildung. In der Neuzeit wird daher nicht nur der Staat zum Hegemon der Kultur, auch das Wirtschaftsleben greift immer stärker in die Kultur über und sorgt so für zusätzliche Verquickungen.

Diese Entwicklung ist zunächst unausweichlich, denn wer, wenn nicht der Staat, hätte der Macht der Kirche Paroli bieten sollen? Es entspricht den Entwicklungserfordernissen des mündigen Menschen, dass er nicht mehr nur durch das Leben belehrt werden kann, sondern das Recht auf eine allgemeine Menschenbildung durch die Schule haben muss. So kommt die Schulpflicht, kommt endlich auch die Finanzierung von Schule durch die Allgemeinheit als eine notwendige Folge der sozialen Entwicklung. Und das ist schließlich auch mit einer Aufwertung des gesellschaftlichen Status der Lehrer verbunden.

Symptome gegenwärtigen Geisteslebens, New Public Management und ökonomische Fremdbestimmung der Kultur

Seit langer Zeit ist jedoch zum Hemmschuh der weiteren Entwicklung geworden, was einmal ein notwendiger Fortschritt war. So essentiell die öffentliche und solidarische Finanzierung des Bildungswesens auch bleibt: der aus ihr abgeleitete Anspruch, dass der Staat auch die Inhalte der Bildung oder andere geistige Fragen zu regeln habe, ist nivellierend und endgültig kontraproduktiv geworden. Insgesamt hat sich eine Fremdbestimmung des sozio-kulturellen Systems („Geistesleben“) herausgebildet, welche dessen Ernährungs-, Regenerations-

und Innovationsfunktion für den sozialen Organismus schwer behindert. Lange wurde dies durch das atemberaubende Tempo des technischen Wandels verdeckt. Aber gerade die mangelnde soziale Gestaltbarkeit dieses Wandels und die daraus erwachsenden Risiken und Gefahren machen heute den Funktionsverlust des Geisteslebens um so deutlicher. Er zeigt sich letztlich immer als Mangel an sinngebenden Gestaltungsimpulsen. Gerade in der Arbeitswelt führt dieser Sinnverlust zu Demotivation und vielfältigen Formen von Erkrankungen.

Wo geistige Betätigung zum bloßen Mittel der Erreichung äußerer Zwecke verkommt, da entstehen Unterernährungserscheinungen im sozialen Gefüge. Wo die Entwicklung der Kultur primär von den Interessen von Staat und Wirtschaft geprägt wird, kann diese ihr eigenes kreatives Potential zugunsten der Gesellschaft nicht genügend entfalten.

Überträgt man das Mehrheitsprinzip des demokratischen Staates - das an seinem Ort zutiefst berechtigt ist - auf die Kernaufgaben der Kultur, so kommt es zur Nivellierung unter dem Gesichtspunkt der Mehrheitsfähigkeit. Es ist sicherlich kein Zufall, dass die innovativen Impulse in Ökologie, Landwirtschaft, Pädagogik, Medizin usw. häufig gerade von gesellschaftlichen Außenseitern ausgegangen sind, die oft von den Vertretern des „Mainstream“ z.B. an den Hochschulen heftig bekämpft wurden. Einzelinitiative und Einzelurteil zu lähmen, heißt nicht nur den Einzelnen, sondern das soziale Ganze zu schädigen, denn der soziale Organismus lebt von der Innovation.

Führt die staatliche Vormundschaft zu Gleichmacherei und Bürokratie, so die der Ökonomie - zumal in ihrer heute dominierenden marktfundamentalistischen Form - zur Dominanz des Massengeschmacks und - je mehr die Kultursphäre kommerzialisiert und ihres Charakters als Non-Profit-Bereich entkleidet wird - sogar zur Erosion der historisch mühsam errungenen Solidarfinanzierung etwa von Bildung und Gesundheit. Politisierung und Kommerzialisierung müssen Wissenschaft, Bildung, Kunst und religiöses Leben korrumpieren. Letztlich droht doppelte Vormundschaft: während die staatliche Reglementierung noch keineswegs überwunden ist, ja vielfach noch nicht einmal problematisiert wird, greifen bereits private Profitinteressen nach dem Bildungswesen und der Kultur im allgemeinen.

Diese Tendenz wird von mächtigen supranationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation WTO vorgetrieben, die mit ihrem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS das Tor zur Kommerzialisierung des geistig-kulturellen Lebens weit geöffnet hat. Auf der Ebene der Staatstätigkeit widerspiegelt sich die genannte Entwicklung in der weltweit wirksamen Konzeption des sogenannten New Public Management (NPM). Zum NPM gehören Elemente wie fiskalische Disziplin, Steuerreformen, Demontage staatlich-rechtlicher Grenzsatzungen für die Ökonomie („Deregulierung“), Privatisierung von Teilen des öffentlichen Sektors usw. Das Verhältnis zu den Kultur- und Bildungseinrichtungen in staatlicher und nichtstaatlicher

Trägerschaft verändert sich: statt Beaufsichtigung im Detail konzentriert sich der Staat im Zuge seiner „Verschlankung“ auf die Vorgabe des „Outputs“. Leistungsaufträge, Vergleichbarkeit und Kostensenkung durch Standardisierung und Herstellung „wettbewerbsähnlicher“ Verhältnisse, Implementierung von Qualitätssicherungssystemen und zugleich Delegation von Detailverantwortung nach unten sind die Stichworte. Die solidarische Finanzierung von Kultur als Bestandteil des öffentlichen Sektors wird tendenziell geschwächt, ohne dass es andererseits zu mehr käme als zu jener „Teilautonomie“, die immer nur das Wie der Realisierung, nicht aber das Was der Aufgabenstellung selbst in die Verantwortlichkeit der betroffenen Menschen stellt.¹

Der zunehmende Druck der Ökonomie führt dazu, dass Bildung tendenziell immer mehr als Standortfaktor gesehen wird, was besonders im Schulwesen gravierende Auswirkungen mit sich bringt. Pädagogische Gesichtspunkte der allgemeinen Menschenbildung und Persönlichkeitsentfaltung drohen ganz in den Hintergrund zu geraten, verbunden mit wachsendem Verfrühungsdruck - von der Früheinschulung bis zur Verkürzung der Schulzeit und des Hochschulstudiums.

Bisher bereits hemmte staatliche Normierung des Schulwesens pädagogische Phantasie und Initiative der Lehrer und frustriert damit die Schüler. Vom „Horrorjob Lehrer“ sprach „Der Spiegel“ bereits vor Jahren in einer Titelstory. Seit vielen Jahren wird über zunehmende Lernunlust und Gewaltbereitschaft an den Schulen geklagt. Zu wenig wird allerdings gesehen, dass dies damit zusammenhängen könnte, dass das Unterrichtswesen zum Lieferanten „guter Staatsbürger“ und „qualifizierter Arbeitskräfte“ geworden ist, statt allein von pädagogischen Gesichtspunkten der bestmöglichen Entfaltung der Persönlichkeitsanlagen der Kinder und Jugendlichen geprägt zu sein. (Was übrigens letztlich auch Staat und Wirtschaft am besten dienen würde!)²

Auch im Gesundheitswesen kämpfen wir mit dem Problem, dass aus der wünschenswerten staatlich gewährleisteten Solidarfinanzierung ein Vormundschaftsproblem erwachsen ist, das den Grundsatz der Therapiefreiheit längst ein Stück weit ausgehöhlt hat. Nachdem die Staaten durch globalisierungsbedingte Standortkonkurrenz zur Senkung der Sozialkosten verdammt sind - jedenfalls solange sie sich Vorschlägen zu einer wettbewerbsneutralen Finanzierung der Sozialsysteme verschließen³ - werden nun von dieser Solidarfinanzierung immer weitere Teile demontiert, wobei aber die Therapiefreiheit keineswegs zunimmt, sondern im Gegenteil nur noch immer mehr behindert wird.

Die Medien sind heute nicht mehr nur durch politische Proporz Herrschaft und Gleichschaltungsbestrebungen bedroht. Vor allem sind jetzt in der Medienlandschaft die Wirkungen zunehmender Kommerzialisierung überall spürbar. Vielfach bestimmt der Versuch, ein stützendes Umfeld für Werbung zu schaffen, den Inhalt von Fernsehsendungen und Zeitschriften. Aus einem „Stützbereich“ des Geisteslebens wird ein „Stützbereich“ der von großen Konzernen beherrschten Ökonomie.

Auch viele unserer ökologischen Probleme hängen mit der Fremdbestimmung der Kultur zusammen. Durch diese gerät die Wissenschaft immer neu in die Gefahr, zum bloßen Handlanger der Interessen zu werden und einen bloß funktionalistischen Naturbegriff zu kultivieren. Ohne die staatliche Förderung der Atomindustrie beispielsweise hätten wir heute gar nicht das Problem, wie wir aus dieser gefährlichen Art der Energiegewinnung wieder aussteigen können. Die immer raschere Umsetzung wissenschaftlicher Resultate in marktfähige Produkte führt unter den Bedingungen der Konkurrenzwirtschaft zu einem immer größeren Druck auf die Forschung, alles Machbare auch zu realisieren, so dass eine ruhige Folgenabschätzung technischer Entwicklungen immer schwieriger wird. Die Formen unserer Forschungsfinanzierung wirken zu einem erheblichen Teil in diese Richtung.⁴

Die Auflehnung gegen solche Tendenzen, die Suche nach neuen Impulsen gegenüber dem Konservatismus von Inhalten und Strukturen der Hochschulen waren auch Auslöser der Studentenrevolten der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Ohne ein kreatives Geistesleben, das die Richtung seiner Entwicklung aus sich selber schöpft, werden Weltsicht und Leben geistlos und unmenschlich: Animalisierung des Leibes, Vegetarisierung der Seele und Mechanisierung des Geistes (R. Steiner) drohen, wo der Geist sich im Materiellen vergisst und seine eigene Wirksamkeit nicht erleben kann. - Es entsteht dann ein ganzes System von Ersatzbefriedigungen durch Entertainment, eine Bilderflut, die die Menschen letztlich aussaugt, statt sie geistig zu ernähren - jedenfalls, solange sie nicht von den medialen Möglichkeiten einen bewussten und kontrollierten Gebrauch machen. Da die technische Entwicklung selbstzweckhaft wird, von Kräften vorangetrieben, die ihrer Natur nach verantwortungslos sind, mutiert der in der Technik vergegenständlichte Geist zum Ungeist. Grenzsetzung aus Verantwortung wird immer schwieriger. Auf sie aber käme es gerade an, um die Schöpfung zu bewahren und zu pflegen, statt etwa durch genetische Manipulation der Nahrungsmittel die Lebensgrundlagen zu gefährden. Gegenwärtig ist der technische Fortschritt zum blinden Fortsturz geworden, weil der Geist nur im Modus seiner Selbstentfremdung in ihm anwesend ist. Der sich selbst entfremdete Geist bewirkt karzinomhaftes Wachstum der Wirtschaft ohne werthafte Maß und Ziel.

Unter derartigen Rahmenbedingungen nimmt es nicht Wunder, dass trotz großer Summen, die in das Kulturleben fließen, dieser Bereich an Verflachung und Kraftlosigkeit leidet. Kultur ist zum Beiwerk unseres Lebens geworden, statt es zu prägen und mit Sinn zu erfüllen. Geistige Potentiale liegen brach, die kulturelle Kreativität des Einzelnen wird zu wenig gefördert, ja wird geradezu blockiert.

Freiheit als Lebensbedingung der Kultur

Ein Wandel, der dem kraftlos gewordenen Geistesleben auf neue Weise die Dynamik verleiht, die es einst in der menschlichen Gesellschaft hatte, ist nur durch eine zweite Befreiung zu erreichen, welche die Kultur auf die Grund-

lage voller Selbstbestimmung stellt. Es ist ein Trugschluss zu glauben, der Weg zum Wiedererstarken des Wertbewusstseins führe über die Etablierung neuer moralisch-ethischer Autoritäten. Im Zeitalter der Mündigkeit ist jeder Versuch, eine geistige Führung im alten Sinne zu etablieren, letztlich zum Scheitern verurteilt. Er führt keinesfalls zur Verbesserung, weit eher zur Verschlimmerung der Situation. Werte vermitteln wird nur ein Geistesleben, das selbständig ist, d.h. nicht mehr am Tropf des Staates und wirtschaftlicher Mächte hängt, sondern welches an die „freie Empfänglichkeit“ der Menschen appelliert und sein Daseinsrecht stets dadurch neu unter Beweis stellt, dass es von ihren geistigen Bedürfnissen getragen ist. Man müsste ein solches Geistesleben nur zulassen, dann würde es seine Kraft schon nach und nach demonstrieren.

Der Bereich der Kultur ist heute der legitime Entfaltungsraum des Individuellen. Deshalb ist er besonders sensibel für Bevormundung und Unterdrückung. Keine geistige Autorität und auch kein Staat kann heute Kultur normieren. Der Staat hat nur den schützenden Rechtsraum zu bilden, in welchem sich die Kultur als autonome Wesensäußerung der Angehörigen des Gemeinwesens entfalten kann, soll und darf. Das Gleichheitsprinzip des Staates an dieser Stelle ist nicht das Mehrheitsprinzip, sondern die Garantie der gleichen Freiheit jedes Menschen.

Es geht im Kulturleben nicht nur um Religions-, Wissenschafts-, Weltanschauungsfreiheit und Freiheit der Kunst in einem engen Sinne. Auch die Fragen nach den Inhalten und Methoden der Pädagogik, der Landwirtschaft, der Medizin, der Sozialtherapie usw. sind Erkenntnisfragen, Fragen der Auffassung der Welt, für die nur das eigene Urteil des Einzelnen die letzte Instanz sein kann. Auch der Hinweis auf eine vermeintlich „objektive Wissenschaft“ gibt Staat und Mehrheiten nicht das Recht, in die Gewissens- und Erkenntnisphäre des Einzelnen einzugreifen.

Auf dem Felde des geistigen Lebens gibt es auch gar keine Notwendigkeit allgemeiner Übereinstimmung und verbindlicher, für alle geltender Inhalte. So wie wir heute über den Grundsatz lächeln, dass der Landesfürst über die Religionszugehörigkeit seiner Landeskinder entscheidet, so sollten wir uns auch auf anderen Gebieten des geistigen Lebens konsequent zu jenem Pluralismus bekennen, welcher der modernen Gesellschaft immanent ist. Vielfalt ist besser als sterile Einheitlichkeit. Denn die Lebenskräfte der Kultur erwachsen aus der schöpferischen Vielfalt der einzelnen menschlichen Individuen. Und so wie wir gegenüber einer Verquickung von Kirche und Staat allergisch geworden sind, so sollten wir auch für die Gefahren der Verquickung von Schule und Staat sensibel werden. In der heutigen Zivilgesellschaft ist Diversität nicht umsonst ein Schlüsselbegriff geworden. Die Forderung nach einem freien Schulwesen und autonomer Selbstverwaltung in der Kultur ist deshalb die notwendige Ergänzung der Rufs nach weltweiter sozialer Gerechtigkeit.

Vielfalt muss übrigens keineswegs unausweichlich in die postmoderne Beliebigkeit und den Werte-

relativismus führen. Denn es gibt einen Wertekosmos, an dem jeder Mensch - wenn er die Mündigkeit und damit die Möglichkeit des eigenständigen Denkens erlangt - individuellen Anteil nehmen kann. - Gerade darin liegt die Möglichkeit der Koexistenz der Freien! Ein plurales Geistesleben muss keineswegs zersplitternd wirken, sondern kann in hohem Maße gemeinschaftsbildend sein, wenn es nicht auf dem gleichgültigen Nebeneinander, sondern dem aktiven Interesse vieler Strömungen aneinander beruht.

Die Einrichtungen modernen Kulturlebens bilden sich um das „Erkannte“, um geistige Impulse, herum. Nicht mehr Blutsbande oder territoriale Gemeinsamkeiten sind entscheidend, sondern geistige Wahlverwandtschaft, z.B. das Vertrauen zu einem bestimmten pädagogischen oder medizinischen Arbeitsansatz. Ihre soziale Existenzberechtigung verdanken solche Einrichtungen nicht dem Mehrheitsurteil, sondern der freien Akzeptanz durch die Kulturempfangenden, durch Eltern, Patienten usw. Bei der Freiheit des Geisteslebens geht es also um mehr als um die Abgrenzung einer Privatsphäre des Einzelnen und das Recht der Kritik. Wenn Freiheit an der Möglichkeit des Handelns aus Erkenntnis hängt, dann ist die gesellschaftliche Seite dieser individuellen Freiheitsfähigkeit des Menschen die Bildung von Handlungsgemeinschaften, welche die kulturellen Dinge in ihre Hände nehmen. Die Freiheit des Handelns aus Erkenntnis bedeutet: Volle Gründungsfreiheit, volle Selbstverwaltung der Einrichtungen des Geisteslebens durch die dort Tätigen.

Die Ausübung kultureller Freiheit und Selbstorganisation nicht nur zuzulassen, sondern aktiv zu fördern, ist Verpflichtung eines modernen Gemeinwesens. Selbstverständlich wäre es ein Widerspruch in sich, Freiheit befehlen zu wollen. Aber dort, wo Neues gewollt wird, darf es nicht durch Zulassungshürden und Finanzierungsbenachteiligungen behindert und blockiert werden.

In einer modernen Gesellschaft sollte das Prinzip der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben in freier Trägerschaft der Normalfall sein. Die freie Schule wäre dann als öffentliche Schule anerkannt, würde nicht mehr in die Privatecke abgedrängt und gleichberechtigt in eine öffentliche Finanzierung einbezogen werden, deren Kriterium nicht Gleichartigkeit, sondern Gleichwertigkeit wäre.⁵

Die Staatsschule dagegen wäre - ganz im Sinne des viel beschworenen Subsidiaritätsprinzips - die vom Staat im Rahmen seiner Gewährleistungspflicht für das Bildungsrecht vorzuhaltende „Ersatzschule“ überall dort, wo die Gestaltung in freier Trägerschaft (noch) nicht gewollt wird oder gelingt. Die gleiche Gewährleistungspflicht für das Menschenrecht auf Bildung müsste dazu führen, dass der Staat die öffentliche und solidarische Finanzierung des gesamten Schulwesens sicherstellt - namentlich gegenüber Versuchen einer konzerngesteuerten Ökonomie, die gesellschaftliche Hoheit widerrechtlich an sich zu reißen.

Wohlgemerkt: Abzuweisend ist die Regelung von Inhalten und Methoden durch den Staat, nicht seine Rechtsaufsicht, die die Freiheit aller gerade sicherstellt.

Im übrigen ist Vielfalt im Kultur- und Schulwesen zugleich auch selbst der beste Schutz gegen alle totalitären Tendenzen.

„Kampf der Kulturen“ oder kulturelle Koexistenz in Diversität

Die Befreiung des geistig-kulturellen Lebens ist auch eine Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Völker und der Kulturen. 1917 stellte Rudolf Steiner dem einseitigen „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ den Gedanken einer national-kulturellen Autonomie entgegen, die über die Befreiung des Einzelnen auch die Völker befreien, nicht aber umgekehrt Völkerbefreiung um den Preis der Unterdrückung von Minderheiten suchen sollte. Rupert Neudeck hat in seinem Vorwort zu dem Buch „Die Jahrhundertillusion - Wilsons Selbstbestimmungsrecht der Völker, Steiners Kritik und die Frage der nationalen Minderheiten heute“ herausgearbeitet, wie modern und entwicklungsfähig dieser Ansatz ist.⁶

„Nur kulturelle Autonomie garantiert, dass jede ethnische, religiöse oder sonstige Gruppe ihre Kultur unbehelligt pflegen kann. Nur dieses Autonomieprinzip schließt zugleich aus, dass sie sie anderen mit dem Mittel der staatlichen Gleichschaltung überstülpen kann. Nur auf diesem Wege können allmählich die Bedingungen friedlicher Koexistenz, ja aktiver Toleranz der Kulturen entstehen, ihr Zusammenprall (der ‚clash of civilizations‘) kann vermieden werden.“⁷ Huntingtons These vom Zusammenprall der Kulturen, 1993 in die Welt gesetzt, hat zur Prämisse eben das Nichtvorhandensein eines freien Kulturlebens, das Fehlen eines konsequent an den Menschenrechten ausgerichteten Staatswesens und einer solidarischen, auf gegenseitiger Hilfe beruhenden Ökonomie in den führenden Staaten des Westens. Dieses Nichtvorhandensein aber produziert erst jenes Glaubwürdigkeitsdefizit des Westens, das zu der Vision eines fortwährenden zukünftigen Krieges „des Westens gegen den Rest der Welt“ Anlass gibt. In diesem Krieg soll dann die westliche „christliche“ Zivilisation auf der moralischen Maxime beruhen: „Wenn wir nicht hassen, was wir nicht sind, können wir nicht lieben, was wir sind“...⁸ Dieser Ansatz macht selbstverständlich unmöglich, verständnisvolle und friedliche Beziehung zwischen den verschiedenen Kulturen - kulturelle Koexistenz in Diversität - zu entwickeln.⁹

Selbstverwaltung als Realisierungsbedingung eines freien geistig-kulturellen Lebens

Wo sich Einrichtungen von unten, durch konkrete Initiative einzelner Menschen und deren Zusammenwirken bilden, sprechen wir von Selbstverwaltung, sobald die Initiative sich als Sorge um den Bestand und die Entwicklung dieser Einrichtungen im Alltag darstellt. Selbstverwaltung ist also die Konsequenz der Initiative, sie ist die „Managementform der Mündigkeit“. - Dabei

darf man den Selbstverwaltungsansatz nicht mit den Kinderkrankheiten gleichsetzen, die in seiner Entwicklung auftreten können. Die konsequent gelebte Selbstverwaltung korrigiert solche Erscheinungen selbst, sie fördert Verantwortlichkeit und damit die moralische Entwicklung des Einzelnen. Sie realisiert damit dasjenige, was der Philosoph Hans Jonas das „Prinzip Verantwortung“ genannt hat. Richtig praktizierte Selbstverwaltung führt zu überschaubaren und damit bewusst gestaltbaren Verhältnissen, fördert - z.B. durch kollegiale Führung, gemeinsame Organe einer Eltern-Lehrer-Trägerschaft u.ä. - Begegnung, mitmenschliches Interesse und damit kommunikatives Handeln. Selbstverwaltung ist der Kern des Dreigliederungsansatzes, den Rudolf Steiner 1919 zunächst am Bereich des Schulwesens konkretisierte.

„Das Erziehungs- und Unterrichtswesen“, so Steiner damals, „aus dem ja doch alles geistige Leben herauswächst, muss in die Verwaltung derer gestellt werden, die erziehen und unterrichten. In diese Verwaltung soll nichts hineinreden oder hineinregieren, was im Staate oder in der Wirtschaft tätig ist. Jeder Unterrichtende hat für das Unterrichten nur so viel Zeit aufzuwenden, dass er auch noch ein Verwaltender auf seinem Gebiete sein kann. Er wird dadurch die Verwaltung so besorgen, wie er die Erziehung und den Unterricht selbst besorgt. Niemand gibt Vorschriften, der nicht gleichzeitig selbst im lebendigen Unterrichten und Erziehen drinnen steht. Kein Parlament, keine Persönlichkeit, die vielleicht einmal unterrichtet hat, aber dies nicht mehr selbst tut, sprechen mit. Was im Unterricht ganz unmittelbar erfahren wird, das fließt auch in die Verwaltung ein. Es ist naturgemäß, dass innerhalb einer solchen Einrichtung Sachlichkeit und Fachtätigkeit in dem höchsten Maße wirken.“¹⁰

Die autonome Selbstverwaltung wird hier geradezu als Bedingungen der pädagogischen Qualität charakterisiert. Sie hat innere und äußere Aspekte. Nach außen hin geht es um die Anerkennung und Förderung des Selbstverwaltungsrechts durch die große Gemeinschaft, nach innen um eine konsequente und effiziente Praxis der Selbstverwaltung, die Zersplitterung oder den Rückfall in alte Gemeinschaftsverhältnisse und Machtstrukturen verhindert. Die Themen hier reichen von der Leitbildarbeit über die Formen der kollegialen Führung und die dynamische Delegation bis zur Grundlagenarbeit und zum Schulungsweg des einzelnen Mitarbeiters.¹¹

Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Für den Weg in eine durch Selbstverwaltung in freier Trägerschaft gekennzeichnete kulturelle Landschaft müssen noch mannigfache Behinderungen in den Rechtsordnungen und der Praxis der Staaten überwunden werden. Dies gilt, obwohl durch den Umbruch des Jahres 1989 auch im östlichen Europa erstmals die Gründung von Einrichtungen in freier Trägerschaft überhaupt mög-

lich wurde. Während an den Hochschulen zumindest formal die „Freiheit und Lehre“ und damit ein Stück Autonomie greift, schreibt der Staat in vielen Ländern im Schulwesen immer noch den Unterrichtenden penibel die Inhalte dieses Unterrichts vor. Auf dem europäischen Kontinent reicht das Spektrum von den Niederlanden, in denen die Allgemeinheit die von den Eltern gewollten freien Schulen so gut wie gänzlich finanziert und sich ca. 80% der Schulen in freier Trägerschaft befinden (allerdings auch hier mit Einschränkungen bei der Freiheit der Lehrplangestaltung), bis zu Staaten, wo diese Schulen keine Mittel erhalten und eine Randexistenz führen müssen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet bisher in Art. 7 immerhin das Recht zur Errichtung von freien Schulen - dort „private“ Schulen genannt¹² -, die es allerdings nur als Ersatz für staatliche Einrichtungen anerkennt. Das Finanzhilfegericht des Bundesverfassungsgerichts von 1987 hält ausdrücklich fest, dass der Staat den Bestand der freien Schulen auch in finanzieller Hinsicht sicherzustellen habe.¹³

Umfassende Gewährleistung des Selbstverwaltungsrechts würde bedeuten: Freie Wahl der Schule oder Ausbildungseinrichtung durch Eltern bzw. Studierende, uneingeschränkte Gründungsfreiheit und Freiheit der Trägerschaft, die Unterrichtenden gestalten Lehre bzw. Unterricht im kollegialen Zusammenwirken frei und in eigener Verantwortung; eine Schule muss das Recht der Verwirklichung eigener Bildungs- und Erziehungsziele haben, die Lehrenden bestimmen frei über Inhalte und Methoden des Unterrichts, die Form sowie die Zusammensetzung des Kollegiums.¹⁴

In Europa und weltweit gibt es durchaus bereits Ansätze in der Rechtsgestaltung, die in die richtige Richtung weisen. Zu nennen sind beispielsweise die Entschließung des europäischen Parlaments vom 14. 3. 1984, der Bildungs- und Elternrechtsartikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) und der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ (1966), der das Recht eines jeden auf Bildung und auf die Freiheit, Schulen zu eröffnen und zu leiten, beinhaltet. Sowohl in der Ausgestaltung dieser Grundsätze im Schulrecht als auch in ihrer Realisierung in der Praxis bestehen aber nach wie vor erhebliche Defizite, auch wenn man hier und da zu erkennen beginnt, dass eine zu große Regelungsdichte der Qualität der Bildung abträglich ist.¹⁵

Wenn R. Steiner 1919 die Autonomie des Schulwesens fordert, dann darum, weil sie erst den Raum schafft für den Primat der pädagogischen Frage nach der Entwicklung individueller Fähigkeiten der Schüler. Diese stehen dann - als „Schlüsselqualifikationen“, wie man heute sagen würde - auch im ökonomischen und staatlichen Leben zur Verfügung, und dies um so mehr und um so besser, je unabhängiger der junge Mensch sich von wirtschaftlichen und staatlichen Vorgaben hat entwickeln können.

Selbstverständlich kann Autonomie der Kultur nicht bedeuten, dass kulturelle Institutionen rechtsfreie Räume wären. Jedoch dürfte sich die staatliche Rechtsauf-

sicht nur auf den Schutz vor Intoleranz und Rechtsverletzungen erstrecken, bei Verzicht auf inhaltlich regelnde Eingriffe in das geistige Leben der Schule. Dabei wäre als Instrument der Rechtsaufsicht eine unabhängige Justiz sicherlich wichtiger als die staatliche Verwaltung. Wahlfreiheit ist im übrigen selbst der beste Schutz gegen Missbräuche. Der Widerstand gegen ein wirklich plurales Bildungswesen ist oftmals nur die schlecht kaschierte Angst vor dem geistigen Wettbewerb - der wohlgermerkt nicht mit ökonomischer Konkurrenz verwechselt werden darf.

Die Schaffung der notwendigen rechtlichen Voraussetzungen wird nur durch gemeinsame Bemühungen der verschiedenen Einrichtungen in freier Trägerschaft erreicht werden können. Daher sind Organisationen wie das „Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen“ (effe) von großer Bedeutung.¹⁶

Übergreifende Selbstverwaltung

Bei den Rahmenbedingungen für ein freies Bildungswesen und Kulturleben geht es aber nicht schlicht um Forderungen an den Staat. Es geht um die Übernahme der Verantwortung für übergreifende Fragen der Kultur - z.B. die flächendeckende regionale Versorgung mit Schule oder die notwendige Ausstattung von Schulen in sozialen Problemgebieten - durch Selbstverwaltungsorgane. Wer den Staat nicht für die geeignete Instanz zur Lösung dieser Fragen sieht, muss sich für solche Organe einsetzen. Denn die genannten Fragen lassen sich, da sie Zusammenarbeitsfragen sind, eben nicht durch Wettbewerb lösen. Rudolf Steiner unternimmt mit der Initiative zur Gründung eines Kulturrats 1919 einen ersten Versuch in dieser Richtung. Ein freies Geistesleben braucht zur Wahrnehmung gemeinsamer Ordnungsfunktionen nach innen und nach außen Selbstverwaltungsorgane. Diese können sich allerdings nur von unten nach oben bilden. In ihnen würden „Korporationen“ (Verbände) auf vertraglicher Basis zusammenarbeiten, wobei Majorisierungen von Minderheiten durch Struktur und Arbeitsweise ausgeschlossen sein müssen. Auch der internationale Kulturaustausch ist letztlich keine Aufgabe des Staates, sondern das Arbeitsfeld solcher Organe, die beispielsweise auch gemeinsam für die Transparenz der vielfältigen Bildungsangebote sorgen können.

Die Finanzierung des Geisteslebens - Kultur und Wirtschaft

Dass Kultur nicht zum Nulltarif zu haben ist, ist eine Binsenweisheit. Sich klarzumachen, dass „Kulturarbeiter“ eine Art Freistellung von der unmittelbaren Mitwirkung an der materiellen Produktion wirtschaftlicher Werte im sozialen Organismus erfahren, ist schon schwieriger. Mittelbar ist ihre Arbeit an der Produktivität natürlich ganz entscheidend beteiligt, unmittelbar sind sie reine Verbraucher wirtschaftlicher Werte. Indem im Kulturbereich

reich „Preise“ und Einkommen entstehen, treten die dort erbrachten Leistungen in eine Art Vergleichbarkeit zu wirtschaftlichen Werten. Dennoch bleibt der Geldstrom in den Kulturbereich dem Wesen der Sache nach „Schenkungs“.

Die Kulturfinanzierung hat sich bisher weitgehend noch nach dem Muster der Fürstentümer vollzogen, deren Obrigkeit als Mäzen Kunst und Kultur fördert und die Mittel zu dieser Förderung den Taschen ihrer Untertanen entnimmt. Zwar sind aus den Untertanen Bürger geworden und an die Stelle der Fürstenherrschaft ist die Herrschaft der politischen Mehrheit getreten. Da jedoch Kulturimpulse und -bedürfnisse der Sache nach immer individuell sind, bleibt auch die Mehrheitsherrschaft auf diesem Feld vormundschafflich. Der Staat ist auch bei seiner Kulturförderung dem Gleichheitsgrundsatz verpflichtet, der an dieser Stelle jedoch Gleichförmigkeit erzeugt. Da nicht alles gefördert werden kann, wird schließlich doch selektiert, wodurch von Staats wegen bestimmte Personen und Richtungen privilegiert werden. Letztlich läuft das immer wieder auf Zwangsschenkungen für eine bestimmte Kunst und Kultur aus dem Steuersäckel hinaus.

Gerade wegen seines Angewiesenseins auf „Schenkungs“ ist jedoch das Kulturleben auch kein „Markt“ im Sinne der ökonomischen Theorie. Die Kommerzialisierung der Kultursphäre kann daher letztlich nur zerstörerisch wirken und ist mitnichten eine Alternative zur staatlichen Vormundschaft.

Freiheit der Kulturschaffenden und der Kulturempfangenden

Die Lösung dieses Dilemmas kann nur darin liegen, dass die Kulturfinanzierung durch die Bedürfnisse und den Willen der einzelnen „Kulturempfangenden“ bestimmt wird. Diese - nicht Bürokraten oder anonyme Marktmechanismen - müssen die Geldströme lenken können, welche künstlerische Tätigkeit ermöglichen. Was sozial Wirklichkeit werden kann oder nicht, darf heute nicht mehr abstrakt entschieden werden. Die konkrete Entscheidung obliegt den Adressaten: So werden tendenziell die Bedürfnisse und Willensrichtungen der Einzelnen zum Lenkungsinstrument des Sozialen. Das heißt zugleich auch, dass das wirksamste Mittel der Kulturförderung die Anregung und Förderung der kulturellen Bedürfnisse selbst ist.

Zu berücksichtigen ist bei der Form der Finanzierung auch noch die rechtliche Dimension: Der Zugang zu Bildung und Gesundheitsleistungen ist ein Menschenrecht. Träger dieses Rechtes sind Schülerinnen und Schülern, die noch nicht über ein eigenes Einkommen verfügen oder Patientinnen und Patienten, die krank und hilfsbedürftig sind. Das erfordert entsprechende Finanzierungsformen. Beispielsweise steht die Allgemeinheit für die Schule in der Finanzierungspflicht. Dieser Pflicht kann auf verschiedene Weise Genüge getan werden, von denen die freiheitsfreundlichste darin besteht, die Eltern

mit einem zweckgebundenen Erziehungseinkommen auszustatten, das sie an die Schule ihres Vertrauens weiterleiten. Der sogenannte Bildungsgutschein ist nur eine technisch weiterentwickelte Form eines solchen Erziehungseinkommens.¹⁷ Wird der Bildungsgutschein kombiniert mit den vorher geschilderten Formen der Zusammenarbeit im Schulwesen (übergreifende Selbstverwaltung), dann ist er ein hervorragendes Instrument, um Freiheit und Solidarität ins das notwendige Gleichgewicht zu bringen. Der Staat käme damit in die Rolle des neutralen Treuhänders, der nur noch über die Rechtmäßigkeit des Bildungsbetriebs und die zweckentsprechende Verwendung der Mittel zu wachen hätte.

Dieses Modell der Zuweisung zweckgebundener Einkommensanteile ist nicht für alle Bereiche der Kultur in gleicher Weise sinnvoll und anwendbar. Wer wollte auch entscheiden, für welche Theateraufführungen oder Konzerte es Gutscheine gibt und für welche nicht! Wünschenswert wäre letztlich, dass das Einkommensniveau aller Menschen so ist, dass es das gewünschte Maß an selbstbestimmtem Kulturkonsum ermöglicht. Insofern verweist die Frage nach der Kulturfinanzierung auf einen allgemeinen gesellschaftlichen Umgestaltungsbedarf im Sinne größerer Gerechtigkeit. Ein wichtiger Schritt würde aber auch darin bestehen, das Steuersystem kultur- und schenkungsfreundlicher zu gestalten.¹⁸ Selbst wenn alle diese genannten Bedingungen verbessert wären, könnte allerdings auf eine Finanzierung der notwendigen „Infrastruktur der Kultur“¹⁹ durch die Allgemeinheit auch in den genannten Bereichen nicht verzichtet werden.

Der Umfang dieser Finanzierung ergibt sich aus dem demokratischen Konsens und damit dem allgemeinen Rechtsbewusstsein. Gerade die Form der Infrastrukturfinanzierung würde Selbstverantwortung fördern und die Chancenungleichheit zwischen etablierter Kunst und jungen Initiativen und Projekten abbauen helfen. Durch die Entlastung von den teilweise enormen Aufwendungen in diesem Bereich würden Eintrittspreise wieder kalkulierbar und könnten letztlich tragend werden. Die Infrastrukturfinanzierung wäre ein dritter Weg zwischen neoliberaler Kommerzialisierungs- und Kahlschlagpolitik auf der einen und der traditionellen mäzenisch-bürokratischen Subventionspolitik auf der anderen Seite.²⁰ Zu finanzieren wären auf diese Weise Theaterbauten, Ausstellungshallen, Vortragsäle, auch allgemeine Werbungs- und Agenturtätigkeit für Kunstveranstaltungen und ähnliches.

Zu Freiheit und Selbstverwaltung gibt es keine vernünftige Alternative

Gegen ein freies Geistesleben wird immer wieder Einwand gemacht werden, dass dieses Ziel die Verantwortungsfähigkeit des Menschen überschätze. Darauf ist zu entgegnen, dass die Voraussetzung des skizzierten Weges keineswegs die Vollkommenheit, wohl

aber die Entwicklungsfähigkeit des Menschen ist. Verantwortungsfähigkeit entsteht nicht im luftleeren Raum, sondern dort, wo das soziale Gefüge Gelegenheit gibt, Verantwortung zu ergreifen und zu praktizieren.

Die Widerstände gegen die Befreiung hängen auch mit der Furcht vor solcher Verantwortung zusammen. Vielen Menschen steckt das alte Vormundschaftsprinzip noch in den Knochen. Sie haben im Grund Sehnsucht nach der Stallwärme der geschlossenen Gesellschaft und sehen im Staat eine Art Übervater, der ihnen die Verantwortung für ihr eigenes Leben ein Stück weit abnimmt. Im freien Geist sehen sie immer noch einen gefährlichen Menschen. Die reale Schwierigkeit, die Antriebe zum Handeln aus eigener Einsicht zu schöpfen und Herr des eigenen Lebens zu werden, führt immer wieder neu zur Angst vor der Freiheit. Diese Angst setzt vor allem immer dann ein, wenn die Freiheit nicht mehr bloß negativ als Freiheit von etwas, sondern positiv als Ergreifen der Verantwortung für etwas auftritt. Von solchen Stimmungen leben die Mächte, die das freie Geistesleben mit aller Gewalt verhindern wollen. Deshalb tun sich die sozialen Erneuerer nach wie vor so schwer. Deswegen konnten die freiheitsfeindlichen Nationalismen, Fundamentalismen, Rassismen und anderen Kollektivismen im vergangenen Jahrhundert eine so furchtbare Macht entfalten. Deshalb konnte sich in den letzten Jahrzehnten die Freiheitsdemagogie des ökonomischen Neoliberalismus überall ausbreiten und ein wirkliches Verständnis der Freiheit verhindern.

Freiheit der Kultur und Spiritualität

Wir hatten im ersten Teil dieser Betrachtung gesehen, wie die Bewusstseinsentwicklung zum Verlust des alten Zusammenhangsbewusstseins mit der geistigen Welt und damit in eine Ablähmung des Geisteslebens führt. Menschenkundlich hängt dieser Vorgang mit einer Spaltung von menschlichem Willens- und Vorstellungsleben zusammen. Die Ablähmung und die ihr zugrundeliegende Spaltung ist eine notwendige Voraussetzung der Freiheit. Das alte Geistesleben vereinnahmte die Menschen wie zwingend, weil die lebendigen Bilder, die es ihnen schenkte, unmittelbar auf den Willen wirkten. Davon ist heute keine Rede mehr. Wir operieren mit toten Gedanken, um den Preis, dass das Geistesleben weitgehend zu einem Leben der Phrase verkommen ist - wie Rechts- und Wirtschaftsleben zu einem Dasein in Konvention und Routine (R. Steiner).²¹

Wenn es uns jedoch gelingt, lebendige Gedanken und Bilder aus unserer individuellen Kraft hervorzubringen, dann zwingt uns an ihnen nichts. Zugleich öffnen wir uns dadurch auf neue, „dialogische“ Art für Inspirationen. Die Verselbstständigung des Geisteslebens gegenüber der Politik und der Ökonomie schafft den Raum, in dem Menschen auf verschiedene Weise inneres spirituelles Leben pflegen können. Auf diese Weise kann wieder eine Verbindung mit geistigen Quellkräften herge-

stellt werden, ohne die die menschliche Kultur veröden und austrocknen müsste.²²

Die Idee des freien geistig-kulturellen Lebens ist die organische Konsequenz aus einer modernen Weltanschauung, die nur eine Philosophie der Freiheit sein kann, für das soziale Leben, das seine Freiheitsgestalt finden muss. Jeder Mensch muss biografisch seinen Weg zur Freiheit bahnen, zugleich muss der soziale Organismus so durchlässig sein, dass in ihm die Freiheit auch gelebt werden kann.²³

Anmerkungen

1 Vgl. die in Heft 2/1998 des Rundbriefs Dreigliederung des sozialen Organismus referierten Ausführungen von Udo Herrmannstorfer über „Die neue Rolle des Staates“.

2 Staatliche Reglementierung führt notwendig über das Gleichheitsprinzip zu einer Wissenschafts- und Weltanschauungsneutralität, die nur das naturwissenschaftlich Konstatierbare als „konsensfähig“ übrigläßt und damit alle Wesensfragen, mit denen Kinder doch auf die Welt kommen, ausklammert.

3 Zur wettbewerbsneutralen Finanzierung der Sozialsysteme vgl. die Vorschläge von U. Herrmannstorfer, H. Spehl und C. Strawe, Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus Heft 1/1999 und unter www.sozialimpulse.de/lnk.htm

4 Vergl. C. Strawe: Der Zauberlehrling - Gesellschaftliche Bedingungen notwendiger Technikfolgenbewältigung, <http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Gentechnik.pdf>

5 Einen wichtigen Erfolg in der Durchsetzung dieses Grundsatzes errang das Seminar für Waldorfpädagogik Stuttgart, dem gerichtlich bescheinigt wurde, eine einer Pädagogischen Hochschule in staatlicher Trägerschaft gleichwertige Ausbildung anzubieten, weshalb ihm der Hochschulstatus durch das Land Baden-Württemberg nicht verwehrt werden dürfe.

6 Jense Heisterkamp (Hrsg.), Frankfurt am Main 2002.

7 C. Strawe: Dreigliederung oder Global Governance, www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Global-Governance.pdf

8 Samuel P. Huntington: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Dtsch. Ausgabe München/Wien 1996, S. 18.

9 Vgl. hierzu auch: Nicanor Perlas, Christoph Strawe: Importance of Threefolding in the Age of the Empire Matrix, <http://www.globenet3.org/Features/Feature-Empire-Matrix.shtml>

10 Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft (1919), GA 23, Taschenbuchausgabe 1984, S. 9f. Vgl. auch Walter Kugler: Selbstverwaltung als Gestaltungsprinzip eines zukunftsorientierten Schulwesens. Dargestellt am Beispiel der Freien Waldorfschulen. Stuttgart 1981.

11 Vgl. Udo Herrmannstorfer: Wege zur Qualität - Die Befreiung der schöpferischen Kräfte. www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Qualitaet.pdf

12 Der Begriff der Privatschule ist hier irreführend, weil es sich dem Wesen der Sache nach um öffentliche Schulen in freier Trägerschaft handelt. Vgl. C. Strawe: Die Freiheit des Kulturlebens - eine sich aus dem Wesensgehalt der Grundrechte ergebende Forderung. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 2/1999.

13 „Der Staat muss den schulischen Pluralismus auch gegen sich in der Weise garantieren, dass er auf eigenen Akten beruhende Beeinträchtigungen dieses Pluralismus durch staatliche Förderung neutralisiert ... Sollen solche Maßnahmen [Hebung des schulischen Standards und der Lehrbesoldung] nicht indirekt zu einer durch Art. 7 Abs. 4 GG verbotenen Benachteiligung der Ersatzschulen führen, so muss der Staat sicherstellen, dass die Verwirklichung seiner bildungs- und sozialpolitischen Ziele nicht auf Kosten der Lebensfähigkeit des privaten Ersatzschulwesens geht“ (II,c). „Kennzeichnend für die Privatschule ist, dass in ihr ein eigenverantwortlich geprägter und verantworteter Unterricht erteilt wird ... Die darin zum Ausdruck kommende Absage an ein staatliches Schulmonopol enthält zugleich eine der freiheitlich

demokratischen Grundordnung entsprechende Entscheidung gegen eine Benachteiligung gleichwertiger Ersatzschulen im Verhältnis zu staatlichen Schulen allein wegen andersartiger Erziehungsformen und -inhalte“ (II,1). Zit. nach: Leber, Stefan, Zur Problematik von Schule und Staat. In: Freie Schule. Flensburger Hefte 6/90, Heft 29, S. 140ff., S. 147.

14 Vgl. Gerald Häfner, Christoph Strawe, Robert Zuegg: Skizze zu einer „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“, in: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, 2, März 2000, siehe auch www.sozialimpulse.de/skizze.htm.

15 Zu diesem Ergebnis kamen bereits die Autoren der Denkschrift der Kommission „Zukunft der Bildung, Schule der Zukunft“ beim Ministerpräsidenten des Landes NRW, Neuwied/Kritfel/Berlin 1995.

16 Siehe www.effe-eu.org

17 Dieses muss selbstverständlich auch die Kosten der Lehrerbildung mit abdecken. Zum Bildungsgutschein vgl. Mathias Maurer: Der Bildungsgutschein. Stuttgart 1994.

18 Ein ausgabenorientiertes Steuersystem würde in dieser Hinsicht ganz andere Wirkungen haben, als ein System, bei dem auch verschenktes Einkommen immer zunächst der Besteuerung unterliegt und wo allenfalls ein gewisser Teil als Spende absetzbar ist.

19 Diesen Begriff hat Udo Herrmannstorfer geprägt (Kultur ohne Staat? - Staat ohne Kultur? Ein Beitrag in Thesen zur Finanzierung von Kultur und Kunst in der CSFR. Unveröffentlichtes Manuskript 1991).

20 „In jeder Gesellschaft werden zwei Dinge auseinandergehalten: die Bedingungen, damit etwas geleistet werden kann, und die Leistungen selbst. Die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsbedingungen nennt man ‚Infrastruktur‘. Dazu gehören in der Regel das Ausbildungswesen, Krankenhäuser, Erholungszonen, Kultureinrichtungen, Verkehrserschließungen, Landschaftspflege usw. Diese Aufgaben werden aus öffentlichen Mitteln, d.h. also durch alle Bürger finanziert. - Was gesamtgesellschaftlich zutrifft, gilt auch für die einzelnen Teilbereiche: Auch die Kunst braucht eine öffentlich-finanzierte ‚Infra-Struktur‘.“ (Udo Herrmannstorfer, a.a.O., These 10).

21 Vgl. R. Steiner: Vom Einheitsstaat zum dreigliedrigen sozialen Organismus. Elf öffentliche Vorträge 1920. GA 334/Dornach 1983, 3. Vortrag.

22 Wer sich mit der Behandlung dieser Themen bei Rudolf Steiner näher beschäftigen möchte, sei verwiesen auf GA 187, 5. Vortrag und GA 193, 1. und 2. Vortrag.

23 Rudolf Steiner: „Daher darf ich sagen, dass in einem gewissen Sinne die Ergänzung zu meiner ‚Philosophie der Freiheit‘ meine ‚Kernpunkte der sozialen Frage‘ sind. Wie meine ‚Philosophie der Freiheit‘ untersucht, woraus beim einzelnen Menschen die Kräfte zur Freiheit kommen, so untersuchen meine ‚Kernpunkte der sozialen Frage‘, wie der soziale Organismus beschaffen sein muss, damit der einzelne Mensch sich frei entwickeln kann. Und das sind im Grunde genommen die beiden großen Fragen, die uns im öffentlichen Leben der Gegenwart beschäftigen müssen.“ (GA 334/1983/S. 105)

Aufgaben und Perspektiven der Dreigliederungsarbeit

Christoph Strawe

Zu diesem Thema fand am 23. November in Stuttgart ein Arbeitstreffen statt, bei dem es um eine Bilanz der Aktivitäten und ihre Weiterführung ging. Eingeladen waren Menschen, die sich mit der Initiative Netzwerk Dreigliederung verbunden fühlen und sich über die weiteren Perspektiven der Dreigliederungsarbeit austauschen wollten. Die Einladung hatte ein erfreulich gutes Echo gefunden, viele Freunde trugen mit ihren Berichten und Ideen zum Gespräch bei, an dessen Anfang ein Referat des Autors stand. Einige Motive aus dem Referat und den anderen Beiträgen werden hier in freier Form zusammengefasst.

Der Dreigliederungsimpuls in den großen Auseinandersetzungen der Zeit

Die Dreigliederung des sozialen Organismus ergibt sich als Zeiförderung aus dem in der Neuzeit aufkommenden Mündigkeitsimpuls, aus der Individualisierung. Gelebte Mündigkeit verlangt kulturelle Freiheit. Das Zeitalter der Individualisierung ist zugleich auch dasjenige der Globalisierung, in dem ein die Menschheit verbindendes Netzwerk arbeitsteiliger Zusammenarbeit entsteht, das einer geschwisterlich-partnerschaftlichen Gestaltung bedarf. Auf der Rechtsebene will sich der Menschenrechts- und Demokratieimpuls umfassend geltend machen: rechtsstaatliche Gleichheit verträgt sich aber nicht mit obrigkeitstaatlichen Relikten. Das Streben nach Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit lebt als Grundimpuls im modernen Menschen. Jedoch wird es individuell und sozial immer wieder durch Gegentendenzen zurückgedrängt, die allesamt mit dem Misstrauen gegen das Potential von Mündigkeit und Freiheit zu tun haben. Dieses Misstrauen führt zum Unwillen, das Kulturleben in die Freiheit zu entlassen, die Demokratie zu einer wirklichen Teilnehmerdemokratie weiter zu entwickeln und im Wirtschaftsleben von dem Dogma vom ausschließlich selbstisch handelnden „homo oeconomicus“ abzulassen. Dies ist das Dogma des Marktfundamentalismus, der eine auf Verständigung der jeweils betroffenen Wirtschaftspartner gebaute Ordnung der Ökonomie ablehnt. - Dass die Planwirtschaft keine Alternative ist, sondern noch ärgere Vormundschaft erzeugt, ist dabei klar.

War im letzten Jahrhundert vor allem der „totale Staat“ das geschichtsmächtige Gegenbild der notwendigen Erneuerung, so sind seit 1989 neue Gegenkräfte ganz in den Vordergrund getreten. Jetzt wird der Kampf der Kulturen beschworen. Ein globaler Turbokapitalismus macht sich breit, gestützt von mächtigen Institutionen wie der Welthandelsorganisation, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Und der Ruf nach einem neuen Empire, dem US-amerikanischen erschallt.

Der Weg der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Nach dem Scheitern der Dreigliederungsbewegung 1917-1922 gab es im Jahr 1968 einen neuen Aufschwung von Dreigliederungsaktivitäten. Einen weiteren Schub gab es

1989, auf dem Höhepunkt des europäischen Umbruchs. In diesem Jahr gründete sich die Initiative Netzwerk Dreigliederung. Die damalige zivilgesellschaftliche Bewegung in den Umbrüchländern war eine Protestbewegung gegen den „vormundschaftlichen Staat“ (Rolf Henrich). Die neue zivilgesellschaftliche Bewegung seit 1999 ist eine Bewegung, die sich primär gegen dasjenige richtet, was Viviane Forrester den „Terror der Ökonomie“ genannt hat. Sowohl der totalitäre Anspruch des Staates, gegen den die Bewegung von 1989 kämpft, als auch der einer von Konzernmacht dominierten Ökonomie, gegen den die neue zivilgesellschaftliche Bewegung streitet, führt zur Frage nach der Entflechtung von Kultur, Ökonomie und Staat und damit zum Dreigliederungsproblem. Diese neue Bewegung ist faktisch zur dritten Kraft in der Welt geworden, agiert zunehmend selbständig und hat die Chance, bei ihrem Ringen um Alternativen sich zum Sachwalter der angedeuteten gesellschaftlichen Umgestaltung aufzuschwingen. - Nicanor Perlas hat die Stufen dieses Prozesses mit den Kategorien der faktischen, fortgeschrittenen und bewussten Dreigliederungsentwicklung zu beschreiben versucht.¹

In den Jahren dazwischen - die Bewegung von 89 klang ja nur zu bald wieder ab - haben wir wenig spektakulär, aber nicht ganz erfolglos, daran gearbeitet, den Dreigliederungsgedanken auf den verschiedensten Gebieten nicht nur wachzuhalten, sondern ihn als methodisches Instrument fruchtbar zu machen, z. B. in der Fortbildung, in der sich der Autor mit Udo Herrmannstorfer zusammen seit 1991 stark engagiert hat. Publikationen kamen heraus, schließlich auch im Internet. Kleinere Gruppen und Initiativen haben sich an vielen Stellen entwickelt - und bilden zusammen das locker geknüpfte Netzwerk. Das ist positiv - auch wenn es zu der Bildung starker und einflussreicher regionaler Knotenpunkte in dem Sinne, wie wir es erhofft und teilweise mit auf den Weg zu bringen versucht hatten, nicht gekommen ist. Auch ein publizistisches Großprojekt scheiterte schließlich.

Am Ende dieser Phase tauchten dann neue Horizonte und neue Menschen auf. Man spürt den Umschwung, wenn man wieder einmal den Bericht über das Treffen „10 Jahre Initiative Netzwerk Dreigliederung“ im Heft 4/1999 des Dreigliederungs-Rundbriefs nachliest. In Manila hatte eine Konferenz stattgefunden, mit deren Initiatoren wir dann begannen zusammenzuar-

beiten, ein Interview mit Nicanor Perlas in der gleichen Rundbriefnummer zeugt davon. In dieser Zeit beginnen wir uns mehr im Kontext der neuen zivilgesellschaftlichen Bewegung einzubringen, die mit dem Scheitern der WTO-Konferenz von Seattle in jenem Jahr eine immer wichtigere Rolle zu spielen beginnt.

Neue Themen und Arbeitsformen

Wir schalten uns zweimal in die Debatte über die europäische Verfassung ein, mit eigenen Vorschlägen. Eine Zusammenarbeit mit der IG EuroVision in der Europa-Frage entwickelte sich. Zu Beginn des Jahres werden Vorschläge zur Sicherung der Sozialsysteme durch Umfinanzierung der Lohnnebenkosten veröffentlicht. Im Jahr 2000 erscheint im Rundbrief ein Artikel über das GATS-Abkommen, der viel Beachtung findet. Gleichzeitig engagieren wir uns gegen das New Public Management für freiheitsfreundliche Qualitätsverfahren, wie sie von Udo Herrmannstorfer mit einigen Freunden als „Wege zur Qualität“ entwickelt worden sind. Auf diese Weise versuchen wir, den Selbstverwaltungsgedanken der Dreigliederung zu stärken. 2001 nimmt die Initiative Netzwerk am Weltsozialforum in Brasilien teil, 2003 zum zweiten Male. In Cancún sind wir dabei, als die WTO ein zweites Mal ins Straucheln kommt. Es gibt heute eine enge Verbindung von Dreigliederungsarbeit und allgemeinem zivilgesellschaftlichem Engagement, in Stuttgart z.B. manifest im vielfältigen Veranstaltungsleben des Forum 3. In dieser Zeit haben sich auch neue Vernetzungen in der Dreigliederungsszene gebildet. 2000 hatte in Stuttgart eine internationale Dreigliederungs-Konferenz stattgefunden. Im Sommer 2002 konstituierte sich das Global Network for Social Threefolding, das wir als unsere Partnerorganisation betrachten und in dem der Autor innerhalb der Forschungsgruppe, des sogenannten Research Node mitarbeitet. Von dieser Arbeit zeugt auch eine gemeinsame Ausarbeitung über die Bedeutung der Dreigliederung im Zeitalter der „Empire Matrix“, die inzwischen im Internet steht.² Auf einem weiteren Treffen unmittelbar nach Cancún wurden eine Reihe konkreter Verabredungen getroffen, z.B. in der Frage der Auseinandersetzung mit dem Agrarabkommen der WTO. Die Nachricht, dass er (und I. Abouleish) den Alternativen Nobelpreis erhalten haben, erreichte uns während Perlas' Aufenthalt in Stuttgart.

Neue Fähigkeiten sozialer Gestaltung erforderlich

In der Frage der Auseinandersetzung mit der Demontage der Sozialsysteme haben inzwischen Freunde in Achberg eine eigene Initiative ergriffen, über die Herbert Schliiffka beim Treffen berichtete. So verweben sich die verschiedenen Aktivitäten und vervielfältigen sich zugleich immer mehr. Auch nimmt der Umfang der Gespräche mit Menschen zu, die den Dreigliederungsgedanken als solchen erst durch uns kennenlernen. Dabei machen wir viele interessante Erfahrungen und lernen dazu.

In der Zivilgesellschaft hat das Ringen darum begonnen, wie die gewollte andere Welt zu denken sei. Dabei gibt es selbstverständlich auch, wie könnte es

anders sein, die Gefahr des Rückfalls in altes Denken. War die Protestbewegung gegen den vormundtschaftlichen Staat eher gefährdet durch eine Unterschätzung des „Terrors der Ökonomie“ und bot daher dem Neoliberalismus manche Angriffspunkte, so ist die heutige Bewegung eher bedroht durch einen Rückfall in eine Überbetonung der traditionellen Rolle des Staates. Diese ergibt sich zwar aus dem berechtigten Bestreben heraus, das Öffentliche gegen die privatkapitalistische Aneignung zu schützen, vergessen wird aber eben manchmal der notwendige Strukturwandel des öffentlichen Sektors selbst. So steht die Zivilgesellschaft heute vor der Aufgabe, auch inhaltlich jene Positionen eines dritten Weges zu entwickeln, die ihrer objektiven Rolle als einer dritten Kraft gemäß sind.

Die Teilnahme an diesen Debatten braucht neue Fähigkeiten der Zusammenarbeit auf der Grundlage freier Initiative und unter Anerkennung der „Diversität“. Was die Kooperation für die Dreigliederung angeht, war vor allem auch die bei dem Treffen herrschende gute Stimmung ermutigend. Wir betreten vielfach Neuland, wo uns nur Geistesgegenwart und sozialkünstlerisches Improvisationsgeschick helfen werden. Ausgedachtes wird nicht überdauern, deshalb müssen wir den Sinn für das sozial Lebensmögliche schärfen, dessen Bedingungen ja das sind, wonach die Dreigliederung primär fragt und sucht.

Vernetzung als Organisationsform der Dreigliederungsarbeit

Auch das Studium vorangegangener und nicht eben besonders geglückter Versuche zur Lösung der Organisationsfrage hatten den Autor veranlasst, 1989 auf die freie Vernetzung als Organisationsform zu setzen. Was damals entstand, war eine zugegebenermaßen „minimalistische“, aber seither doch über 14 Jahre lebensfähige Lösung. Um eine freie Initiative zur Vernetzung herum - eben die Initiative Netzwerk Dreigliederung mit ihrem Rundbrief und den von ihr initiierten Treffen und Aktivitäten - gruppieren sich in ebensolcher Freiheit Einzelne und Gruppen, die untereinander verschiedene Formen der Kommunikation und Zusammenarbeit entwickeln können. Eine dieser Formen ist die finanzielle Unterstützung der Initiative Netzwerk Dreigliederung durch die Teilnahme am Kostenausgleich. Es handelt sich also um eine sehr lockere und unkomplizierte Form der Vernetzung, von der aus allerdings auch nur relativ schlichte gemeinsame Projekte angegangen werden können, die keine entwickelten Formen gemeinsamer Willensbildung voraussetzen.

Um so interessanter ist es, zu beobachten, wie unser Partnernetzwerk Globe Net 3 versucht, die freie Vernetzung mit gemeinsamen Formen der Willensbildung auszustatten. So gibt es geographische und funktionale „Nodes“ (Gruppen oder wörtlich „Knoten“), welche wiederum VertreterInnen in eine internationale „Working Group“ entsenden, die für übergreifende Belange zuständig ist - selbstverständlich bei Wahrung der vollen Autonomie der „Nodes“. Es gibt einen Entscheidungsmechanismus via E-Mail, mit verabredeten Regularien.

Dazu gehört auch, dass ein „Node“ erst in GN3 förmlich aufgenommen werden muss. Inzwischen wurde die Internet-Präsenz von GN3 ausgebaut, man kann sich dort unter www.GlobeNet3.org über die Strukturen und die einzelnen Nodes unterrichten.

Ohne dass im Moment eine Veränderung unserer eigenen Strukturen zur Debatte stünde, ist es doch höchst spannend, die neuen Erfahrungen zu studieren, was nur zu gegenseitiger Befruchtung und Weiterentwicklung führen kann.

Gemeinsam unterwegs

Im letzten Teil des Treffens ging es um die weitere Arbeit im nächsten Jahr. Es konnte u.a. jetzt bereits von zahlreichen Anfragen zu Vorträgen über Dreigliederungs- und Globalisierungsthemen berichtet werden; über geplante Seminare und Tagungen, über die Weiterführung von begonnenen Initiativen. Wir wollen zur Erweiterung des Netzwerkes der Menschen und Gruppen beitragen, die sich für soziale Erneuerung einsetzen. Bei der Entwicklung unserer Arbeit gibt es aber nicht nur neue Möglichkeiten, sondern auch manchmal unverhoffte

Komplikationen. Wir waren mit unerwarteten Angriffen auf unserer Positionen zum Krieg im Irak, zum US-Empire, zum GATS-Abkommen und zur WTO konfrontiert. Schwierige Auseinandersetzungen um die Wege zur Freiheit im Bildungswesen waren und sind zu bestehen. Um so wichtiger ist das freundschaftliche Miteinander, ohne Führungsansprüche. Wir versuchen einen Gesprächsstil zu finden, der es ermöglicht, offene Fragen „unterwegs“ auf dem gemeinsamen Weg zu besprechen, auf dem wir uns nicht aufhalten lassen. Alle Erfahrungen zeigen, dass jeder Einzelne wichtig ist, wenn soziale Erneuerung schließlich gelingen soll.

Im Verlauf des Arbeitstreffens wurden auch der Rundbrief und vor allem die Schaffung der finanziellen Bedingungen für die weitere Arbeit zum Thema. Es gab Konsens über die Vorschläge zum Etat des nächsten Jahres. Einige Ergebnisse dieses Teils des Treffens sind am Ende des Heftes im Beitrag über den Kostenausgleich dargestellt.

1 Die Globalisierung gestalten. Zivilgesellschaft, Kulturkraft und Dreigliederung. Frankfurt 2000.

2 www.globenet3.org/Features/Feature_Empire_Matrix.shtml

Betrachtungen und Berichte

DAS STRÖMENDE GELD*

Bettina Kalambokis

Täglich haben wir Umgang mit Geld. „Wir“ das sind Abermillionen Menschen auf der ganzen Erde. Das Geld gehört zu den selbstverständlichsten Dingen unseres Lebens; so selbstverständlich, dass es uns - eben deshalb - in aller Regel gar nicht in den Sinn kommt, über dieses Selbstverständliche nachzudenken oder gar darüber zu staunen - z. B. zu staunen, dass es Geld überhaupt gibt und dass es jeden Tag von fast allen Menschen auf der Erde in Gebrauch genommen wird. Im folgenden sei versucht, dazu anzuregen, den gewöhnlich eingenommenen Standpunkt einmal zu verlassen und einen fragenden, beobachtenden Standpunkt dem Geld gegenüber einzunehmen.

Zunächst können wir bemerken, dass es im konkreten, täglichen Umgang mit Geld beim Kaufen gar nicht so einfach ist, diesen beobachtenden Ausnahmezustand herbeizuführen, dies aus dem Grunde, weil im Kaufvorgang das Interesse ganz von den eigenen Bedürfnissen in Anspruch genommen wird: uns interessiert, was wir für das Geld, das wir als Konsumenten in der Hand haben, alles an Waren und Diensten haben können. Woher das Geld kommt; wohin es geht; was es in der Welt draußen bewirkt, nachdem wir es beim Kaufen

weitergegeben haben; welche Rolle es im Zusammenleben der Menschen genau spielt, dafür ist unser Interesse zunächst nicht im gleichen Sinne wach wie für unsere Bedürfnisse. Dort aber wo unser Interesse ist, da sind wir selber. Diese Tatsache ist von weitreichender Bedeutung, gerade auch da wo wir im Alltag mit Geld umgehen.

Fragen wir also: Weshalb gibt es eigentlich Geld? Wodurch ist es in die Welt gekommen? Eine einfache Rückbesinnung kann uns bei diesen Fragen weiterhelfen: Solange die Menschen die Bedarfsgüter, die sie für ihr Leben benötigten, noch für sich selber herstellten, brauchte es kein Geld und auch dann noch nicht, als die Menschen die Waren im einfachen Tausch direkt miteinander austauschten. Erst als die Wirtschaft so komplex wurde, dass Arbeitsteilung auftrat, so dass nicht mehr für sich selbst, sondern für die anderen produziert wurde, - erst dann stellte sich die Frage, wie es ermöglicht werden kann, dass die Menschen in Gegenseitigkeit einander dazu verhelfen, dass jeder die für sein Leben notwendigen Bedarfsgüter von den anderen erhält. Diese gegenseitige Bedarfsdeckung nun wird ermöglicht durch das, was wir Geld nennen. Darin liegt die Grundfunktion des Geldes.

Diese Funktion des Geldes sich klar zu machen, ist gerade in einer Zeit und Welt notwendig, wo Geld grundsätzlich missverstanden wird, indem es in hohem Maße für

egoistische Zwecke missbraucht wird; indem suggeriert wird, das Geld könne sich selber vermehren und das Geld könne selber arbeiten. Diese die Grundfunktion des Geldes verzerrenden und verdeckenden Erscheinungen, die keinen real wirtschaftlichen Bezug mehr haben, liegen aber nicht an der eigentlich rein vermittelnden Funktion des Geldes, sondern an den Menschen, die das Geld missbrauchen.

Die Arbeitsteilung führt dazu, dass die Wirtschaft sich aufgliedert in Produktion und Konsumtion - und das bedeutet in Verkauf und in Kauf. Die Aufgabe des Geldes ist es, zwischen diesen beiden Polen zu vermitteln. Wo es um Kauf und Verkauf geht, geht es immer um Geld, und umgekehrt, wo es um Geld geht, geht es immer um Kauf und Verkauf (das gilt auch für den Leihgeldbereich, in welchem zwar keine Konsumgüter, aber Produktionsmittel gekauft werden). Im Konsumbereich fließt das aus Lohn stammende Geld im Austausch mit den Waren vom Käufer wieder zurück zum Hersteller der Waren. Für den Hersteller der Waren hat das empfangene Kaufgeld die Bedeutung oder den Sinn, es als Auftrag entgegenzunehmen, wieder ein gleiches oder ähnliches, womöglich verbessertes Produkt für die Bedarfsdeckung anderer Menschen herzustellen. Damit ermöglichen sich die Menschen aber gegenseitig, immer neu für ihre Mitmenschen wirtschaftlich tätig zu werden. Das empfangene Geld erfüllt seinen Sinn eigentlich nur dort, wo es strömt - von einer Hand in die andere. Geld ist das universelle Hilfsmittel, durch welches die Menschen in der arbeitsteiligen Produktion, gegenseitig und weltweit ihren Bedarf immer wieder decken können. Geld wird umso richtiger verwendet, je mehr diese Gegenseitigkeit durch das Strömen des Geldes ermöglicht wird. Wird Geld zurückbehalten bzw. gehortet, aber auch im Kauf zu wenig, zu billig resp. zu viel, zu teuer bezahlt, so wird dieser empfindliche Gleichgewichtsprozess gestört.

Es ist in unsere eigene Entscheidung gestellt, welchen Gebrauch wir vom Geld machen. Das Geld kann nichts dafür, wenn wir - seine eigentliche Funktion verkennend - einen egoistischen Gebrauch von ihm machen. Es ist deshalb von großer Bedeutung, dass immer mehr Menschen sowohl die Haltung „Über Geld spricht man nicht; Geld hat man“ wie auch die andere Haltung, wonach Geld etwas Unmoralisches sein soll, mit dem man sich deshalb nicht abgeben wolle, überwinden und sich bewusst machen, welche Rolle das Geld im sozialen Zusammenleben der Menschen spielt, um es dann in Selbstverantwortung immer richtiger zu handhaben.

Anmerkung

* Der Artikel ist zuerst erschienen in den Informationsblättern des Schweizerischen Verbands der Konsumentenvereine zur Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsweise und assoziativer Wirtschaftsordnung. Kontakt über Bettina Kalambokis, Meinradstrasse 1, CH - 8006 Zürich.

CROSS-BORDER-LEASING - VOR DEM AUS?

Der Widerstand der Zivilgesellschaft beginnt Wirkung zu zeigen

(cs) „Cross-Border-Leasing - Ein trojanisches Pferd? Der Ausverkauf der Städte und Gemeinden durch dubiose Steuertricks mit amerikanischen Konzernen“. So überschrieb Wilhelm Neurohr seinen Artikel zum Thema im Märzheft des Rundbriefs Dreigliederung. Seither hat sich der Widerstand der Zivilgesellschaft verstärkt und beginnt Wirkung zu zeigen, zumal sich in den USA der Fiskus mit dem Gedanken trägt, dieses Steuerschlupfloch zu schließen.

„Millionenschwere Deals liegen auf Eis“ - das berichtet der Kölner Stadtanzeiger vom 3.12.03 über die von der Stadt Köln geplanten CBL-Verträge. Das Trinkwassernetz, acht Wasserwerke und 160 Förderbrunnen, hatte man in Köln an einen amerikanischen Investor verkaufen und wieder zurückleasen wollen. Auch liefen Verhandlungen der Verkehrsbetriebe über das U-Bahnnetz.

Jetzt hat Chuck Grassley, Vorsitzender des Finanzausschusses des US-Senats in Washington, mit sieben anderen Senatoren einen Gesetzentwurf eingebracht, der solche windigen Geschäfte verhindern soll. Wenn amerikanische Investoren keine steuerlichen Vorteile mehr zu erwarten haben, wäre das das Aus für derartige Geschäfte. Die Kritiker haben immer vor der Unsicherheit der Rechtsgrundlage gewarnt. Jetzt ist sie so offensichtlich, dass CBL politisch immer weniger durchsetzbar ist.

Aus anderen Städten kommen ähnliche Meldungen wie aus Köln. In Frankfurt hatte Attac für ein Bürgerbegehren 48.000 Unterschriften für die Forderung „Rettet die U-Bahn“ gesammelt. Jetzt hat der Stadtrat entsprechende Pläne begraben. In Bergisch Gladbach lehnten die Wähler per Bürgerentscheid die Verleasung ihres städtischen Abwasserwerks ab.

In Stuttgart zeigt die kontinuierliche Arbeit einer „Wassergruppe“, dass die Stadtverwaltung Anträge auf US-Mietgeschäfte gestrichen hat. Hunderte von Briefen und zahllose Gespräche und mehr als 10.000 Unterschriften haben schließlich auch zu einem Aufstand der grünen Parteibasis geführt und die grüne Fraktion im Gemeinderat zur Korrektur ihrer Pro-CBL-Position gezwungen.

Nachdem schon die anderen Parteien bis auf die CDU sich widersetzt hatten, gibt es im Gemeinderat jetzt keine Mehrheit mehr für die CBL-Planungen, bei denen u.a. auch die städtischen Schulgebäude betroffen waren. Das Kanalnetz war bereits zuvor verleast worden. Die Stuttgarter Wassergruppe wird sich nun wieder ihrem eigentlich Thema zuwenden, dem Rückkauf des privatisierten Stuttgarter Wassers. Dafür will man sich auch aktiv in den Kommunalwahlkampf im nächsten Jahr einmischen.

Weitere Infos: <http://www.unser-aller-wasser.de>

ALTERNATIVER NOBELPREIS FÜR NICANOR PERLAS UND IBRAHIM ABOULEISH

(cs) Während des Aufenthalts von Nicanor Perlas in Deutschland im September erreichte uns die Nachricht, dass er - und zugleich Ibrahim Abouleish bzw. das ägyptische Agrarunternehmen Sekem - den „Right Livelihood Award“ erhalten haben. Er wird auch als „Alternativer Nobelpreis“ bezeichnet und von der „Stiftung für richtiges Leben“ (Right Livelihood Foundation) vergeben. Perlas und Abouleish sind den Rundbrieflesern durch verschiedene Berichte und Beiträge gut bekannt. Am 8. Dezember, einen Tag vor Vergabe der „offiziellen“ Nobelpreise, fand in Stockholm die Verleihungsveranstaltung statt. Anschließend hielten sich die Preisträger auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin auf.

Die Redaktion des Rundbriefs gratuliert herzlich!

Mit Perlas zusammen wurde auch Walden Bello aus den Philippinen geehrt, - beide, wie es in der Begründung der Jury heißt, für ihre herausragenden Bemühungen um die Aufklärung über die Wirkungen der konzernorientierten Globalisierung und darüber, wie Alternativen verwirklicht werden können. Bei Perlas wird auch auf seine Arbeit für soziale Dreigliederung hingewiesen. Sekem zeige, so die Jury, wie ein modernes Unternehmen Profitabilität und Engagement auf dem Weltmarkt mit einem menschlichen und spirituellen Ansatz und dem Respekt für die natürliche Umwelt verbinden könne. Die Jury sah in Sekem ein Unternehmensmodell für das 21. Jahrhundert, in dem kommerzieller Erfolg mit der Förderung der sozialen und kulturellen Entwicklung durch „Ökonomie der Liebe“ verbunden sei. Geehrt wurde außerdem die „Bürgerkoalition für wirtschaftliche Gerechtigkeit“ aus Südkorea.

Der nicht dotierte Ehrenpreis ging an den früheren neuseeländische Ministerpräsidenten David Lange für „seinen seit Jahren beharrlichen Kampf für eine Welt ohne Atomwaffen“.

Weitere Informationen kann man der Right Livelihood Award Website entnehmen: <http://www.rightlivelihood.se/latest03.htm>

DAS GIPFELTREFFEN DER GESAMT-AMERIKANISCHEN FREIHANDELSZONE FTAA IN MIAMI

Free Trade Area of the Americas (gesamtamerikanische Freihandelszone, FTAA) das ist der Inbegriff für ein Handelsregime, das 34 Staaten der westlichen Hemisphäre umfassen soll, einzige Ausnahme ist Kuba. Bemühungen zur Schaffung der FTAA begannen, kurz nachdem 1993 die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA - mit Kanada, USA und Mexiko - geschaffen worden war. Kurz zusammengefasst könnte man sagen:

WAS IST DER „RIGHT LIVELIHOOD AWARD“?

Ein Nobelpreis ist vielleicht die größte persönliche Ehre, die ein Mensch in der westlichen Welt erringen kann. Aber der Horizont der Nobelpreise ist relativ beschränkt und honoriert im wesentlichen intellektuelle Leistungen, wie sie typischerweise in westlichen Industrieländern erbracht werden. Der schwedisch/deutsche Schriftsteller, Aktivist und professionelle Philatelist Jakob von Uexkuell trat an die Nobel-Stiftung mit dem Vorschlag heran, einen Nobelpreis für Ökologie und einen, der die Belange der Mehrheit der Menschen in den nicht-industrialisierten Ländern berücksichtigen sollte, zu vergeben. Sein Vorschlag wurde abgelehnt. Daraufhin wurde die „Right Livelihood Foundation“ gegründet - als Startkapital dienten die Verkaufserlöse von Jakob von Uexkuells seltenen Briefmarken.

Umweltschutz, Friedenssicherung und Kampf gegen Ungleichheit

Der „Right Livelihood Award“ zeichnet Menschen und Organisationen aus, die hervorragende Leistungen im Umweltschutz, der Friedenssicherung und der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit erbracht haben. Vorschläge werden von der „Right Livelihood Foundation“ entgegengenommen und nach festgeschriebenen Richtlinien bewertet. Jährlich gehen 30-40 Nominierungen ein, die zusammen mit durchschnittlich 40 in Vorjahren nominierten Bewerbungen in die Auswahl kommen. Zur international besetzten Jury gehören unter anderem Mariann Ytterberg (schwedische Parlamentsabgeordnete), Sir Richard Jolly (Institut für Entwicklungsstudien UK und früherer stellvertretender Direktor der UNICEF), Ahmedou Ould-Abdallah (Global Coalition for Africa) und Monika Griefahn (Bundestagsabgeordnete und Mitbegründerin von Greenpeace Deutschland).

Die Preisträger spiegeln die demografische Realität der Welt

Ein Vergleich der Preisträger der letzten 20 Jahre zeigt deutlich die unterschiedlichen Gewichtungen des „klassischen“ und des „alternativen Nobelpreises“. 89% aller Nobelpreise wurden an Europäer und Nordamerikaner verliehen, nur 11% der Preisträger stammten aus Ländern wie Afrika, Asien, Lateinamerika etc. Dagegen gingen 55% der „Right Livelihood Awards“ an Menschen aus Europa und Nordamerika, immerhin 45% der Geehrten stammten aus der so genannten Dritten Welt. Nur 5% aller Nobelpreise wurden in diesem Zeitraum an Frauen verliehen. Dagegen sind beim „Right Livelihood Award“ 34% Preisträgerinnen bzw. Organisationen, an deren Spitze Frauen stehen.

Entnommen aus: The Right Livelihood Award: Mutmacher für eine bessere Zukunft, Bioboom - Das Servicemagazin aus dem Bio-Laden, Nr. 21, <http://bioboom.de/magazin/magazin.htm>

die FTAA ist der Versuch, die NAFTA nicht nur in geographischer, sondern auch in sozialer Hinsicht auszuweiten.

Die Ausweitung würde bedeuten, dass nicht nur überall auf dem Kontinent Verhältnisse entstünden, wie sie durch die NAFTA im Norden bereits erkennbar sind. Es würde so noch eine Verschärfung dieses Handelsregimes eintreten. Entlassungen und Arbeitslosigkeit, Ausbeutung, Zerstörung bäuerlicher Betriebe, Umweltzerstörung,

Konzentration von Konzernmacht und die Schaffung einer Schiedsgerichtsbarkeit, die es Großunternehmen ermöglicht, Staaten zu verklagen und demokratisch zustande gekommene und im Interesse des Gemeinwohls liegende Gesetze zu kippen. Kommerzialisierung von Wasserversorgung und Bildung wären weitere mögliche Folgen.

Am 20. und 21. November 2003 fand nun in Miami die achte Ministerkonferenz der FTAA statt. Monatlang hatte die Zivilgesellschaft auf dem Kontinent bereits darauf hin mobilisiert. Ging es doch darum, ähnlich wie es der Zeitplan der WTO auf globaler Ebene vorsah, die Verhandlungen bis 2005 abzuschließen. Die Tagung in Miami sollte hierfür den Durchbruch erzielen.

In Kürze kann man sagen, dass es zwar nicht gelang, die Konferenz wie den Gipfel von Cancún zum Scheitern zu bringen. Aber das Selbstbewusstsein einiger Länder Lateinamerikas, allen voran Brasilien, war so erstarbt, dass die USA gezwungen waren, um das Projekt überhaupt zu retten, sich auf eine abgespeckte Version der FTAA, eine „FTAA light“ einzulassen und eine Reihe sogenannter sensibler Bereiche aus den Verhandlungen auszuklammern. Die USA sind nun auf bilaterale Abkommen angewiesen, wenn sie ihre Ziele in diesen Bereichen weiter verfolgen wollen.

Ein große Zahl von Organisationen der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften hatten nicht nur Straßendemonstrationen organisiert, an denen etwa 20.000 Menschen teilnahmen. Es gab auch eine Vielzahl von Konferenzen, Foren und kulturellen Events, bei denen es auch um Visionen für eine andere regionale Integration des amerikanischen Kontinents ging.

(Diese Informationen sind größtenteils einem längeren Bericht von Christian Heath aus Kalifornien entnommen, Mitglied des Global Network for Social Threefolding und Teilnehmer in Miami. Wer mehr wissen will, findet Infos z.B. bei Public Citizen's Global Trade Watch <http://www.citizen.org/trade>

EUROPÄISCHES SOZIALFORUM

(cs) Mehr als 50.000 Aktivisten und Interessierte - darunter 3.000 aus Deutschland - diskutierten beim zweiten Europäischen Sozialforum (ESF) in Paris in 55 Konferenzen, 250 Seminaren und 400 Workshops über die Frage, wie eine andere Welt möglich sei und welche Konturen sie haben sollte. Dabei richteten viele Beiträge den Blick auch auf die Zukunft und Verfassung Europas. Das Sozialforum ging mit einer Demonstration von mehr als 100.000 Menschen zu Ende - unter dem Motto: „Für ein anderes Europa in einer anderen Welt“. Auf den Transparenten las man: „Für ein Europa der Bürgerrechte in einer Welt ohne Krieg“ oder „Für ein demokratisches Europa der Bürger und Völker“.

Das erste europäische Sozialforum hatte im letzten Jahr in Florenz stattgefunden und war im Zuge der weltweiten Bewegung entstanden, die durch das Weltsozialforum in Porto Alegre ausgelöst worden war. Dieses fand im Januar zum dritten Mal statt, im Januar 2004 wird das vierte Weltsozialforum in Mumbai/Indien (früher Bombay) stattfinden.

Eine sich an das Forum anschließende „Versammlung der Sozialen Bewegungen Europas“ hat gemeinsame Aktionen gegen Sozialabbau, Krieg und die Europäische Verfassung in ihrer geplanten Form beschlossen. Für einen Aktionstag im Frühjahr sicherten aus Deutschland Frank Bsirske (ver.di) und Horst Schmitthener (IG Metall) Unterstützung zu. Was die Verfassung angeht, soll am 9. Mai eine europaweite Demonstration in Rom stattfinden, wo der Text nach bisheriger Planung unterzeichnet werden soll.

Berichte u.a. unter: <http://www.attac.de/esf2003/index.php> und auf den Seiten des ESF <http://www.-esf.org>.

VERFASSUNG DER EUROPÄISCHEN UNION: DIE ZIVILGESELLSCHAFT MACHT MOBIL

Das Projekt einer Verfassung der Europäischen Union geht in die entscheidende Phase. Laut Plan hätte sich die Regierungskonferenz am 12./13. Dezember in Brüssel über den Text einigen müssen. Es kam anders. Einige Länder, allen voran das Beitrittsland Polen, stellten sich bis zuletzt quer. Hauptstolperstein war das Prinzip der künftigen Stimmengewichtung im Ministerrat, über das die 25 Staats- und Regierungschefs keine Einigung erzielen konnten. Der vorliegende Entwurf sieht die sogenannte doppelte Mehrheit vor: ein Beschluss gilt als akzeptiert, wenn mindestens 50 Prozent der EU-Länder zustimmen und die zustimmenden Länder 60 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren. Das verschlechtert die Position kleiner bevölkerungsärmerer Länder gegenüber den Bestimmungen des Vertrages von Nizza vom Dezember 2000. Trotz des Scheiterns hofft man noch, das Projekt einer europäischen Verfassung in absehbarer Zeit abschließen zu können.

Geplant war, dass die Regierungen am 9. Mai 2004 den Verfassungsvertrag unterzeichnen sollten, noch vor den Europawahlen im Juni. Dieser Termin erscheint vielen jetzt eher unrealistisch. Nach der Unterzeichnung muss die Verfassung in den einzelnen Ländern durch die Parlamente bzw. durch Volksabstimmungen - letzteres wahrscheinlich in mindestens einem Dutzend EU-Ländern - bestätigt werden. In Deutschland haben sich zunächst alle anderen Fraktionen gegen einen Vorstoß der FDP gesperrt, ein Referendum abzuhalten. Dass laut Umfragen 74 Prozent der Deutschen über das EU-Grundgesetz abstimmen wollen, beeindruckte sie dabei nicht. Außenminister Joschka Fischer begründete seine Ab-

lehnung gar mit der „historischen Bedeutung“ der Entscheidung - demokratiethoretisch höchst „originell“: je unwichtiger die Themen, um so mehr darf das Volk mitreden. Inzwischen hat sich jedoch der Parteitag der Grünen für eine Volksabstimmung ausgesprochen und damit die Diskussion wieder in Gang gebracht. Spätestens jetzt müsste die Koalition ihre Entscheidung revidieren, zumal auch in der SPD-Fraktion die Befürworter eines Referendums zahlreich sind. Gerald Häfner, Mitautor der Vorschläge der Initiative Netzwerk Dreigliederung zum Verfassungsvertrag, kündigte als Vorstandssprecher von Mehr Demokratie e.V. für die kommenden Wochen Aktionen für einen Volksentscheid an. „Europa nicht ohne Bürger“, lautet das Motto.

Für den Fall eines endgültigen Scheiterns der Verfassungsverhandlungen ist nach den Worten von Kanzler Schröder mit einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ zu rechnen, d.h. dass sich ähnlich wie schon beim Euro ein Kerneuropa zusammenschließt und die Integration rascher vorantreibt als der Rest der Länder.

Das gegenwärtige Gerangel über die Machtverteilung im neuen Europa lenkt eher von den schwerwiegenden Mängeln des Verfassungsentwurfs ab, der in entscheidenden Fragen die Weichen falsch stellt. So wird die EU z.B. in Art. III/217 noch stärker auf die entwicklungsfeindliche Freihandelspolitik der Welthandelsorganisation WTO festgelegt. Insgesamt tritt eine Absenkung des Grundrechtsniveaus gegenüber dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ein: die fehlende Sozialbindung des Eigentums ist hierfür nur ein Beispiel. Daher gibt es gegen die Unterzeichnung des Vertragswerks schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken. Das Scheitern von Konferenzen und das Nein bei Abstimmungen bedeutet wichtigen Zeitgewinn für Bemühungen, die skizzierten Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Erfreulicherweise haben sich jetzt relevante Teile der Zivilgesellschaft des Themas angenommen. Schon seit Beginn der Debatte über die Verfassung hatte sich die Demokratiebewegung stark engagiert, vor allem mit der Forderung, dass über eine europäische Verfassung Referenden in allen Ländern stattzufinden hätten. Inzwischen ist auch die sogenannte globalisierungskritische Bewegung aktiver geworden und hat sich mehr als in der Vergangenheit auch auf die Diskussion der Verfassungsinhalte im einzelnen eingelassen. Auf dem europäischen Sozialforum wurde das Thema behandelt, Attac Deutschland macht es zu einem Arbeitsschwerpunkt. Es hat sich eine EU-AG gebildet, die bereits wichtige Informationsmaterialien erstellt hat.¹ In Stuttgart hat sich eine örtliche Attac-AG gebildet und zu einem Seminar am 20. Dezember eingeladen.

Im Einladungstext heißt es: „Jetzt ist es endgültig Zeit, sich einzumischen und den Forderungen der Zivilgesellschaft Nachdruck zu verleihen. Alle, die sich in einer entsprechenden Kampagne engagieren wollen, laden wir herzlich ein zu einem Seminar, bei dem wir die dafür notwendigen Informationen und Argumente bün-

deln wollen. Was ist der geschichtliche Hintergrund für die geplante EU-Verfassung? Inwieweit nimmt die EU mit der geplanten Verfassung Kurs darauf, eine weltweit agierende Militärmacht zu werden? [...] Diese Fragen werden wir u.a. mit Christoph Strawe, Adolf Riekenberg und Eric Wesselius diskutieren (Erik Wesselius kommt aus Amsterdam und gehört dem Corporate Europe Observatory - CEO - an, einer Gruppe, die seit Jahren die Politik der EU und der Lobbyisten in Brüssel beobachtet und analysiert.)“ „Wie können wir unsere Interessen wahrnehmen und etwas gegen das wachsende Informations- und Demokratiedefizit tun? Wie können wir eine wachsende Militarisierung und eine Zementierung neoliberaler Wirtschaftspolitik in Europa verhindern? Das sind Fragen, auf die wir miteinander Antworten suchen und finden wollen.“

¹ Einen entsprechenden Newsletter zum Selbstkopieren findet man im Internet unter www.attac.de/eu-ag. Weitere Information zur Europäischen Verfassung unter: www.sozialimpulse.de // www.eu-verfassung.org // www.imi-online.de // www.mehrdemokratie.de/bu/ak/europa

JA ZU EINEM EUROPA DER FREIHEIT, DEMOKRATIE UND SOZIALEN GERECHTIGKEIT!

NEIN zu einer Verfassung der Europäischen Union ohne Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger!

Das ist die Überschrift eines Aufrufs, unter den jetzt in Stuttgart Unterschriften gesammelt werden sollen. Der Aufruf tritt ein

- für die Erweiterung der Grundrechte des einzelnen Menschen, gegen jede Absenkung des Grundrechtsniveaus;
- für mehr Demokratie durch direkte Bürgerentscheide und die Stärkung der kommunalen, regionalen und nationalen Parlamente, - gegen Zentralismus und bürokratische Reglementierungswut;
- für die Stärkung der sozialen Rechte, - gegen Kommerzialisierung öffentlicher Güter wie Wasser, Gesundheit und Bildung;
- für die Solidarität von Nord und Süd, - gegen eine entwicklungsfeindliche Freihandelspolitik;
- für ein Europa, das den Krieg verweigert, - gegen eine Militarisierung und Machtpolitik der EU.

Solange eine europäische Verfassung nicht konsequent an diesen Forderungen orientiert sei, könne man zu ihr nur Nein sagen. Die Bundesregierung dürfe die Verfassung so nicht unterzeichnen. Gefordert wird eine breite Diskussion und eine Volksabstimmung.

MASSENDEMONSTRATION GEGEN SOZIALABBAU

Mit über 100.000 TeilnehmerInnen übertraf die Demonstration am 1. November in Berlin die kühnsten Erwartungen der OrganisatorInnen. Wir dokumentieren hier die Rede von Ilona Plattner und ein Anschreiben, in dem Herbert Schliffka gegenüber den TeilnehmerInnen Fragen nach den weitergehenden Perspektiven einer Bewegung gegen den Sozialabbau aufwirft. Herbert Schliffka ist Initiator der „Offensive für Arbeit, soziale Sicherheit und Bildung“, über die wir im letzten Rundbrief berichtet haben.

Dokumentation: Rede von Ilona Plattner Mitglied im bundesweiten Attac- Koordinierungskreis, zur Abschlusskundgebung der Demonstration am 1. November 2003 in Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde,
Rot/Grün ist verantwortlich für das gigantischste Verarmungsprogramm, das dieses Land je gesehen hat. Allerdings besteht kein Zweifel, dass die Opposition in den Startlöchern steht - bereit, dieses Programm rechts zu überholen.

Die Argumente, warum wir uns keine solidarische Gesellschaft mehr leisten können, zielen letztlich immer auf den Standort Deutschland im internationalen globalen Wettbewerb. Wir sollen stromlinienförmig, funktionsstüchtig und effektiv dem Mega-Unternehmen BRD einen Spitzenplatz im Giga-Unternehmen ERDE sichern.

Im Zuge der Globalisierung werden nationale Grenzen und Schutzgesetze für den Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr weitgehend außer Kraft gesetzt. Im direkten Konkurrenzkampf stehen die Unternehmen unter gnadenlosem Druck, ihre Profite zu steigern. Das kann nur gelingen, wenn massiv Kosten gesenkt werden - in Form von Maschineneinsatz, Lohndumping und Massenentlassungen. Wachsende Erwerbslosigkeit und Lohnsenkungen führen aber direkt zum Abbau unserer lohnfinanzierten Sozialsysteme.

Steuerflucht von - und Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche sind ebenfalls Kostensenkungsmaßnahmen. Der Standort Deutschland, so heißt es, müsse um jeden Preis erhalten werden. Die Folgen sind hochverschuldete Städte und Kommunen, die ihre Dienstleistungen runterschrauben - zu Lasten aller, vor allem der sozial Schwachen. Zudem fordert neuer Profit neue Märkte - gerade die Privatisierung der noch öffentlichen Sozialsysteme verspricht Milliardengewinne.

Die neoliberale Politik ist international. Den Entwicklungsländern wird sie seit 15 Jahren unter der Parole der Strukturanpassung aufgezwungen. Angeblich sollen sich Wohlstand und Sicherheit ausbreiten. Was sich aber ausbreitet, sind die Zustände der so genannten dritten Welt.

Die Menschen in den arm gemachten Ländern können uns ein Lied singen von der Privatisierung öffentli-

cher Daseinsvorsorge. Von der Zerstörung lokaler Märkte und Infrastrukturen. Von der Auflösung kultureller Vielfalt und von der Übernahme des Wettbewerbsdenkens in alle, auch zwischenmenschliche Bereiche. Ein zorniges Lied von der immer größer werdenden Kluft zu einer kleinen, reichen Oberschicht.

2010, Hartz, Herzog, Rürup und Co. sind nichts weiter als Strukturanpassungsprogramme auf deutsch. Durchgeboxt von der rot-schwarz-grün-gelben Neoliberalen Einheitspartei Deutschlands. Die VerliererInnen sind Kinder, Alte, Kranke, Erwerbslose, MigrantInnen - alle diejenigen, die ihre Arbeitskraft nicht gewinnbringend zu Markte tragen können, also angewiesen sind auf öffentliche Sozialsysteme. Und wer fängt die Bedürftigen auf, die durch das immer großmaschigere Netz fallen?

Es sind die Frauen, die die wegbrechende staatliche Fürsorge auszugleichen haben. Abgedrängt in die Rolle der kostenlosen Kinder-, Alten- und Krankenpflegerin. In die Rolle der schlecht bezahlten Hinzuverdienerin. Auf Kosten ihrer eigenen Daseinsvorsorge, auf Kosten aller emanzipatorischen Errungenschaften. Wenn Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt werden, dann der Verdienst des Partners angerechnet wird, verlieren zigtausende von Frauen ihre finanzielle Unabhängigkeit.

Zudem sind es vor allem Frauen, die in flexibilisierten, wenig gesicherten Arbeitsverhältnissen stehen. Die sicheren Arbeitsplätze - gerade für Frauen - gibt es im öffentlichen Sektor. Die so genannten Reformen zerstören aber genau diesen Bereich. Die Folgen sind Verunsicherung aller Arbeits- und Lebensverhältnisse. Das ausbeutbare Modell der Hausfrau und Geringverdienerin wird im Zuge der Globalisierung auch auf die männlichen Erwerbstätigen ausgedehnt.

Die neoliberale Politik ist international und angeblich alternativlos. Aber Politik ist menschengemacht - das heißt, sie kann verändert werden. Es ist möglich, für ein gutes Leben für alle zu wirtschaften. Noch nie gab es so viel Reichtum wie heute. Es ist genug für alle da. Jeder Mensch hat ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum. Das muss sich niemand verdienen, das ist Menschenrecht.

Die Menschen hier und weltweit haben die Nase voll von der Propaganda im Dienste der Profitsteigerung. Sie haben die Nase voll von Strukturen, die Kriege fördern und milliardenfache Ausbeutung hervorbringen.

Überall auf der Welt gibt es Menschen, die dem etwas entgegensetzen. Überall bilden sich Sozialforen, vernetzen sich Bewegungen und nehmen Menschen ihr Schicksal in die eigene Hand. Demnächst, auf dem Europäischen Sozialforum in Paris, treffen sich alle emanzipatorischen Kräfte und organisieren den europäischen Widerstand. Im kommenden Jahr werden wir gemeinsam dem Sozialkahlschlag in ganz Europa entgegengetreten.

Wir holen uns die Selbstbestimmung über unsere Zukunft zurück. Wir verstehen Vielfalt als Stärke. Wir sind überall. Wir sind viele und wir kommen wieder. Diese Demonstration ist erst der Anfang.

Quelle: www.attac.de/soziale-zukunft-jetzt/rede031101.pdf

Dokumentation: Ein Brief von Herbert Schliffka an die Unterstützer der Demo am 1. November 2003

Liebe AktivistInnen gegen den Sozialabbau, die Demo vom 1.11. gegen den Sozialkassenschlag war ein großer Erfolg. Wie könnte es weiter gehen, damit wir von Erfolg zu Erfolg immer mehr an Kraft gewinnen, die wir benötigen, um unser gemeinsames Ziel - den Sozialabbau zu stoppen - wirklich erreichen zu können?

Eine Möglichkeit, wie es z. B. weitergehen kann, besteht darin, sich am Projekt WillensBekundung der „Offensive für Arbeit, soziale Sicherheit und Bildung“ zu beteiligen. Alles weitere ist auf den Internetseiten der „Offensive“ zu erfahren: ww.offensive.willensbekundung.net

Zusätzlich möchte ich Euch, den Unterstützern der Demo vom 1.11. noch folgendes mitteilen. Kann die Demo vom 1.11. gegen den Sozialkassenschlag als der Beginn einer „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“ angesehen werden? Ich meine ja. Eine solche „Offensive“ kann ins Rollen kommen - auch wenn wir uns zunächst unter der Negation der Regierungs-Position versammelt haben.

Das heißt, wir haben den zunächst einfacheren Schritt gewählt, indem wir gesagt haben, was wir nicht wollen. Wir haben mit dem Aufruf „gegen den Sozialkassenschlag“ gezeigt, dass wir die geplanten und zum Teil schon verabschiedeten Gesetzesvorhaben der rot-grünen Regierungskoalition und erst recht die Vorschläge der FDP- und Unions-Opposition und der Unternehmerverbände nicht haben wollen. Doch kann allein diese defensive Anti-Haltung, uns so viele Kräfte zuführen, dass es uns gelingt, einen anderen Weg einzuschlagen, als den, den die Kräfte, die das Steuer in der Hand halten, ansteuern?

Die defensive Anti-Haltung ermöglicht es zunächst, viele kleine oppositionelle Gruppierungen zu vereinen, die sonst ganz unterschiedliche Ziele verfolgen, aber gemeinsam die in Gang gesetzten antisozialen Gesetzesmaßnahmen ablehnen. Doch diese, sich in der Negation erschöpfende Opposition ist eine verschwindend geringe Minderheit und wird auch eine bleiben - auch wenn die Mehrheit sich wünscht, alles könnte so bleiben, wie es ist.

Die Mehrheit wird letztlich denjenigen Glauben schenken, die überzeugt sind, dass die (durch den globalisierten Verdrängungs-Wettbewerb erzeugte) Lage der Weltwirtschaft zunehmend zu geringen Einnahmen in den Staats- und Sozialkassen führt und sie weiß, wenn weniger Geld in diese Kassen fließt, kann auch nur weniger ausgegeben werden.

Wenn wir durch Proteste nicht nur unsere Betroffenheit zum Ausdruck bringen und unseren Frust ablassen wollen, sondern wirklich eine wirksam werdende Alternative in Gang bringen wollen, dann müssen wir der Mehrheit der Mitbürger aufzeigen, dass andere Maßnahmen als diejenigen, die derzeit von Regierung, Opposition, Unternehmerverbänden und anderen mächtigen

Organisationen in Angriff genommen werden, nicht nur sinnvoller, sondern auch möglich sind.

In der durch die Globalisierung veränderte Situation der Weltwirtschaft, muss zunächst gezeigt werden, wie auch unter den gegebenen privatkapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen - trotz Globalisierung - durch „realpolitisch“ realisierbare Maßnahmen genügend viel Geld in die Staats- und Sozialkassen fließen kann, damit Alte, Kranke und Arbeitslose auch zukünftig ein gutes Einkommen und gute medizinischer Versorgung erhalten und auch Bildung als Zukunftsinvestition mit dem dazu notwendigen Geld ausgestattet werden kann.

Reichen dazu in einer Zeit, in der durch den globalisierten Verdrängungswettbewerb viele Unternehmen - und damit Arbeitsplätze - in den Wirtschaftsstandorten gefährdet sind, in denen noch eine soziale und ökologische Marktwirtschaft vorhanden ist, die alten linken Forderungen noch?

Ist z.B. noch die Forderung nach einer höheren Unternehmens- oder gar nach einer Vermögensbesteuerung - wie dies auch wieder in dem Aufruf zum 1.11. gefordert wird, damit genügend Geld in die Staats- und Sozialkassen fließen kann, noch zielfördernd oder gefährden solche Forderungen nicht wirklich den Wirtschaftsstandort und müssen wir deshalb heute nicht ganz neue, der gegebenen Situation angemessene Vorschläge unterbreiten?

Die „Offensive für Arbeit, soziale Sicherheit und Bildung“ unternimmt den Versuch, solche neuen Vorschläge, von denen sich meint, sie seien der gegebenen Situation angemessen, in die gesellschaftliche Kommunikation einzubringen.

Ich bitte Euch, diese Vorschläge gründlich zu prüfen.

Die vorrangigste „realpolitische“ Maßnahme, die die „Offensive“ vorschlägt, ist die Umstellung von der einkommens- zur ausgabenbezogenen Steuer- und Sozialabgabe. Genaueres dazu kann in der beigefügten, 8-seitigen kleinen Denkschrift für einen „Paradigmenwechsel“ nachgelesen werden.

Wichtig dabei ist: Nicht mehr die Einkommen werden mit Abgaben belegt, sondern nur noch die Ausgaben. In alle Waren- und Dienstleistungspreise werden die Abgaben - gestaffelt nach Warenart in 4 oder 5 Abgabeklassen (so wie es bei der Mehrwertsteuer heute schon 2 Klassen gibt) - einkalkuliert.

Der „Konsument“ (im weit gefassten Sinn) - und nur der, also derjenige, der für Waren und Dienstleistungen Geld ausgibt - bezahlt dann die Steuer- und Sozialausgaben - die Unternehmen (also diejenigen die beim Kauf das Geld einnehmen) führen dann - wie bei der heutigen Mehrwertsteuer - gemäß ihrem Umsatz prozentual die vom Gesetzgeber festgesetzten Abgaben an die Staats- und Sozialkassen ab.

Erst dann haben wir es mit eine wirklich grundlegenden Steuer- und Sozialabgaben-Reform zu tun. - Alles andere ist nur unzeitgemäße Flickschusterei.

Sozial gerecht wäre diese Reform auch: Denn ein jeder „konsumiert“ - also zahlt jeder diese Steuer- und Sozialabgaben. Die sogenannten „Besserverdienenden“

geben in der Regel mehr Geld aus als die Normal- und Geringverdienenden. Sie zahlen also auch mehr Steuer- u. Sozialabgaben.

Kein Normal- und Geringverdienender kann z. B. 200,- Euro, 500,- Euro oder gar 2000,- Euro täglich ausgeben.

Luxusgüter und gesundheits- oder umweltgefährdende Waren sind in eine höhere Abgabenklasse einzuordnen als andere normale Waren und diese (die heute mit 16% MwSt. belegt werden) sind in eine höhere Abgabenklasse einzuordnen als normale Lebensmittel (die heute mit 7% MwSt. zu versteuern sind) und diese wären dann noch in einer höheren Abgabenklasse als besonders abgabenbegünstigte Waren (Genauerer dazu - und warum dies gerade im Standort-Wettbewerb unsere Wirtschaft vor dem Niedergang schützt - ist in der „Paradigmenwechsel“-Schrift nachzulesen).

Eine andere wichtige Maßnahme wäre, die Einkommensunterschiede zwischen den „Besserverdienenden“, Normal- und Geringverdienenden zu verringern. Ein Vorschlag dazu wird im dem beigefügten Brief an Schröder im Zusammenhang mit der Umstellung von den „Einkommens- zu den Verbrauchsabgaben“ gemacht.

Diese große Einkommensschere ist ja - wenigstens zu einem Teil - ein Ergebnis der Tarifverhandlungen der letzten Jahrzehnte.

Prozentuale Einkommenserhöhungen führen über Jahrzehnte zu den immer größer werdenden Einkommensunterschieden. Hier müssten die Gewerkschaften andere Wege gehen, damit untere und mittlere Einkommen real wachsen und die höheren Einkommen die nächsten Jahre erst einmal stagnieren, um die Einkommensschere etwas mehr zu schließen. Das muss in den Tarifverhandlungen erkämpft werden, damit die Binnennachfrage steigen kann. Denn die Besserverdienenden sparen, während den unteren Einkommensbeziehern dieses Geld für die Nachfrage fehlt.

Weitere Maßnahmen - vor allem zur Schaffung von mehr Arbeit und zur Verringerung der Furcht vor der Arbeitslosigkeit - werden in dem beigefügten 8-seitigen Text „Aufruf zur Initiative für eine Offensive für Arbeit, soziale Sicherung und Bildung“ beschrieben.

Dieser Text ist eine inhaltliche Zusammenfassung von einem Schriftverkehr, der mit einem Brief (und einem beigefügten 13-seitigen Aufsatz) an Otto Schily begann. Otto Schily lernte ich 1980 in Düsseldorf kennen. Er war dort Bundestagsdirektkandidat der Grünen, ich war dort seit 1979 im neu begründeten Kreisverband der erste KV-Vorsitzende. Mit meinen Vorschlägen, die ich dem Kabinettsmitglied Schily in dem Brief mitteilte, wollte ich im Sommer 2002 den Versuch unternehmen, den sich anbahnenden Sozialabbau noch abzuwenden. Doch wie alle wissen, gelang dieser Versuch nicht. - Auch weitere Versuche, die rot-grüne Koalition zu „fördern“, die ich vom Herbst 2002 bis zum März 2003 unternahm, waren erfolglos. Nun ist es an der Zeit die rot-grüne Koalition zu fordern, sie mit aller Macht dazu zu bewegen, endlich neue Wege zu beschreiten.

Auch die Gewerkschaftsführung, die ich im März 2003 parallel zu dem Brief an den Bundeskanzler an-

schrieb, verhielt sich bisher - ebenso wie die Parteiführungen und die Fraktionen der rot-grünen Regierungskoalitionen - ignorant gegenüber den von der „Offensive“ mitgeteilten Vorschlägen zur Vermeidung des Sozialabbaus und für die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und Arbeitsverhältnisse. (Im Anhang beigefügt ist der Brief an den ver.di-Vorstand, der auch an den DGB-Vorstand und an die Vorstände aller Einzelgewerkschaften geschickt worden ist.)

Vielleicht liegt die Ignoranz darin begründet:

Die Qualität des Beitrags der „Offensive“ besteht hauptsächlich darin, Ideen, die zur Zeit fast gar nicht in der Diskussion sind, zur Lösung der Probleme aufzuzeigen. Da diese Ideen neu sind, sind sie gewöhnungsbedürftig und müssen gründlich geprüft werden. Wer die konkreten Maßnahmen, die die Offensive vorschlägt, nur oberflächlich mit anderen Maßnahmen vergleicht, die von anderen Initiativen zur Bekämpfung der Agenda 2010 vorgeschlagen werden, die aber im Grundsätzlichen im Rahmen des Bisherigen verbleiben, wird die Maßnahmen der Offensive voreilig ablehnen müssen.

Denn - z. B. die Forderung zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die auch von den Unternehmensverbänden und Oppositionsparteien gefordert wird, damit die Unternehmen risikoloser mehr Arbeitsplätze schaffen können, wird unter den bestehenden Bedingungen unsoziale Wirkungen haben und sie wird deshalb für die Betroffenen (und deren organisierten Interessenvertretern) und für alle sozial gesinnten Menschen zu Recht völlig unannehmbar sein. - Aber unter den Bedingungen, wie sie z. B. in der 8-seitigen Schrift „Initiative zur Offensive“ etwas genauer skizziert werden, wirkt diese Forderung gar nicht mehr unsozial, sondern befreiend und sozial zugleich.

Jeder kann mitwirken, diese Ideen zu prüfen und wenn er sie als hilfreich erkannt hat, kann er mithelfen, sie in die gesellschaftliche Kommunikation einzubringen, damit sie bekannt werden und an Akzeptanz gewinnen. Dazu genügt einstweilen, die Internet-Adresse: www.offensive.willensbekundung.net auf allen möglichen Wegen bekannt zu machen. Da kann ein jeder seine Phantasie und Kreativität walten lassen. Weitere mögliche Aktionen werden auf dem 2-seitigen Aktions-Infoblatt vorgeschlagen.

Mit solidarischen Grüßen

Herbert Schliiffka

Dieses Anschreiben wurde an ca. 130 Einzelne bzw. Gruppen, die die Demo vom 1.11. unterstützt haben und an alle deutschen Attac-Gruppen mit Anschreiben gemailt. Außerdem bat der Autor um Veröffentlichung des Briefes und eines längeren Textes „Plädoyer für einen Paradigmenwechsel“ als Debattenbeitrag, auf die von Attac-Deutschland eingerichtete Internetseite zu einer „Strategiedebatte zur Kampagne gegen den Sozialabbau“ zu stellen. Kontaktadresse: Offensive, Panoramastr. 30, 88147 Achberg, E-Mail: offensive@willensbekundung.net. Dort sind auch die im Brief angeführten Dokumente zu beziehen.

**„TRAGEN SIE DAZU BEI, DASS DIE WELT SICH BEWEGT!“
INITIATIVE ZUKUNFT: DIE AKTIVE
BÜRGERGESELLSCHAFT LEBT**

Wilhelm Neurohr

Zivilgesellschaft in Bewegung

„Haben Sie eine Vision von der Zukunft? In welcher Gesellschaft möchten Sie in der Mitte des 21. Jahrhunderts leben? Tragen Sie dazu bei, dass die Welt sich bewegt!“ Mit diesen Fragen und Aufforderungen tritt die zivilgesellschaftliche „Initiative Zukunft“ in Deutschland zur Zeit an die Bürgergesellschaft heran, um mit einem breit angelegten unabhängigen Projekt zur Förderung gesellschaftlicher Innovation und Kreativität sowie zur Entwicklung und Diskussion sozialer Visionen beizutragen. Die Niedergangsbewegung der zusammenwachsenden Weltgesellschaft als drohende zivilisatorische Katastrophe soll wieder in eine Aufwärtsbewegung verwandelt werden, indem neue Handlungsspielräume durch neue Gedanken und Zukunftsvisionen eröffnet werden, ohne die Veränderungen nicht möglich sind. Eingeladen wird deshalb zu deutschen und europäischen Zukunftsforen sowie lokalen Zukunftszirkeln im Jahre 2004, um dort mit einer „visionären Expedition über den Globus“ und einem „Atlas der Visionen“ neue Horizonte zu entdecken und Neuland zu beschreiten: „Gestalten Sie die Terra inkognita“ in dem Bewusstsein: Wir können die Welt wirklich verändern.

Angestoßen werden soll mit dieser beispiellosen zivilgesellschaftlichen Initiative eine handlungsorientierte „soziale Bewegung der Veränderer“ und zugleich eine weitergehende Vernetzung und Kooperation der schon bestehenden zivilgesellschaftlichen Netzwerke der verschiedenen Organisationen und Zusammenschlüsse sowie Einzelpersonen. - Das geschieht in einer Zeit, in der die Politik mit der inneren Erosion der parlamentarischen Parteidemokratie eher Lethargie und lähmenden Konformismus verbreitet. Demgegenüber macht die Initiative deutlich, dass immer Alternativen möglich sind zu dem fundamentalistischen Anspruch, die gesamte Welt trotz unterschiedlichster Kulturen und verschiedener wirtschaftlicher Entwicklungsstadien nach einem einzigen wirtschaftlichen Prinzip formen zu wollen. Gegen dieses Prinzip wehrt sich die Zivilgesellschaft.¹ Die großen gesellschaftlichen Veränderungen gingen selten von der offiziellen Politik aus, sondern stets von den zivilgesellschaftlichen Bewegungen, der Ökologiebewegung, der Friedensbewegung, den Freiheitsbewegungen, der Frauenbewegung und nunmehr von der neuen sozialen Kulturbewegung.

**Neue soziale Ideen und Visionen
schaffen Zukunft: Treffpunkt für
„Cultural Creatives“ und ihre Ideen**

In der Hoffnung auf die Kraft von Ideen und Visionen bietet die „Initiative Zukunft“² drei Schwerpunkte: Einerseits zentrale Veranstaltungen zur Vorstellung von Visionen; sie werden nach der „Open-Space-Methode“ durchgeführt. Dazu gibt es ein korrespondierendes Internet-Diskussionsforum als „Zukunfts-Club“ sowie

andererseits „Zukunfts-Zirkel“ als lokale Initiativen zur Diskussion der Visionen und zur Entwicklung von Umsetzungsstrategien. Vom 14. bis 16. Mai 2004 findet das Zukunfts-Forum „Arbeit und Tätigkeit“ statt und vom 15. bis 17. Oktober das Zukunftsforum „Aktive Bürgergesellschaft“. Ein Europäisches Forum wird vom 18. bis 22. Juli 2004 zum Thema „Komplementär-Währungen“ veranstaltet. Vom 24. bis 29. Juli findet eine Sommerakademie für „Querdenkerinnen und Querdenker“ sowie „Quertuer und Quertuerinnen“ statt.

Die Initiatoren wollen bereits entwickelte Visionen bündeln und in einen breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess einbringen, der in politisch relevante Entwürfe münden und in einer entsprechenden Programmatik ausformuliert werden soll. Schließlich geht es aber auch um ihre Umsetzung und entsprechende Aktionen. Die erklärten Ziele der Initiative sind es, ein Forum für visionäre Gedanken und deren Entfaltung zu sein, einen „think tank“ für neue politische Ansätze zu bilden sowie einen permanenten Dialog und Konsultationsprozess aufzubauen, zugleich ein Netzwerk für „Vordenker und Gestalter“ in Deutschland anzubieten und dabei mit neuen Formen der Kommunikation und Beteiligung zu experimentieren, also einen Treffpunkt für „Cultural Creatives“ und ihre Ideen anzubieten: „Europa als Kontinent der Querdenker, der Quer-Sucher, der Quer-Tuer und der Quer-Lenker.“

**Alternative Wirtschaftskonzepte und Strategien
für ein Soziales Europa, für Gemeinwohl-
ökonomie, soziale Netzwerke, Nachhaltigkeit
und Weltbürgerschaft**

Die Themenpalette soll sich erstrecken von den Anliegen der Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung sowie Weltbürgerschaft über die Frage eines sozialen Europa bis zu Einzelfragen einer Agrarwende, einer Halbtagsgesellschaft und des Regio-Geldes. Nachgedacht werden soll über Veränderungen des politischen Systems, über alternative wirtschaftliche Konzepte sowie alternative Strategien der Nachhaltigkeit und Fragen des Gleichgewichtes. Die Entwicklung der Zivil- und Bürgergesellschaft und sozialer Netzwerke ist ebenso ein Anliegen wie die soziale Gerechtigkeit vor Wirtschaftswachstum. Weitere Stichworte lauten: „Von Erwerbsarbeit zur Tätigkeit“, „Zahlungsmittel Zeit“ oder „Workholder Values versus Shareholder Values“.

Angeknüpft wird dabei auch an die Weltsozialforen in Porto Alegre und Cancun sowie an die Europäischen Sozialforen in Florenz und Paris.³ „Global Exchange“, der globale Austausch, soll dabei auch gepflegt werden mit Organisationen wie „Amnesty international“, „Misereor“ oder „terre des hommes“ und vielen anderen. Mitträger der „Initiative Zukunft“ sind die „Stiftung Mitarbeit“⁴, die sich seit 12 Jahren für die Bürgergesellschaft engagiert, die Leserinitiative der globalisierungskritischen und spirituellen Zeitschrift kritischer Christen aller Konfessionen, „Publik Forum“, das soziale Institut der katholischen Kirche, ferner der Verein „Equilibrismus“ und das „Soziale Netzwerk Zukunft“. Der Münchener Verein Equilibrismus e.V.⁵ setzt sich für

eine Gleichgewichtung der Bereiche Ökologie, Wirtschaft, Politik, Kultur, Recht und Soziales ein, mit einer natürlichen Kreislaufwirtschaft, einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung und einem Weltbürgertum sowie einer Reform der Vereinten Nationen.

Zukunftsentwürfe erfordern Austausch zwischen Menschen unterschiedlichster Lebens-, Arbeits- und Erfahrungszusammenhänge

Das „Soziale Netzwerk Zukunft e.V.“, das mit einer Vielzahl weiterer Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen sowie mit der Akademie der Künste in Berlin zusammenarbeitet und das geistige Erbe Robert Jungks (Zukunftswerkstätten) in die Zukunft fortsetzen möchte, versteht sich als ein Forum für den Austausch zwischen

Menschen aus unterschiedlichsten Lebens-, Arbeits- und Erfahrungszusammenhängen: „Die neuen Antworten, die hier gesucht werden, müssen mehr sein als die Projektion der Gegenwart in die Zukunft. Gefordert sind nicht mehr allein wissenschaftliche oder technische Pionertaten, sondern vor allem soziale Innovationen für ein friedliches und selbstbestimmtes Zusammenleben sowie die Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen.“ Beteiligt sind auch das Sekretariat für Zukunftsforschung in Gelsenkirchen (Ruhrgebiet) sowie das Gelsenkirchener „Z-punkt büro für zukunftsgestaltung“, ferner einige Landeskoordinierungsstellen der Lokalen Agenda 21.

Die Beteiligten gehen von folgender Erkenntnis aus: „Der wachsenden Komplexität unserer Lebenswelt kann eine in einzelne Fachgebiete zergliederte Wissenschaft

BÜRGERSTIFTUNG „MITARBEIT“: GLOBALISIERUNG UND DEMOKRATIE-ENTWICKLUNG VON UNTEN

„Nur wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich aktiv einzumischen und Mitverantwortung zu übernehmen, kann Demokratie lebendig werden.“ Dieser Leitsatz kennzeichnet die Arbeit der „Stiftung Mitarbeit“¹. Sie hat sich die „Demokratieentwicklung von unten“ zur Aufgabe gemacht und versteht sich als Servicestelle für das bürgerschaftliche Engagement außerhalb von Parteien und großen Verbänden. Sie steht insbesondere Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen mit Beratung und Information, mit der Vermittlung von Kontakten und Vernetzungsmöglichkeiten sowie vielfältigen praktischen Hilfestellungen zur Verfügung. Über 1000 lokale Gruppen konnten seit 1991 bei ihrer Arbeit finanziell mit kleinen Starthilfeschüssen unterstützt werden.

In den Fachtagungen der Stiftung werden Probleme der Bürgermitwirkung aufgegriffen und neue Ideen und Ansätze vorgestellt, von der Jugend- bis zur Seniorenarbeit, vom Umweltschutz bis zur Ausländer- und Antirassismus-Arbeit. Methodenseminare mit „Arbeitshilfe Kreativtechnik“ werden angeboten und praxisnahe Publikationen zur Demokratieentwicklung von unten mit positiven Modellen und Beispielen herausgegeben. Mit dem Internetportal „Wegweiser Bürgergesellschaft“² wendet sich die „Stiftung Mitarbeit“ an Initiativen, Projekte, Non-Profit-Organisationen, Wissenschaft und Politik wie auch an Bürgerinnen und Bürger, die sich bürgerschaftlich engagieren wollen. Sie beteiligt sich bei der Entwicklung neuer Bürgerbeteiligungsmodelle für die Teilnahmerechte der Schwächeren.

Die Stiftung wurde bereits 1963 von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit zum Teil sehr unterschiedlichen politischen Überzeugungen gegründet. 1999 wurde anlässlich der Feiern von „50 Jahre Grundgesetz - die Bürgergesellschaft lebt“ die Lebendigkeit der Bürgergesellschaft eindrucksvoll demonstriert, aber auch über den Zustand der Demokratie nachgedacht und Reformbedarf geltend gemacht.

Politische, soziale und kulturelle Visionen: Direkte Demokratie, Partizipation, Bürgerbeteiligung, Gemeinwesenarbeit, soziale Stadtentwicklung und soziale Entwicklung in Europa

In ganz Deutschland hält die Stiftung Fachtagungen und Methodenseminare ab, beispielsweise im Februar 2003 zum Thema: „Schweiz als Modell - Erfahrungen mit der direkten Demokratie“ oder im März und Oktober dieses Jahres zum Thema „Gemeinwesenarbeit und soziale Stadtentwicklung“ oder „Die soziale Stadt stärken“. Praxisseminare im Mai 2003 befassten sich mit „Bürgerbegehren“ sowie mit „Social Development in Europa“ oder zur Frage „Wie demokratisch wird Europa?“ und zu den Themen „Civil Society Europa“ oder „Was ist wirklich wichtig in Europa?“. Die weitere Themenpalette reicht von „Mitarbeiter/innen-Partizipation in sozialen Einrichtungen“ über „Planspiel Bürgerbeteiligung“ bis „Selbstbestimmt Wohnen in Gemeinschaft - Wohnformen mit Zukunft“. Eine Bundestagung „Modelle der lokalen Bürgerbeteiligung“ sowie eine Sommerakademie „Wege und Perspektiven bürgerschaftlichen Engagements: Politische, soziale und kulturelle Visionen“ wurden abgehalten, ferner eine „Perspektivenwerkstatt - von guten Beispielen lernen“, außerdem eine „lokale Demokratie-Bilanz“ eingeführt und „Erfolgreiche Netzwerke als informelle Sozialforen“ geknüpft sowie „Direkte Demokratie in den Kommunen“ gefördert.

Auch die wertvollen Publikationen der Stiftung umfassen ein breites Themenspektrum, von der „Solidarität zwischen den Generationen“ über „Globalisierung von unten“ oder „Politik als Experiment“ und „Strategien gegen Korruption“. Entwickelt wurden „Arbeitshilfen zum Aufbau von Bürgerstiftungen“, veröffentlicht wurden „Beispiele für wirksame Vernetzung“ und „Wege zur Zukunftsfähigkeit“ oder „Ratgeber zur kreativen Problemlösung“ sowie „Alltags(t)räume - Lebensführung im Gemeinwesen“. Die Veröffentlichungen beschränken sich nicht nur auf Themen wie „Auf dem Weg zur Bürgerkommune“ oder „Mehr direkte Demokratie“ wagen oder „Direkte Demokratie international“, sondern erfassen auch spezielle Themen wie z.B. „Neue Ideen schaffen Arbeit“ oder „Wege aus der Gewalt“, bis hin zum „Lernziel Bürger/innen-gesellschaft in Schule und Hochschule“ oder „Schule ist mehr als nur Unterricht - Community Education“ - erst recht ein Thema auch für die Waldorfschulen. Eine spezielle Veröffentlichung: „Was die Welt zusammenhält - Ehrenamtliche Arbeit von Frauen“ kommt hinzu; regelmäßig herausgegeben wird das Publikationsorgan „Mitarbeit“.

Die Wirksamkeit direkter Demokratie lässt sich auch daran ablesen, dass zwischen 1972 und 2002 mehr als 150 Millionen Bürger in Europa in 11 Nationen an insgesamt 27 Referenden allein über Fragen der Europäischen Union abgestimmt haben; weitere Abstimmungen erfolgten zur Euro-Einführung und zu anderen Entscheidungen. Mitarbeit und Mitverantwortung ist allenthalben angesagt

1 Internet: www.mitarbeit.de

2 Internet; www.wegweiser-buergergesellschaft.de sowie www.b-b-e.de (Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement)

MENSCHLICHES SOZIALKAPITAL: NETZWERKE UND LOBBY FÜR BÜRGERRECHTE JENSEITS VON PARTIKULARINTERESSEN

Über Mitgliederverbände, Dachorganisationen und Organisationen sowie Bewegungsunternehmen hinaus gibt es mittlerweile zahlreiche Netzwerke verschiedener Organisationen und Zusammenschlüsse. Damit wird dem vielfältigen Bedarf nach Vernetzung und Kooperation entsprochen. Jüngstes Beispiel ist das „Bündnis soziale Bewegung NRW“ aus 26 Organisationen und ungezählten Einzelpersonen als eine „starke Bewegung für soziale Gerechtigkeit und mutige Reformen“ in Nordrhein-Westfalen, die sich gerade formiert und an der auch der Verfasser dieses Beitrages mitwirkt. Die tiefe Krise, in der Deutschland sich gerade befindet, mit Massenarbeitslosigkeit, Ausbildungsmisere, leeren öffentlichen Kassen sowie Gefährdung der sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Infrastruktur erfordert andersartige Reformen, die für mehr Arbeitsplätze oder von Erwerbsarbeit unabhängige Einkommensmöglichkeiten sorgen und die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen. So gibt es längst zahlreiche Beispiele, wie vielfach Organisationen unterschiedlicher Form und Ausrichtung, jenseits von Organisationsegoismen und Partikularinteressen erfolgreich zusammenarbeiten. Zur Förderung von Sozialkapital ermöglicht die Bürgergesellschaft neue Bündnisse und Kooperationen auch im Großen, bei der auch die anthroposophische Bewegung längst nicht mehr im Abseits steht, denkt man an die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Vernetzungen einschließlich des Netzwerkes für soziale Dreigliederung oder die Organisationen für ein freies Schulwesen, im Landwirtschafts- und Gesundheitsbereich usw.

Lebendige Beweise für die aktive Bürgergesellschaft

Lebendige Beweise für die aktive Bürgergesellschaft gibt es zuhauf, vom deutschen Naturschutzring mit 98 Einzelorganisationen über den „Verbund Entwicklungspolitik“ deutscher Nichtregierungsorganisationen bis hin zum „Forum Umwelt und Entwicklung“ mit 35 Verbänden und Netzwerken, - nach der Umweltkonferenz von Rio entstanden. Des weiteren gibt es die „National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland“ mit 90 bundesweit tätigen Organisationen, ferner das „Forum Menschenrechte“ mit 40 nichtstaatlichen Organisationen sowie das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“, in dem sich 800 Gruppen sowie Einzelpersonen zusammengeschlossen haben unter dem Motto „Hinschauen, Handeln, Helfen“. Erwähnt seien auch der „deutsche Kulturrat“ mit 200 Künstlerverbänden oder die „Bundesvereinigung Gesundheit“ mit 122 Organisationen, die „Nationale Armutskonferenz“ in Deutschland oder der deutsche „Bundesjugendring“, der deutsche „Frauenrat“, der „Behindertenrat“ oder die Gemeinwesenorganisation „Civitas - bürgerorientierte Kommunen“, ein Bundesnetzwerk bürgerschaftlichen Engagements.

Als „Lobby für Bürgerrechte“ versteht sich auch die „Humanistische Union“, die sich als emanzipatorisch, unabhängig und radikal-demokratisch bezeichnet. Viele engagierte Demokraten stellen die Frage: „Brauchen wir in einer Demokratie eine Demokratiepoltik?“ Die Antwort gab schon der erste Bundespräsident Theodor Heuss: „Wenn unsere Verfassung nicht im Bewusstsein und in der Freude unseres Volkes lebendig ist, bleibt sie ein Stück Machtgeschichte von Parteipolitikern.“ Inzwischen gibt es die Idee der „Ratschlaggruppen“, die vor wichtigen Entscheidungen der Regierungsparteien nach eingehender Diskussion in den Wahlkreisen Stellung nehmen, wonach diese Stellungnahmen von den Parteizentralen und Parlamentsgremien ausgewertet werden, um auf diese Weise zigtausende Bürger unmittelbar an der Ausformung von Gesetzen sowie Partei- und Regierungsprogrammen zu beteiligen. Damit soll auch die soziale Ausgrenzung überwunden werden. Eine andere Idee sieht vor, „Fachleute für den Frieden“ auszubilden durch einen öffentlich geförderten freiwilligen Dienst, mit Ausbildung für Beratung und Unterstützung in Krisenregionen, um Unterstützung zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen leisten zu können.

Bilanz- und Perspektiv-Konferenz der Agenda 21 für soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit

Tausende von Kommunen und Bürgerinitiativen weltweit haben sich seit der UN-Rio-Konferenz und dem Bilanzgipfel von Johannesburg im Vorjahr¹ den Zielen einer sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung verpflichtet, so auch die Hälfte der fast 500 Kommunen in NRW oder 2500 in ganz Deutschland an den runden Tischen mit den zivilgesellschaftlichen Aktivisten der Lokalen Agenda 21. In Nordrhein-Westfalen fand nun am 26. und 27. November eine große Bilanz- und Perspektivkonferenz der Agenda 21 im alten Bundeshaus in Bonn statt, an der auch der Verfasser dieses Aufsatzes teilnahm als Agenda-Beauftragter im nördlichen Ruhrgebiet.

Die Konferenz wurde von Ministerpräsident Steinbrück eröffnet und konnte mit namhaften Referenten aufwarten: Daniel Goeudevert, ehemaliger Automobilmanager und Buchautor, sprach über „Nachhaltiges Wirtschaften als globale Chance“ und Wouter van Dieren vom Club of Rome referierte über „Nachhaltigkeit als Geschäftsstrategie - ein neues Erfolgsrezept für die Wirtschaft?“. Der ehemalige deutsche Entwicklungshilfeminister Dr. Erhard Eppler sprach über „Zukunftstauglichkeit als Aufgabe der Politik“ und der ehemalige deutsche Forschungsminister Dr. Volker Hauff, heute Vorsitzender des Rates für nachhaltige Entwicklung, diskutierte mit Kirchenvertretern, Staatssekretären und Wissenschaftlern über „Wege zur Nachhaltigkeit in Bund, Land und Kommune“. In mehreren Workshops ging es um die Themen des nachhaltigen Wirtschaftens, um Verbraucherschutz und Gesundheit, um globale Verantwortung und Gerechtigkeit in der einen Welt, um Klimaschutz und nachhaltige Mobilität, um Siedlungs- und Naturräume mit einer nachhaltigen Flächenhaushaltspolitik sowie um nachhaltige Sozial- und Gesellschaftspolitik, um die Zukunft für die nächste Generation zu sichern.

Diese Bilanz- und Perspektivkonferenz des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen zusammen mit der Zivilgesellschaft, fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem gerade eine Umfrage des bundesweit tätigen Agenda-Transferbüros in Bonn die betrübliche Bilanz ergeben hatte, dass viele Kommunen ihr Engagement, ihre Gelder und ihr Personal für die lokalen Agenda-Prozesse reduziert oder gar eingestellt haben, so dass der Nachhaltigkeitsprozess in Deutschland überwiegend auf den Schultern der Zivilgesellschaft, also auf bürgerschaftlichem Engagement lastet, wodurch über 50 Agenda-Projekte auf der Konferenz-Ausstellung präsentiert werden konnten. So stellte sich am Schluss die Frage für die engagierten Bürgerinnen und Bürger: Welche Wege müssen künftig beschritten werden, um die Visionen der Agenda 21 in die Tat umzusetzen? An der Eigenverantwortung und dem Ergreifen eigener Initiative der Menschen in der Zivilgesellschaft führt also kein Weg vorbei, so dass schon in der Schule darauf vorbereitet werden sollte, z. B. in den zahlreichen Agenda-Umweltschulen in NRW, denen sich auch einige Waldorfschulen anschließen könnten. Soziale Fähigkeiten und Interesse für bürgerschaftliches Engagement sind gefragt und für das Gemeinwesen der Zukunft überlebensnotwendig.

¹ Wilhelm Neurohr: „Eine andere Globalisierung ist möglich - Bilanz der Nachhaltigkeit zum bevorstehenden Umweltgipfel in Johannesburg“ in Goetheanum Nr. 32/33-2002; Martin Wiegand: „Die Macht der Gemächigen (Rio+ 10 und Johannesburg-Gipfel) in: Goetheanum Nr. 38/2002

und eine kurzsichtige Politik der Sachzwänge nicht gerecht werden. Der Versuch, mögliche und wünschenswerte Zukünfte zu entwerfen, verlangt eine Herangehensweise, die den Horizont gesicherter Wege und Erkenntnisse verlässt. Sie muss über die wissenschaftliche Diskussion hinaus das Alltagswissen möglichst vieler Menschen unterschiedlicher Herkunft und auch die Imaginationen und Sensibilität von Schriftsteller/innen und Künstler/innen miteinbeziehen.“

Weiter heißt es zu der Zielsetzung des Zukunftnetzwerkes: „Die Risiken der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation machen ein Wissenschafts- und Politikverständnis erforderlich, das die demokratische Teilhabe bisher ausgegrenzter Sichtweisen und Interessen ermöglicht und auf ein ganzheitlich-integratives Denken und Handeln setzt. Benötigt wird eine auf Ergebnisse der Zukunftsforschung aufbauende partizipative Zukunftsgestaltung, die bei dem Entwurf von Visionen und Konzepten für eine bessere Zukunft dem Prinzip *Global denken - lokal handeln* folgt.“⁶

Die Spirale als Symbol der „Initiative Zukunft“: das „Über-sich-hinaus-Wachsen“ des inneren Menschen nach außen

Das *Netzwerk Zukunft* will Mut machen, persönliches Engagement, Kreativität und soziale Phantasie zu entfalten. Es will Einfluss auf gesellschaftliche Entscheidungsprozesse nehmen und zukunftsorientierte Handlungsoptionen eröffnen. Die „Initiative Zukunft“ hat deshalb für ihr gemeinschaftliches Projekt die Spirale als Symbol gewählt für das „Über-sich-hinaus-Wachsen“. Die Spirale, zweidimensional gesehen, ist eine Linie, die sich aus sich selbst entrollt; sie ist eine offene, dynamische Figur, die von Drehung zu Drehung über sich hinausweist. Von einem Punkt ausgehend, den sie in immer neuen Umdrehungen umkreist, lässt sie sich grundsätzlich bis ins Unendliche fortsetzen. Dabei gewinnt sie bei jeder Umkreisung an Energie: an Expansionskraft, wenn wir ihren Verlauf von innen nach außen betrachten, und als Konzentration, wenn wir ihren Verlauf von außen nach innen betrachten.

Damit wird deutlich, dass bei der Zukunftsinitiative mit ihren Zukunftswerkstätten das Innere und Äußere der beteiligten Menschen in engem Wechselspiel steht. Woher kann eine andere Denkweise und Gesinnung kommen als die momentan vorherrschende? Indem wir neue soziale Ideen und Visionen dadurch aus spirituellen Quellen entspringen lassen, dass sich die Menschen, losgelöst von den politischen Problemen, zunächst auch selbst in den Blick nehmen. Dann können wir in Handlungen nach außen wirken und die Welt, zum Teil wenigstens, so gestalten, wie wir es wollen, jenseits vermeintlicher Sachzwänge.

Das handelnde ICH hat sowohl fehlerhaft als auch positiv gehandelt bei dem, was geworden ist und was zukünftig werden soll. Auf dieses fortdauernde Spannungsfeld im menschlichen Leben und gesellschaftlichen Zusammenhang weist die Spirale hin: Etwas zu schaffen, dann zu dem geschaffenen nach einiger Zeit zurückzukehren, es zu betrachten und vielleicht zu bemerken, dass nicht das daraus geworden und gelungen ist, was eigentlich gewollt war. Das menschliche Ich ist eine

in die Zukunft führende Kraft, die nicht auf dem ausgeruht, was ist, sondern auf dem, was lebt.⁷

Besinnung der lernenden Gesellschaft auf das Zukunftsnotwendige durch neues Bewusstsein für ihre eigenen sozialen Angelegenheiten

Das gilt auch für die lebendige Gemeinschaft in der aktiven Bürgergesellschaft, die sich nun auf das Zukunftsnotwendige besinnt. „Mit diesem Erwachen stehen wir an einem neuen Anfang, ohne dass schon neue Inhalte gegriffen werden könnten, aber die Bewusstseinsform ist schon eine neue. Wie schafft man Voraussetzungen, dass das verstärkt inhaltlich ausgefüllt werden kann? Wie kann man es hinbekommen, dass eine Gesellschaft selbst zu einer lernenden in Bezug auf ihre eigenen sozialen Angelegenheiten wird, wie sie es im Hinblick auf wirtschaftlich-technischen Fortschritt schon lange ist? Dass Wege einer Gesellschaft zu einer sich verändernden, zu einer offenen im Hinblick auf Werte beschritten werden? Reicht es aus, dass ein paar Politiker Mittel und Wege finden, dass ein Parlament das beschließt, was sie haben wollen, oder ist da etwas mehr an Beteiligung notwendig?“⁸

Wo wirklich zukunftssträchtige Entscheidungen anstehen, die alle Mündigen betreffen, sollen diese Entscheidungen auch von den betroffenen Menschen selber getroffen und beeinflusst werden können. Was dieser Ideenbildung an Zukunftskraft innewohnt, indem sie mögliche Organisationsformen, also Wege zu Problemlösungen, aufzeigt, kann man erst ermessen, wenn die wirtschaftliche Not am größten ist. In diesen Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Not sowie seelischer Armut und geistiger Leere für viele Menschen, trotz größten wirtschaftlichen Reichtums der Weltgesellschaft insgesamt, hat die „Initiative Zukunft“ die richtigen Schritte und Wege sowie Organisationsformen vor Augen. Sie will genau das, was in auch Anthroposophie und sozialer Dreigliederung veranlagt ist, so dass auch die anthroposophische Bewegung nicht außerhalb dieser zivilgesellschaftlichen Initiative stehen kann, sondern sich mit sozialer Phantasie aus spirituellen Quellen in die Zukunftsforen inhaltlich aktiv einbringen sollte. - Eine große Chance und Herausforderung!⁹

Anmerkungen

1 vgl. Interview mit dem alternativen Nobelpreisträger und Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer in Publik-Forum Nr. 22/2003

2 Internet: www.initiativezukunft.de; Wer sich aktiv beteiligen will, kann Informationen über den Verlauf der Initiative oder ein Starterpaket anfordern bei Dr. Ulrike Buschmeier, Selhofer Str, 11 in D-53604 Bad Honnef

3 siehe diverse Ausgaben der Wochenschrift „Goetheanum“ 2001 bis 2004 (z.B. Nr. 10/2003 oder Nr. 8/2001)

4 Internet: www.mitarbeit.de

5 Internet: www.equilibriumus.de

6 Wilhelm Neurohr: „Die Bürgerkommune in der globalen Bürgergesellschaft“ in Goetheanum Nr. 28/2000

7 vgl. Stefan Leber: „Der soziale Auftrag Mitteleuropas“ in „Europa und sein Genius“, Perspektiven der Anthroposophie, Fischer-Verlag 1986 (Hrsg. Heinz Eckhoff)

8 ebenda

9 Wilhelm Neurohr: „Sein oder Nichtsein - Die anthroposophische Bewegung an der Schwelle zum neuen Jahrtausend - 10 Thesen“ in Goetheanum Nr. 5/2000 (Nachrichtenbeilage für die Mitglieder)

SIEBEN JAHRE SCHÖNE SCHULEN IN RUSSLAND

Eginhard Fuchs

Vor sieben Jahren wurde im Rahmen des Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen (effe) das Projekt *Schöne Schulen* ins Leben gerufen. Der Geburtstag wurde in Nischnij Nowgorod gefeiert - auf der siebenten Herbstkonferenz in Folge, zu der 150 Teilnehmer aus ganz Russland - auch noch von hinter Wladiwostok, auch aus Tadschikistan, Georgien, Ukraine, und auch aus Deutschland - gekommen waren. 80 Projekte wurden vorgestellt, 40 von ihnen mit einem Preis ausgezeichnet.

Die Konferenz fand ohne irgendeine finanzielle Unterstützung von westlicher Seite statt. Es wurde auf ihr die Gründung eines eigenen russischen Verbandes beschlossen. Das ist in Russland allein schon rechtlich-organisatorisch mit großen Schwierigkeiten und enormen Auflagen verbunden, vor allem aber wird den Beteiligten selbst außerordentlich viel abgefordert, denn ehrenamtliche Arbeit ist im russischen Erziehungswesen fast unmöglich, da wegen der miserablen Bezahlung Zweit- und Drittjobs und die Notwendigkeit, einen eigenen Garten zu bestellen, die Regel sind. Auch ohne westliche Unterstützung wird die *Bewegung Schöne Schulen* nun weiter arbeiten und sich entwickeln. Mit einer vernünftig und sensibel gegebenen großzügigen finanziellen Unterstützung könnte sie aber, meiner Überzeugung nach, sogar global für das Erziehungswesen von unschätzbbarer Bedeutung sein.

Die Entwicklung des *effe*-Projekts *Schöne Schulen in Russland* kann an den folgenden Eckdaten festgemacht werden: Im Mai 1995 - auch in Nischnij Nowgorod - kamen bei der Konzeption des Projekts eine Einsicht und ein Ideal zusammen. Die Einsicht, dass man lediglich zur Vergangenheit erzieht, so lange man zu etwas Bestimmtem erziehen will, sei es der Kommunismus oder die Demokratie, das Christentum oder der Islam - was auch immer. Dann erzieht man nämlich immer zu etwas, was aus der Vergangenheit heraus geworden ist, zu etwas, was man bereits hat. Zu Gorbatschows Zeiten war Glasnost genutzt worden, um diese Einsicht in der russischen „Lehrerzeitung“ breit zu diskutieren, und überall in der damaligen Sowjetunion entstanden sogenannte „Autorschulen“, wo Autoren für die Kinder an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit ein Konzept entwarfen. Ein radikal am Kind orientierter Impuls.

Das Ideal der Schönheit, das als Leitstern einem Weg in die Zukunft Orientierung sein kann, ist ein allgemein menschliches Ideal (keine Ideologie), dem jeder zustreben kann, ob an einer staatlichen oder privaten Schule, ob Jude oder Christ, Frau oder Mann, wer immer. Dostojewski: „Die Schönheit rettet die Welt“. Das ist etwas, was die Menschen in Russland unmittelbar einleuchtend finden.

Im Mai 1996 kamen zum *effe*-Kolloquium nach Wien fast 40 Teilnehmer aus Russland, und mit ihrem

Entschluss, einen landesweiten Wettbewerb durchzuführen, kam das Projekt gewissermaßen zur Welt. Paten fanden sich ein und stehen ihm bis heute zur Seite. Jeder darf sich beteiligen. - Jeder muß seinen Fortschritt dokumentieren - das Vorher und das Nachher. - Jeder wird an sich selbst gemessen. An diesem ersten Wettbewerb beteiligten sich 80 Schulen, von Tula bis Wladiwostok, von Workuta bis Sotschi.

Seit dem Schuljahr 2001/2002 wurden zwei sehr entscheidende Entwicklungsschritte gemacht: Es wurde ein Netzwerk ausgearbeitet, das sich an vier Plattformen festmacht: Kirow/Wjatka, Nischnij Nowgorod, Ufa (Baschkortostan) und Tiflis (Georgien). Auf diesen Plattformen wird in durchaus unterschiedlicher Weise gearbeitet, doch werden ständige Kontakte gepflegt und gemeinsame Verabredungen getroffen. Und 68 Schulen begannen mit Kontrakten zu arbeiten. Meist wurden sie zwischen Schulen und Universitäten abgeschlossen (die Pädagogischen Hochschulen in Ufa und Tiflis waren dabei führend - Nischnij Nowgorod hat sich neuerdings zur Mitarbeit entschieden). Die Kontrakte sollen wissenschaftlich nachvollziehbar machen, wie Veränderungen und Reformen „von unten“ im Erziehungswesen funktionieren - und unabdingbar sind. In den Kontrakten sind die Schulen die Initiativträger und die Prozesseigner, die Universitäten die Evaluationsfachleute und „kritischen Freunde“.

Im Herbst 2002 erklärten 289 Schulen, dass sie sich der *Bewegung Schöne Schulen* (wie man in Russland sagt) als zugehörig betrachteten. Die Liste dieser Schulen mit Adressen, Ansprechpartnern und Telefonnummern kann im Internet eingesehen werden. Und inzwischen sind weitere Schulen hinzugekommen. Jetzt im Herbst 2003 war eine Vertreterin des Staatspräsidenten während der gesamten Konferenz dabei. Man versteht nicht, worauf die Bewegung hinauswolle. Das wurde im Plenum diskutiert. Der Staat könne möglicherweise Standards vorgeben, es bedürfe jedoch eines Ideals wie das der Schönheit, um Enthusiasmus und Selbstgestaltungskräfte an der Basis zu mobilisieren. Das Ideal der Schönheit richte sich naturgemäß gegen niemanden, natürlich auch nicht gegen den Staat, der aber gut daran täte, die Arbeit der *Schönen Schulen* zu fördern. Diese Förderung wurde zugesagt und mit einer entsprechenden Urkunde besiegelt. Die Politik ist auf die *Schönen Schulen* aufmerksam geworden und wird ihnen zu einer weiteren Herausforderung werden.

Bilder und weitere Texte im Internet unter www.schoene-schulen.de. Beautiful Schools International, Kontakt: Eginhard Fuchs, Langkoppel, D-24796 Bovenau, Tel.: +494334183660, Fax: +494334183662, Mobile: +491713252260, fuchs.eginhard@t-online.de / secretariat@schoene-schulen.de Spendenkonto: Stadtparkasse Witten: Kt.Nr.: 4450359; BLZ: 45250035

IWF FORDERT PRIVATISIERUNG DER ÖFFENTLICHEN BANKEN

(cs) Der Internationale Währungsfonds IWF hat die öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Deutschland massiv angegriffen. Dies war u.a. in Artikeln der „Welt“ vom 15.9. und der „Financial Times Deutschland“ vom 16.9. 2003 zu lesen. In einem Bericht moniert der IWF, die Struktur der deutschen Sparkassen sei nicht primär an Profitabilität ausgerichtet. Viele Institute müssten keine Dividende zahlen und könnten daher günstigere Konditionen bieten, bei denen die anderen Banken dann aus Wettbewerbsgründen nachziehen müssten. Dadurch werde das deutsche Bankensystem geschwächt. Empfohlen wird in dem Bericht, den eine 12-köpfige Delegation als Bilanz ihrer Untersuchungen vor Ort vorgelegt hatte, den gesamten öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Deutschland zu privatisieren. Kritik an den öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Deutschland hatte zuvor schon EU-Binnenmarktkommissar Fritz Bolkestein geübt. Er will verbieten lassen, dass sich in Deutschland nur öffentlich-rechtliche Kreditinstitute Sparkassen nennen dürfen, weil das Privatisierungen behindere.

MEHR DEMOKRATIE

„Mangelhaft“ für Baden-Württemberg im Fach Demokratie und direkte Bürger- mitsprache. Das soll sich ändern

Ein neues Bündnis für mehr direkte Demokratie in Baden-Württemberg wurde bei einer Pressekonferenz am 24.11.2003 im Landtag in Stuttgart aus der Taufe gehoben. Gemeinsam setzen sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Naturschutzorganisationen im Land, sowie die Bürgeraktion „Mehr Demokratie e.V.“ für faire Bürgerentscheide ein. Das Bündnis will im Frühjahr 2004 seine Forderungen an die Landespolitik beschließen und dabei die Allianz auch um kirchliche Organisationen, Unternehmer- und Sozialverbände erweitern. Danach sollen die politischen Parteien im Landtag eingeladen werden, bei der Formulierung eines entsprechenden Gesetzentwurfes mitzuarbeiten.

Nach dem Scheitern des ersten Versuches im Jahre 2000, die Mitbestimmungsregelungen auf Gemeinde- und Kreisebene zu verbessern, unternimmt das Bündnis nun einen neuen Anlauf. Inhalt und Durchsetzung der Forderungen werden in einem Trägerkreis der Bündnisorganisationen entschieden. Als Grundlage für die Beratungen im Bündnis sieht die Bürgeraktion die gesetzlichen Regelungen in Bayern und verzichtet auf weitergehende Forderungen, um nicht die erneute Ablehnung eines entsprechenden Antrages zu riskieren.

Grundlage für das Bündnis sind folgende Verbesserungen: Die Themeneinschränkung für Bürgerentscheide auf Gemeindeebene soll fallen. Bislang kann beispielsweise über den Verkauf von Gemeindeeigentum, Bauungspläne oder Straßenneubauten nicht abgestimmt werden. Auch in Landkreisen sollen Bürgerentscheide

möglich sein. Schließlich soll die Frist für Bürgerbegehren gegen Gemeinderatsbeschlüsse von vier auf acht Wochen verlängert werden. Ein wichtiges Ziel des Bündnisses ist darüber hinaus die Absenkung des Abstimmungsquorums von jetzt 30 Prozent aller Stimmberechtigten. In der Vergangenheit seien 2/3 aller Bürgerbegehren im Verfahrensgestrüpp hängen geblieben. Daran zeigt sich, wie dringend Veränderung geboten ist. Hinzu kommt, dass nach der von der Landesregierung geplanten Verwaltungsreform Landräte mehr Kompetenzen erhalten. Folgerichtig müssten auch die Bürgerrechte auf dieser Ebene gestärkt werden. Im Ländervergleich liegt Baden-Württemberg, was Mitwirkungsmöglichkeiten angeht, nur auf Platz 14. Quelle: www.mehr-demokratie.de/bw/presse-03-11-24.htm

„GESUNDHEITSREFORM“

(cs) Zur Kritik der reinen Unvernunft“ nennt der Arzt Paolo Bavastro einen Artikel über „Gesundheitspolitik heute: Analyse und Ausblick“, der in Novemberausgabe der Monatszeitschrift „die Drei“ veröffentlicht - und seinem Titel durchaus gerecht wird. Wem nach der Lektüre immer noch nicht klar ist, dass die offizielle Gesundheitspolitik der helle Wahnsinn ist, dem wird kaum zu helfen sein. Wer sich einmischen will, findet viele Fakten und Argumente.* Das Heft kann bezogen werden bei: die Drei, Alt Niederursel 45, D - 60439 Frankfurt, Tel.: 069 - 957 761 21, Tel. Fax: 069 - 57 30 56, E-Mail dieDrei@mercurial.de, Internet:www.mercurial.de

Der Kieler Arzt Armin Alles hat inzwischen in einer Fax-Aktion Kundgebungen angeregt, um die Reform noch zu stoppen bzw. zu verschieben, bis eine bessere Lösung gefunden ist. In Kiel selbst sind bereits Versammlungen auf dem Rathausplatz am 10.12., 19.12. und 2.1. jeweils 15h bis 17h angekündigt. Infos bei Armin Alles, Kronshagener Weg, D-24114 Kiel, Tel.: 0431- 665 788, Fax 0431- 673 503.

* Im Dezemberheft, das hier nicht mehr einbezogen werden konnte, findet man die Fortsetzung, bei der es um die Eckpunkte einer vernünftigen Reform des Gesundheitswesens geht.

FREIES FORUM

Im Zusammenhang mit den Debatten über die Formen anthroposophischer Gemeinschaftsbildung und die Zukunft der Anthroposophischen Bewegung hat sich ein „Freies Forum“ gebildet, das sich selbst als „internationales Netz freier Anthroposophen“ versteht. Zu den Namen, die in ersten Ankündigungen als Ansprechpartner genannt werden, gehören u.a. Harrie Salman, Lothar Udert, Günter Röschert, Sebastian Boegner, Ulrich Hölder, Detlef Oluf Böhm, Rudolf Saacke und Anton Kimpfler.

Wer sich über die Initiative genauer informieren möchte, kann sich wenden an: Detlef-Oluf Böhm, Kirchenweg 4, D - 24143 Kiel, E-Mail bewusst@gmx.de.

FREIES JUGENDSEMINAR STUTTGART

Einjähriges Seminar zur Berufs- und Selbstfindung

Weit über tausend Menschen haben das Jugendseminar bisher besucht, das heute von dem Musiker Marco Bindelli, der manchen Rundbrieflesern auch von Dreigliederungs-Seminaren her bekannt ist, und dem Bothmer-Gymnasten Christopher Rogez geleitet wird. Das Jugendseminar macht jetzt den Versuch, neue Wege der Verbindung mit dem sozialen Umfeld zu gehen. Selbstverwaltete Institutionen, Unternehmen, die neue Wege gehen, suchen junge Menschen, die Fähigkeiten mitbringen, wie sie gerade in der Arbeit des Jugendseminars eine große Rolle spielen. Man versucht daher, Menschen in solchen Institutionen für die Arbeit und Förderung des Jugendseminars zu interessieren.

Wo liegen meine Möglichkeiten? Wie bilde ich schöpferische Fähigkeiten aus? Wie werde ich urteilsfähig? Wie finde ich meinen Beruf? Sich auszuprobieren, dabei Fehler machen zu dürfen und aus ihnen lernen zu können, aus dem Verständnis Mut schöpfen, - all das sind Motive der Arbeit des Jugendseminars.

Künstler, Wissenschaftler, Pädagogen, Unternehmensberater und Arbeitende in den verschiedensten praktischen Berufen arbeiten heute auf fünf Kontinenten und sehen das Jugendseminar als ihre wichtigste Chance an, um ihrem Leben die entscheidende Richtung zu ge-

ben. Sie haben sich hier die Schlüsselqualifikationen für eine immer komplexer werdende Welt erworben: Initiative, Flexibilität, Phantasie, Mut und Teamfähigkeit, auf denen jede weitere Ausbildung ruhen kann.

Das Jugendseminar bildet die Fähigkeit der Selbstorganisation aus, um Ruhe und Konzentrationsfähigkeit auch in Stresssituationen zu bewahren. Vielfältige künstlerische Übungen in kleinen Gruppen (Schauspiel, Eurythmie, Musik, Malen), Einzelgespräche) und Kurse zu den großen allgemeinbildenden Menschheitsfragen sind die Instrumente. In den Ferien werden Praktikaplätze in den verschiedensten Berufsfeldern vermittelt, die es ermöglichen selbst herauszufinden, welcher Beruf der richtige ist.

Eine internationale Gemeinschaft junger Menschen lebt, studiert und arbeitet in dem Haus in der Stuttgarter Ameisenbergstraße zusammen. Ein Stück Menschheit wird im Kleinen erlebbar. Globalisierung mit menschlichem Antlitz ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen, die hier ganz praktisch gelebt werden kann.

Das Studienjahr umfasst drei Trimester. Das Mindestalter für den Beginn ist 19 Jahre. Ein besonderer Schulabschluss wird nicht vorausgesetzt. Der Einstieg ist zu Beginn jedes neuen Trimesters möglich, nächster Beginn ist der 4. Januar 2004.

Kontakt: Seminar für interkulturelle Jugendbegegnung (Freies Jugendseminar Stuttgart), Ameisenbergstr. 44, D - 70188 Stuttgart, Tel.: +49 (0)711-26 19 56, Fax: +49 (0)711-120 99 10, E-Mail: info@jugendseminar.de, Internet www.jugendseminar.de

Literaturhinweise

JAQUES ATTALI: BRÜDERLICHKEIT, EINE NOTWENDIGE UTOPIE IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG*

Bernhard Steiner

Von den drei großen Menschheitsidealen, die seit der Französischen Revolution nach einer Verwirklichung drängen: der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit, ist letztere bisher noch am wenigsten ergriffen worden. Das ist auch nachvollziehbar, denn mit der Freiheit sind die Gedankenkräfte angesprochen, mit der Gleichheit die Entwicklung eines Gefühls, dass vor dem Gesetz alle Menschen gleiche Rechte und Pflichten haben, das Ideal der Brüderlichkeit hingegen spricht den Willen an, - den Willen, dem Anderen das zukommen zu lassen, was er braucht, egal welche Gegenleistung ich dafür bekomme. Bekanntlich ist der Wille das letzte Glied in einer Kette, an deren Anfang die Einsicht steht, gefolgt von dem Entschluss etwas zu verändern, bis dann auch zuletzt tatsächlich gehandelt wird. Weil dieser Weg lang ist, spricht Jacques Attali in seiner Schrift „Brüderlichkeit, eine notwendige Utopie“ (franz. „Fraternités. Une nouvelle utopie“) auch an erster Stelle Gefühl und Wille an. Jacques Attali war persönlicher Berater des französischen Präsidenten François Mitterrand und von 1991 bis 1993 Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und

Entwicklung in London. Zur Zeit leitet er ein Institut, das sich auf die Vergabe von Kleinkrediten in der dritten Welt spezialisiert hat, und ist publizistisch tätig.

Wer einmal innerlich im Zeitlupentempo rückwärts ablaufend beobachtet, was passiert, wenn wir mit der Hand etwas ergreifen, - sagen wir ein Glas Wasser -, wird wahrnehmen können, dass sich die Hand von der ersten Regung an auf das einstellt, was sie später ergreift. In Willensprozessen haben wir es immer mit einer Anwesenheit des Späteren im Früheren zu tun, so auch in dem Prozess des Ergreifens der Brüderlichkeit in der Menschheit. In diesem Sinne können wir auch den folgenden Satz an zentraler Stelle des Buches verstehen: „Ohne dass sich jemand dessen schon bewusst wäre, ist die Utopie der Brüderlichkeit bereits jetzt die entscheidende Kraft, in deren Sog die Avantgarde der Welt sich vorwärtsbewegt.“ (Seite 154) Es geht Attali also im Kern darum aufzuzeigen, wo überall in den gegenwärtigen Entwicklungen Ansätze zu „Brüderlichkeiten“ (auch der französische Titel spricht von einem Plural) zu finden sind.

Brüder, die sich gegenseitig helfen sind nichts selbstverständliches, eher das Gegenteil ist der Fall. Die Geschichte kennt viele Fälle von Brüdern die ein Leben lang in Zwist gelebt haben sei es Kain und Abel, Isaak und Ismael, oder Joseph und seine Brüder. Die Brüderlichkeit eines Verhältnisses wie z.B. jenes zwischen Moses und Aaron, die sich immer wieder gegenseitig gefördert haben, ist eher eine Ausnahme.

In einem ersten Teil der Schrift setzt sich Attali mit den verschiedensten Utopien auseinander und zeigt, wie es immer wieder die Ideale Einzelner oder jene von Gruppen waren, die es vermochten, den Lauf der Geschichte zu verändern. Er unterscheidet in einer Typologie vier Kategorien an Utopien, die sich wiederum um vier große Ziele ordnen: *Ewigkeit, Freiheiten, Gleichheiten und Brüderlichkeiten*. Die Menschen älterer, vergangener Kulturen blickten über den Rand ihres Lebens hinaus und machten das Jenseits zum Ziel ihrer Utopien. Die Utopie der Freiheit haben an erster Stelle die großen Vordenker der Liberalen entwickelt, meist Engländer wie z.B. Locke, Hobbes und A. Smith. Die Utopie der Gleichheit fand ihren ersten Ausdruck in den Entwürfen des Thomas Morus oder dem „Sonnenstaat“ eines Tommaso Campanella (der von den Jesuiten im Paraguay des 17. Jahrhunderts ein Stück weit verwirklicht wurde). Radikaler waren spätere Ansätze der Sozialisten wie Owen oder Proudhon oder gar jene von Marx und Engels, in deren Kommunismus dann die Utopie der Gleichheit einen vorläufigen Abschluss fand. Attali stellt fest: entwickelt sich nur die Freiheit, nimmt die Ungleichheit zwischen den Menschen zu, entwickelt sich hingegen nur die Gleichheit, mündet sie schnell in den Totalitarismus. Eine gewisse Versöhnung dieser Gegensätze könnte die Brüderlichkeit bieten, denn sie fördert sowohl die Freiheit wie auch die Gleichheit. Die so verstandene Brüderlichkeit ist keine illusionäre Utopie sondern - wie Attali überzeugend aufzeigt - eine Lebenshaltung den Mitmenschen gegenüber, die sich in der heutigen globalen und vernetzten Welt als notwendig aufdrängt. In der Entwicklung der Globalisierung und der zunehmenden Vernetzung der Welt sieht Attali schon Keime eine zukünftigen Brüderlichkeit. Der elektronischen Vernetzung (wo schon heute vieles kostenlos weitergereicht wird) wird einmal in Zukunft - so ist er überzeugt -, eine soziale Vernetzung folgen, in der auch die Dienstleistungen verschenkt werden. Schon heute ist die Zahl der Menschen, die in gemeinnützigen Institutionen arbeiten, im Zunehmen begriffen. Es ist erfreulich, dass dann auch konkrete Beispiele folgen, wie z.B., die Gründung der Grameen - Bank in Bangladesch, die sich auf Kredite für ärmere Bevölkerungsteile spezialisiert hat. In den konkreten Beispielen liegt auch eine der Stärken dieses Buches, denn oft kranken ähnliche Schriften daran, dass sie statt konkret im entscheidenden Moment abstrakt werden. Vielleicht ist deutlich geworden: das Buch wendet sich nicht in erster Linie an Ökonomen, sondern möchte Hebammendienste bei der Geburt eines neuen Bewusstseins leisten. Das Buch fügt sich absolut nahtlos in die Gedankenwelt der Dreigliederung Rudolf Steiners ein. Daher ist es zum Schluss auch passend, dass dieses Buch mit einem Nachwort von Gerald Häfner versehen wurde, der einige offen gelassene Fäden des Textes mit dem Impuls der Dreigliederung verknüpft und so auch etwas zu jener Vernetzung der Impulse beiträgt, die Attali ein Anliegen ist.

Jacques Attali: *„Brüderlichkeit, eine notwendige Utopie im Zeitalter der Globalisierung“*. Aus dem Französischen von Herta Luise Ott, mit einem Nachwort von Gerald Häfner. kart. 160 Seiten, Euro 16.50/ Fr.28.50, Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 2003

* Diese Rezension erschien zuerst in der Zeitschrift „Novalis“

DEM GELD AUF DER SPUR

Hinweis auf das Heft 3/2003 der Zeitschrift die Gegenwart

Gerald Aregger

„Money makes the world go round“ - „Geld dreht die Welt“, heißt es in einem Lied. Das ist mehrdeutig. Wir sprechen von der Potenz des Geldes, und davon, dass Geld den Charakter verderbe. Stinkreich. Geldgierig. „Zeit ist Geld“, behaupten Momos gehetzte graue Männer. Hört bei Geld die Liebe auf? Wie gewonnen, so zerronnen. Alle reden vom Geld, und das Geld redet überall mit (Jochen Hörisch). Im Geldheft der Vierteljahrszeitschrift „Gegenwart“ spricht Christian Guse darüber, worüber man nicht spricht. Stefan Brotbeck erkundet, was einem freien Geistesleben zufließen muss: „Wir sind auch manchmal im Würgegriff von Handlungen, die wir unterlassen.“ Weitere Beiträge von Ueli Bühler, Markus Seiber und Adrian Zurbrügge. Verschiedene Projekte stellen sich vor, u.a. die Versicherungs-Initiative ALTRA. Dazu Hinweise auf spannende Geld-Bücher.

Probehefte bei: Redaktion Gegenwart, Burgunderstr. 132, CH-3018 Bern, Fax +4134 / 4313319. Abo SFR 70,-.

LORENZO RAVAGLI (HRSG.): JAHRBUCH FÜR ANTHROPOSOPHISCHE KRITIK 2003

Christoph Strawe

Die Jahrbücher für anthroposophische Kritik erscheinen nun zum 11. Mal. In den Bänden ist Raum auch für Ungeschütztes und Provozierendes, wird ein Stil der Darstellung gepflegt, der die Kontroverse nicht scheut, Gegensätze nicht übertüncht. Das macht die Jahrbücher so wertvoll für alle, die in der Anthroposophie eine Weiterentwicklung der Aufklärung erkennen, selbst da, wo man selbst einmal nicht mit einem Aufsatz übereinstimmt. Ein Qualitätsanspruch dieser Art führt nicht unbedingt dazu, dass die Bände Kassenschlager geworden wären. Umso wichtiger, sie zu kaufen, wenn man das Erscheinen einer solchen Publikation auch in Zukunft ermöglichen will.

In diesem 11. Band findet man folgende Beiträge: L. Ravagli: Offenbarung, Naherwartung, Konstitution u. Apokalypse / 1879 und die Folgen / Der geistige Ort des Volkes - Volkskunde als „Freiheitswissenschaft“ / - Volksgeister und Volksdämonen / Metamorphosen der Lebenskraft - Rudolf Steiner über Atlantis / Steiners Anthroposophie und die völkische Ideologie / Vom Ariogermanentum zur Christosophie - Versuch über Karl Heise // Günter Röscher: Die Lage der Anthroposophischen Gesellschaft nach der Versammlung v. 28. u. 29. Dez. 02 - Eine Fundamentalkritik / Rückblick... / Umgang mit dem „Grundstein“ - Rezension // Renatus Ziegler: Carl Theodor Unger - Biographie // Michael Muschalle: S.O. Prokofieff und die Philosophie der Freiheit

Edition Trithemius im Novalis-Verlag. Euro 16,-, ISBN 3-907260-10-4, 176 S.

FREIHEIT ODER FREMDBESTIMMUNG - DREIGLIEDERUNG ODER BOLSCHEWISMUS

Christoph Strawe

Unter diesem Titel sind die von Fritz Spielberger und Martin Bacher in Erstaufgabe im Selbstverlag erschienenen „Materialien zur Zeitgeschichte“ jetzt im Verlag Ch. Möllmann, Borchon, neu aufgelegt worden. Das Buch ist das Ergebnis langjähriger Gesprächsarbeit in einem Arbeitskreis zu Fragen der Dreigliederung und widerspiegelt insofern eine intensiven Beschäftigung mit dem Thema.

Teil I behandelt Dreigliederung in Natur, Kunst und Technik, um dann zu sozialen Fragen überzuleiten.

Der II. umfangreichste Teil steht unter dem Obertitel „Dreigliederung - Zeitphänomene - Lösungsansätze“. Der behandelte Stoff ergibt sich aus den Kapitelüberschriften: Die neue Weltordnung, Freiheit oder Machtwirtschaft, Dreigliederung oder Bolschewismus, Zeitphänomene und Lösungsansätze, gruppiert nach 12 Themenfeldern, Dreigliederung in den Krankheitsprozessen des Menschen und ihre Beziehungen zu den Krankheiten des sozialen Organismus.

Bei diesen 12 Themenfeldern werden „ursächliche und hemmende Einflüsse, welche die Entwicklung einer menschengemäßen Sozialordnung verhindern“ „Entwicklungslinien einer menschengemäßen Gesellschaft“ gegenüber gestellt. Dabei werden Probleme der internationalen Beziehungen, die Staatsfrage, das Bürokratieproblem, Steuersystem, Globalisierung, Geldordnung, Arbeitswelt und Massenmedien betrachtet.

In Teil III geht es um den „individuellen Pfad zur Erkenntnis der Dreigliederung“ und um Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen.

Ob die Autoren bei der Titelwahl gut beraten waren? „Bolschewismus“ ist im gewöhnlichen Verständnis des Wortes eine Zeiterscheinung, die spätestens 1989 in der historischen Versenkung verschwunden ist. Kann es da um die Alternative „Dreigliederung oder Bolschewismus“ wirklich noch gehen? Es bedarf erst langer Erklärungen, was eigentlich mit dem Wort gemeint sei, damit sich erschließt, worauf die Autoren hinauswollen. Der I. Teil „Grundsätzliches zur Dreigliederung“ krankt an der versichernd-aufzählenden, nicht jedoch entwickelnden Methode, die das Wesen der Sache, ihre innere Dynamik, eher verstellt denn erhellt. Auch in der Darstellung von Zeitphänomenen und Lösungsansätzen gibt es neben Treffendem auch mancherlei, was wenig befriedigt. Die Aussage, dass das Buch „viele Bände einer Bibliothek ersetzen“ kann, wie die Verfasser im Vorwort der Erstaufgabe schreiben, wird daher möglicherweise nicht jeder Leser bejahen können. Es scheint eher für Leser geeignet, die sich mit der Thematik schon vertraut gemacht haben. Für sie enthält es viele Anregungen, sich vertieft mit den Zeitphänomenen auseinander zu setzen.

Martin Bacher / Fritz Spielberger: Freiheit oder Fremdbestimmung - Dreigliederung oder Bolschewismus. Materialien zur Zeitgeschichte. 300 S., Br., viele Abbildungen, Euro 19,80. Verlag Ch. Möllmann, Schloss Hamborn 94, D-33178 Borchon, Tel. 052 51 - 272 80, Fax 2 72 56, E-Mail: info@ch moellmann.de

KLAUS ROHRBACH: FREIGELD

Christoph Möllmann

Soeben erreichte mich die Nachricht, daß das Buch „Freigeld“ von Klaus Rohrbach von der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung preisgekrönt worden ist. In der Begründung für die Preisverleihung schreibt der Vorstand der Stiftung: „Wir waren der einhelligen Meinung, dass die geglückte Verbindung von romanhafter Erzählung mit sachlicher Aufbereitung und Darstellung des „Wunders von Wörgl“ besonders geeignet ist, Interesse sowohl für das damalige Experiment als auch für die Idee einer Geldreform im allgemeinen zu wecken. Wir beglückwünschen Sie zu diesem gelungenen Wurf und wünschen dem Buch eine große Verbreitung.“

Klaus Rohrbach ist Waldorflehrer in Würzburg. Er studierte Germanistik, Geographie und Philosophie und ist Autor einiger Bücher und Aufsätze. Das „Wunder von Wörgl“, was war das? Weltwirtschaftskrise - der berüchtigte „Schwarze Freitag“ bringt 1929 tausenden Menschen Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Massenarmut. Auch in Wörgl, der kleinen Gemeinde in Tirol, zählt man mittlerweile über 400 Arbeitslose. Und täglich werden es mehr. Zahlreiche Betriebe müssen ihre Pforten schließen. Nachts tragen die Sozialdemokraten und die immer rabiater werdenden Hakenkreuzler ihre politischen Diskussionen schon mit den Fäusten aus. Die Wörgler werden unruhig. Besonders Michael Unterguggenberger, dem neuen Bürgermeister, raubt die Wirtschaftsnot den Schlaf. Arbeit muß beschafft werden; und das vorhandene Geld muß wieder in Umlauf gebracht werden, damit die Wirtschaft gesunden kann. Doch wer jetzt Geld hat, hält es natürlich in solchen Krisenzeiten zurück. Es behält ja seinen Wert. Auch Michael Unterguggenberger weiß das. Er kennt die Lehre der Sozialreformer, die das Geld als echtes Tauschmittel den Waren wirklich gleichgestellt sehen wollen. Dann nämlich muß auch das Geld - wie die Waren - mit der Zeit an Wert verlieren. Und erst dann wird es niemand mehr risikolos zurückhalten und horten wollen, sondern möglichst rasch in den Wirtschaftskreislauf zurückgeben und umlaufen lassen! So wie es der Volksmund sagt: „Taler, Taler, du mußst wandern ...“ Der Bürgermeister hat nichts mehr zu verlieren. 1932 ist es soweit. Der ganze Ort muß von der reichlich seltsam klingenden neuen Idee überzeugt werden. So beginnt das bedeutendste Freigeldexperiment der Geschichte und wird bald von der internationalen Presse begleitet. Bis man auch in Wien auf diese wahrhaft ungeheuerliche Entwicklung aufmerksam wird...

Das Buch von Klaus Rohrbach ist im Verlag Ch. Möllmann bereits in der 2. Auflage erschienen. ISBN 3-931156-71-0, 144 S. br., CHF 26,- / Euro 14,-

Ankündigungen und Termine

IN EIGENER SACHE: HELFE SIE MIT BEIM VERNETZEN!

E-Mail-Adressenaustausch unter Rundbrieflesern

Christoph Strawe

Immer mehr unserer Leser richten erfahrungsgemäß eine E-Mail-Adresse ein. Viele teilen sie uns auch mit, was uns die Kommunikation sehr erleichtert. Nach unserem Eindruck ist aber auch die Zahl derer groß, von denen wir diese Daten bisher nicht erhalten haben. Normalerweise geben wir E-Mail-Adresslisten natürlich aus Datenschutzgründen nicht weiter. Etwas anderes wäre es allerdings, wenn die Weitergabe ausdrücklich gewünscht wird, um mit allen anderen Rundbrieflesern, die Gleiches wünschen, kommunizieren zu können.

Wir möchten nun gerne unsere E-Mail-Adress-Daten mit Ihrer Hilfe vervollständigen. Für Sie hat das auch den Vorteil, dass wir Ihnen bei Gelegenheit zusätzliche Informationen zur Verfügung stellen können. Da uns das Problem der Überflutung mit Mails bewusst ist, werden wir uns gleichzeitig bemühen, von dieser Möglichkeit einen sparsamen und effizienten Gebrauch zu machen.

- Sie möchten uns Ihre E-Mail-Adresse mitteilen? Oder Sie sind sich nicht mehr sicher, ob Sie das schon getan haben oder ob sich Ihre Adresse seither geändert hat? Schicken Sie eine Mail mit der aktuellen Adresse an: Netzwerk@sozialimpulse.de

- Wir werden dann zu gegebener Zeit alle Menschen, von denen wir die Mailadressen haben, anschreiben und fragen, ob Sie wünschen, dass die Adresse auf einer für alle anderen Rundbriefleser mit E-Mail-Adresse offenen Liste erscheinen soll. Ohne diesen Wunsch bleibt es bei der bisherigen Handhabung, dass die Adresse nur für die Kommunikation mit dem Büro der Initiative Netzwerk benutzt wird.

Die Liste würde nach den bisherigen Überlegungen, mit denen wir einer Anregung von Werner Breimhorst folgen, nur die Namen der Person oder Institution enthalten, dann die E-Mail-Adresse und auf Wunsch und bei Lieferung auch eine kurze Selbstdarstellung des Impulses, der Initiative, der Arbeitsschwerpunkte usw., die möglichst 1.500 Zeichen nicht überschreiten sollte. Das würde die Möglichkeit bieten, allen anderen Teilnehmern der Liste mitzuteilen, an welchen Themen man arbeitet oder Interesse hat. Auf Grund dieser Angaben könnten sich dann andere „Netzwerker“ gezielt an den Betreffenden wenden.

(Eine weitere Möglichkeit wäre noch die Weitergabe der E-Mail-Adresse nur zu bestimmten Themen oder nach Rücksprache. Das sollte aber erst im zweiten Schritt überlegt werden, um den Vorgang nicht zu verkomplizieren.)

„FAIRE WIRTSCHAFT FÜR ALLE“ - KONSUMENTEN MACHEN DEN ANFANG

Ein Impuls-Kongress für Konsumentinnen und Konsumenten, die zur Mitgestaltung von Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur bereit sind

Termin und Ort: 23. - 25. Januar 2004. Freitag (ab 09:00) bis Sonntag (12:30). Herzberg (Haus für Bildung und Begegnung) 5025 Asp (ob Aarau).

Mitwirkende: Vorträge, Gesprächs-Workshops mit Udo Herrmannstorfer (Hauptreferent) sowie Sylvain Coiplet, Dr. Michael Ross, Bettina Kalambokis, Dr. Dr. h.c. Michael Rist u.a.

Marktplatz „Partner der Zusammenarbeit“: Im Rahmen des Impuls-Kongresses stellen sich Institutionen und Firmen vor und berichten in Wort, Schrift und Bild über ihr ökologisches und sozialverträgliches Engagement. Folgende Firmen und Institutionen haben ihre Mitwirkung zugesagt: CoOpera / Referent: Matthias Wiesmann - Biopartner / Referent: Hans-Ueli Eisenhut - Weleda / Referent: Andreas Ellenberger - Freie Gemeinschaftsbank BCL / Referent: Markus Jermann - IMO (Bio-Zertifizierung) / Referent: Dr. Rainer Bächli - Max Havelaar Foundation (Schweiz) / Referentin: Selina Ingold / Demeter Verband Schweiz / Referent: Marc C. Theurillat.

Kulturelle Highlights: Freitag, 23. Januar 2004, 20:00 Uhr: Die Sekem Initiative in Ägypten. Vortrag mit Bildern von Dr. Ibrahim Abouleish, dem Gründer der Sekem-Initiative. Ausstellung „Fruchtbares Land - geschaffen aus der Wüste Ägyptens“ während des ganzen Kongresses. Samstag, 24. Januar 2004, 20:00 Uhr Herr Thiel und Herr Sassine. Einsames literarisches Kabarett. Ausgezeichnet mit dem Salzburger Stier. Ein Gesamtkunstwerk aus zwei Herren, Worten, Musik und Tanz.

Der Kongress: Der Impuls-Kongress bietet eine Einführung - mit vielen Beispielen aus der Praxis - zu einer fairen Wirtschaft für Alle. Wenn von Wirtschaft geredet wird, meint man oft diejenigen, die beruflich damit zu tun haben. Darin steckt aber ein grundlegender Denkfehler, denn alles dreht sich um den Konsumenten: die gesamte arbeitsteilige Produktion und die sich anschließende Distribution hängen von seinen Kaufentscheidungen ab. Für viele ein Grund, sich bequem zurück zu lehnen und die Macht der Kunden-Königswürde zu genießen. Der Genuss wird jedoch bald gestört durch das Bild, das sich vom Liegestuhl aus bietet. Der Zustand der natürlichen und sozialen Umwelt zeigt besorgniserregende Symptome von Zerstörung, Krankheiten und Ungerechtigkeiten. Deshalb fordern wir deren Beseiti-

gung. Bis wir bemerken, dass wir als Konsument gleichzeitig auch der Auftraggeber und damit auch der eigentliche Verursacher der uns störenden Verhältnisse sind. Das Erwachen für die Verantwortung schärft unseren Blick für immer mehr Zusammenhänge. Bei vielen entsteht dann das Bedürfnis und der Wille nach neuen Handlungs- und damit Heilungsmöglichkeiten. Dazu bedarf es einer Weiterentwicklung der Zusammenarbeitsformen. Als Verbraucher stehen wir passiv am Ende der Handlungsketten, als Mitverursacher aber bilden wir Konsumenten den initiativen Anfang. Für alle Stufen dieses Prozesses assoziativer Wirtschaftsentwicklung will der Kongress Verständnis fördern und praktische Anregungen geben.

Programmablauf

Freitag, 23. Januar 2004

09:00-09:30: Eintreffen der Teilnehmenden und Begrüßungskaffee // 09:30-09:45: Begrüßung durch Peter-Matthias Born // „Vom Endverbraucher zum Verursacher - Das Erwachen des Konsumenten für seine Verantwortung“ // 09:45-11:00: Udo Herrmannstorfer, Referat mit Aussprache // 11:00-11:15: Pause // 11:15-12:30: Sylvain Coiplet, Referat mit Aussprache // 12:30-14:30: Mittagessen - Pause // : Referate zum Marktplatz „Partner der Zusammenarbeit“ // 14:30-15:00: Max Havelaar / Referat von Selina Ingold // 15:00-15:30: Weleda / Referat von Andreas Ellenberger // 15:30-16:00: Freie Gemeinschaftsbank BCL / Referat von N.N. // 16:00-16:30: Kaffeepause // 16:30-17:45: Arbeitsgruppen. Gespräche mit den Referenten // 17:45-18:15: Markt- platz „Partner der Zusammenarbeit“ // 18:15-19:30: Nachtessen - Pause // 19:30-20:00 Preisverleihung der Demeter Konsumenten (Schweiz. Verband) an Dr. Ibrahim Abouleish (Laudatio: Dr. Rainer Bächli) // 20:00: Sekem: Fruchtbare Land - geschaffen aus der Wüste Ägyptens, Referat mit Licht- bildern von Dr. Ibrahim Abouleish

Samstag, 24. Januar 2004

„Vom Käufer zum Vertragspartner - die neue Rolle des Konsumenten“ // 08:30-09:45: Udo Herrmannstorfer, Referat mit Aussprache // 09:45-10:15: Kaffee-Pause // 10:15-11:30: Dr. Michael Ross, Referat mit Aussprache // 11:30-11:40: Pause // Referate zum Marktplatz „Partner der Zusammenarbeit“ // 11:40-12:10: IMO (Bio-Zertifizierung) / Referat von Dr. Rainer Bächli // 12:10-12:40: Demeter / Referat von Marc C. Theurillat // 12:40-14:30: Mittagessen - Pause // Referate zum Marktplatz „Partner der Zusammenarbeit“ // 14:30-15:00: Biopartner (Vanadis/Bio-Eichberg) / Referat von Hans-Ueli Eisenhut // 15:00-15:30: CoOpera / Referat von Matthias Wiesmann // 15:30-16:00: Forum Freie Sozialökonomie / Referat von Sylvain Coiplet // 16:00-16:30: Kaffeepause // 16:30-17:45: Arbeitsgruppen. Gespräche mit den Referenten // 17:45-18:15: Markt- platz „Partner der Zusammenarbeit“ // 18:15-20:00: Nachtessen - Pause // 20:00: Herr Thiel und Herr Sassine: Einsam literarisches Kabarett (ausgezeichnet mit dem Salzburger Stier)

Sonntag, 25. Januar 2004

„Faire Wirtschaft für Alle - Neue Formen der Zusammenar- beit“ // 08:30-09:30: Dr. Michael Rist, Referat mit Aussprache // 09:30-09:45: Pause // 09:45-10:45: Bettina Kalambokis, Referat mit Aussprache // 10:45-11:15: Kaf- fee-Pause // 11:15-11:45: Aussprache im Plenum // 11:45-12:30: Udo Herrmannstorfer, Abschlussbetrachtung

Anmeldung und weitere Infos: Forum Freie Sozialökonomie, Sekretariat Regula Born / Peter Matthias Born, Postfach 82, CH-8332 Russikon, Tel. +41(0)1 / 955 07 42, Fax +41(0)1 / 955 07 51, forum@demeterkonsumenten.ch, www.sozialoekonomie.ch

GELD UND LANDWIRTSCHAFT

Landwirtschaftliche Tagung, 4. - 7. Febr. 2004

Vorträge: Die ökonomische Zukunft des Betriebes aktiv in die Hand nehmen (Jan J.C. Sal) // Geld und Magie - zu Faust II - (Hans Christoph Binswanger; an den Abenden führt das Ensemble der Goetheanumbühne Szenaus aus Faust II auf) // Der ökonomische Organismus der Hawthorne Valley Farm, USA (Steffen und Rachel Schneider) // Vom Aschenputtel zum Lieblings- kind? Der ökologische Landbau und seine politische Förderung (Stephan Dabbert) // Preisbildungsprozesse verstehen und mitgestalten (Änder Schanck) // Das scheinbar Unmögliche wagen: Zusammenarbeiten im Wirtschaften (Nikolai Fuchs).

Im Programm angekündigt sind außerdem 41 Übungs- und Fachgruppen. Die Übungsgruppen be- schäftigen sich mit dem Thema: „Die ökonomische Zu- kunft des Betriebes aktiv in die Hand nehmen: Entwick- lungsprozesse in Betrieben und in Kooperationen“. An einem Nachmittag werden Projekte und Initiativen vorge- stellt.

Anmeldung, Auskunft: Landwirtschaftliche Abteilung am Goetheanum, Hügelweg 59, CH-4143 Dornach, Tel. +4161 / 706 42 12, Fax: +4161 / 706 42 15, E-Mail: landw.abteilung@goetheanum.ch

„WIE KOMMT DIE ÖKOZÜCHTUNG AUF DEN TELLER?“

Neue Vermarktungswege und -ideen im Gespräch, Tagung, 17. Januar 2004 in Kassel

Nach vielen Jahren der Auslese und Kreuzung haben ökologische Pflanzenzüchter neue hochwertige Sorten entwickelt. Auf Grund der Anwendung ganzheitlicher Gesichtspunkte im Züchtungsprozess können diese Pflanzen u.a. einen hervorragenden Geschmack, gute Reifefähigkeit und Ernährungsqualität sowie beste An- baueigenschaften für Bio-Betriebe bieten. Doch wie kann diese Qualität bis zum Verbraucher gelangen? Lässt sich die Austauschbarkeit und Beliebigkeit der heutigen Warenströme verändern? Will der Verbraucher über- haupt „Klasse statt Masse“?

Vor diesem Hintergrund ergeben sich wichtige Aspekte und Fragen für den Verkauf von Sorten aus ökologi- scher Pflanzenzüchtung: Helfen Ökosorten gegen Preis- dumping? Wie können Kunden z. B. „ihre“ regionale und ökologisch gezüchtete Lieblingsmöhre erkennen und dadurch die Nachfrage verstärken? Können Händler und Verarbeiter sich mit Ökosorten besser profilieren? Ist eine getrennte Erfassung einzelner Sorten überhaupt mög- lich? Wann ist ein Produkt seinen Preis wert (preiswert!)? Beiträge der Wertschöpfungskette zur Finanzierung der Züchtung?

Ansätze und Perspektiven zur Vermarktung der ökologischen und biologisch-dynamischen gezüchteten Sorten werden an verschiedenen Beispielen mit GärtnerInnen, LandwirtInnen, Händlern und Verarbeitern sowie interessierten Laien diskutiert. Tagung mit Arbeitsgruppen, Diskussionsforen und Vorträgen.

Referenten: Udo Hermannstorfer, Unternehmensberater, Schweiz; Robert Dax, Ökoring Handels GmbH, Mammendorf; Elke Röder (BNN), Gebhardt Rosmanith, Bingenheimer Saatgut AG, Echzell; Dr. Berthold Heyden, Getreidezüchter, Salem; Julian Jakobs, Gemüsezüchter, Obergrashof, Dachau; u.v.a.

Wann: Samstag, 17. Januar 2004, 10 bis 17 Uhr
Wo: Anthroposophische Zentrum Kassel, Wilhelmshöher Allee 261, 34131 Kassel
Kosten: Unkostenbeitrag Euro 30,- (incl. Mittagessen)
Veranstalter: Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Bochum
Anmeldung: bis zum 09.01.2004

Tagungsprogramm und weitere Infos bei: Zukunftsstiftung Landwirtschaft Postfach 10 08 29, 44708 Bochum, Tel. 0234/5797 - 141, Fax -188 email: willing@zs-l.de www.zs-l.de und www.saveourseeds.org

ZWEIJÄHRIGE WEITERBILDUNG NATUR- UND KULTURKOSTBERATER/-IN

Immer mehr Verbraucher entscheiden sich für Lebensmittel aus kontrolliert biologischem oder biologisch-dynamischem Anbau, wissen dabei allerdings nicht immer, wie sie diese Produkte verwenden und schmackhaft und bekömmlich zubereiten können. Zusätzlich haben viele Kunden gesundheitsbezogene Fragen. Leichte Störungen der Verdauung, Konzentrationsprobleme, Müdigkeit, Überempfindlichkeiten etc. sind oft noch kein Grund, eine umfangreiche, professionelle Diätberatung in Anspruch zu nehmen. Diese Menschen kommen mit ihren Fragen direkt zum Naturkosthändler. Diesem fehlt oft das notwendige Grundwissen und die Zeit, bei diesen Problemen gut beraten zu können. Der Natur- und Kulturkostberater kann für diese Menschen die richtige Anlaufstelle sein sich beraten zu lassen. Natur- und Kulturkostberater ist in dieser Hinsicht ein neuer Beruf.

Die Fortbildung beginnt im Februar 2004. Sie richtet sich an Menschen, die in Zusammenarbeit mit dem Naturkosthandel Ernährungsberatung für Kunden entwickeln und durchführen wollen. Dazu gehören Personen, die mit Naturkost vertraut sind und praktische Erfahrung in deren Zubereitung haben - auch ohne einschlägige berufliche Vorkenntnisse. Ferner werden Menschen angesprochen, die bereits im Naturkostbereich tätig sind oder neu in die Branche einsteigen. Dazu gehören auch Personen aus: Lebensmittelerzeugung, -herstellung, -verarbeitung, -vermarktung, Groß- und Einzelhandel.

Die Teilnehmer sollen ihr Fachwissen in Bezug auf die Lebensmittelqualität, die verschiedenen Anbaumethoden, Ökokennzeichnungen und anerkannten Verbände, den

biologisch-dynamischen Anbau und das Warensortiment im Bereich Natur- und Reformkost vertiefen. Sie erwerben Grundkenntnisse der anthroposophischen Menschenkunde und erweitern ihre Kenntnisse der Ernährungsphysiologie. Es werden Fähigkeiten der Wahrnehmung und Kommunikation geschult. Die Fortbildung umfasst Seminartage, Hausaufgaben, Zwischenprüfungen sowie Jahresabschlussarbeiten mit Präsentation. Die Seminartage - am „hof“ Niederursel - umfassen 10 Unterrichtseinheiten von je neun Unterrichtsstunden im Jahr.

Nähere Infos: Internationales Freies Seminar für Ernährung, Erziehung und Diätetik, Michael Kassner, Johannes Kingma, Hopfweg 1, D - 75278 Bad Liebenzell, Tel.: 07052 / 4444, Fax: 07052 / 4449, E-Mail Kingma@t-online.de, Internet: www.IFS-web.de.vu

2. KONGRESS REGIOGELD „REGIO ERGÄNZT EURO“

**19.-21. März 2004 in Prien am Chiemsee,
Kleiner Kursaal**

Mit Prof. Dr. Margrit Kennedy, Dr. Hugo Godschalk, Joachim Sikora, Thomas Mayer, Falk Zientz, Dr. Christoph Strawe, Christian Gelleri, Prof. Dr. Heinz Häberle, Klaus Johann Kopp, UnternehmerInnen von Chiemgauer Regional, u. a. Veranstalter: Chiemgauer regional - Verein für nachhaltiges Wirtschaften

Freitag, 19. März: 14.00 Pressekonferenz // 15.00 Kongressbüro ist geöffnet // 16.00 Begrüßung, Präsentation: Der „Chiemgauer“ - Bildung Regionaler Kreisläufe. Berichte über die aktuelle Entwicklung von Christian Gelleri, Klaus Johann Kopp, den UnternehmerInnen von Chiemgauer Regional, u. a. // 20.00 Vortrag Dr. Christoph Strawe: Globalisierung gestalten - von der Notwendigkeit regionaler Selbstverwaltung.

Samstag, 20. März: 9.00 Vortrag Prof. Dr. Margrit Kennedy: Regio ergänzt Euro // 11.00 Arbeitsgruppen // 15.45 Vortrag Dr. Hugo Godschalk: Regionale Komplementärwährungen // 17.15 Öffentliches Podiumsgespräch: Ein Jahr „Chiemgauer“. Welche Erfahrungen wurden bisher gemacht? Was ist gut und welche Verbesserungen sind notwendig? Wohin muss die Entwicklung gehen? // Erfahrungsaustausch mit Unternehmern, Kunden, Mitgliedern von Vereinen, Freunden, Beratern und MitarbeiterInnen von „Chiemgauer Regional“. Moderation: Prof. Dr. Heinz Häberle. 19.30: Regiofest.

Sonntag, 20. März: 9.00 Performance „Gold“ - „Licht“ - „Gespräch“ - „Es ist an der Zeit“ - Vortrag Joachim Sikora. Visionen, Zukunftsbilder und Lebensmodelle einer Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. 11.30 Abschlußplenum. Ende ca. 13:15 Uhr (Kleinere Änderungen vorbehalten)

Teilnehmerbeitrag: (C = Chiemgauer - erhältlich beim Kongressbüro). Gesamtkarte: 50 Euro/C - ermäßigt 40 Euro/C. Einzelvorträge: 9 Euro/C - ermäßigt 6 Euro/C.

Detailinfos: Marc Berghaus, Telefon 0 80 51 / 968 303, Fax 968 313, marc.berghaus@t-online.de. **Anmeldung:** Chiemgauer Regional, Bernauer Straße 34, 83209 Prien am Chiemsee, www.chiemgauer-regional.de, kongress@chiemgauer.info.

Wegen Übernachtungen: Tourismusbüro Prien Tel. 0 80 51/69 05-0

ES GEHT UMS GANZE

Was können wir tun, um das soziale Leben der Menschheit in gesunde Bahnen zu lenken? Geplante Jubiläumsveranstaltungen zum 33. Jahrestag des Internationalen Kulturzentrums Achberg

Jahreswende 2003/2004: I. Teil 27. Dezember - 1. Januar: Unser Ausgangspunkt: Der Dreigliederungsimpuls. Wie er im 20. Jahrhundert wirkte und im 21. wirken sollte // II. Teil 1. - 6. Januar: Unser Weg: 1971 - 2004. Welche Ideen, Projekte und Personen prägten die erste „Umlaufzeit“¹

Osterwoche 8. - 12. April: Joseph Beuys und seine Quellen. Ein Symposium.

Himmelfahrt 16. - 22. Mai: Fundamente für ein neues Europa: Unsere aktuellen Baustellen im Prozess der Globalisierung

Sommer 21. - 29. August: 33 Jahre Internationales Kulturzentrum Achberg. Jubiläumskongress. Freiheit, Demokratie, Sozialismus. Zeitnotwendigkeiten und Friedensideen im sozialen Leben und im Lebenszusammenhang der Völker. Visionen für eine postkapitalistische Welt des 21. Jahrhunderts.

Herbst 17. - 21. Oktober: Die Dreigliederung des sozialen Organismus als Idee und Entwicklung - Eine gemeinsame Aufgabe der anthroposophischen Bewegung?

Vorveranstaltung (für die 7. Tagung) 15. - 18. Nov.: Valentin Tombergs rechtsphilosophisches Werk im Verhältnis zur Idee des Rechts bei Rudolf Steiner

Winter 27. Dez. 2004 bis 1. Jan. 2005: Dimensionen des Rechts: Menschenrechte, Rechtsleben der Gesellschaft, Völkerrecht und Menschenheitsrecht - Rechtsphilosophische Reflexionen in praktischer Absicht (Kant, Hegel, Radbruch, Steiner, Tomberg, Luhmann, Rawls u. a.)

Die mit dem Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus verbundenen Aufgaben sind heute größer denn je, weil das 20. Jahrhundert die ihm gestellten Aufgaben nicht nur nicht erledigt, die Probleme vielmehr derart vermehrt und vergrößert hat, dass sich die meisten Menschen auf ihre privaten Angelegenheiten zurückziehen, weil sie keine Möglichkeit sehen, auf die Verhältnisse auf der Ebene des Staates, auf europäischer Ebene oder gar global Einfluss nehmen zu können.

Nicht zuletzt um in dieser Hinsicht nicht in Hilf- und Ratlosigkeit zu resignieren, aber auch um nicht Illusionen zu verfallen, wollen wir mit den Veranstaltungen zum

„heiligen Jahr“ des Internationalen Kulturzentrums Achberg Wege zu zeigen versuchen, wie jeder einzelne Mensch gemeinsam mit seinen Mitmenschen heute überall durchaus einen entscheidenden Beitrag leisten kann, um die sozialen Verhältnisse nicht nur im Kleinen, sondern auch im Großen - bis hin zu den Herausforderungen auf der nationalen, der europäischen und der globalen Ebene - in gesunde Bahnen zu lenken.

Wir würden uns freuen, wenn viele am Dreigliederungsimpuls interessierte und engagierte Menschen an den angekündigten Veranstaltungen teilnehmen würden. „Seid Täter des Wortes und nicht Hörer allein.“ (Brief des Jakobus)

Für Informationen und Nachfragen: Tel. 08380-98228 / 9839819/ Fax -675, Internationales Kulturzentrum Achberg, Humboldt-Haus, Panoramastraße 30, 88147 Achberg, Email: kulturzentrum-achberg@gmx.de

¹ Unter dem Begriff „Umlaufzeit“ ist ein Zyklus von 33 Jahren zu verstehen. In diesem Zusammenhang verstehen die Initiatoren der Veranstaltungen auch den Begriff „heiliges Jahr“.

DREIGLIEDERUNGS-WEBSITE

Werner Breimhorst betreibt seit einiger Zeit eine Internet-Seite über Dreigliederung: <http://www.soziale-dreigliederung.de>. Neben zahlreichen sonstigen Artikeln und Beiträgen findet man dort eine Literaturliste, die ständig erweitert wird. Werner Breimhorst bietet „als Servicefunktion“ an, diese Liste um Titel zu erweitern, die das Thema Dreigliederung betreffen und ihm von Lesern des Rundbriefes empfohlen werden. Einzigartig ist bisher der Versuch, Kurzbiografien von Menschen, die mit der Dreigliederungsbewegung in irgendeiner Weise verbunden sind, ins Netz zu stellen. Für diese Liste „Menschen und Dreigliederung“ werden Vorschläge für Ergänzungen gern entgegengenommen werden.

Kontakt: Heinz-Werner Breimhorst, Steinhalde 23, D - 79117 Freiburg, Tel. 0761/ 696 3789, E-Mail info@soziale-dreigliederung.de, Internet: www.soziale-dreigliederung.de.

RELAUNCH UNSERER ENGLISCHSPRACHIGEN WEBSITE WWW.THREEFOLDING.NET

Die englische Website, die man direkt über die oben stehende Adresse oder auch über einen Link auf www.sozialimpulse.de erreichen kann, hat ein neues Outfit bekommen, um sie übersichtlicher und benutzerfreundlicher zu machen und der Tatsache Rechnung zu tragen, dass immer mehr auf ihr unterzubringen war. U.a. enthält sie eine Weiterleitung zur GN3-Website, wo seit einigen Wochen u.a. ein gemeinsamer Artikel von Nicanor Perlas und Christoph Strawe zu finden ist: „Importance of Threefolding in the Age of the Empire Matrix“.

Kontinuität der Arbeit ermöglichen

Aufruf zum Kostenausgleich

Etat 2004 der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Christoph Strawe

Dieser Rundbrief widerspiegelt einmal neu Umfang und Richtung der Arbeit der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Soll diese Arbeit im nächsten Jahr gut weitergehen, dann braucht es wie in der Vergangenheit die dafür nötigen Finanzmittel. Daher ergeht wie in jedem Jahr an alle, die in der Initiative etwas Berechtigtes und Unterstützenswertes sehen, der Aufruf, hierzu beizutragen. Zuspruch, Ermutigung und Unterstützung, die ich im vergangenen Jahr erfahren habe, lässt mich dabei auch für das neue Jahr wieder hoffen, dass über die vielen individuellen Beiträge das notwendige Geld zusammenkommen wird. Es ist mir ein Bedürfnis, an dieser Stelle von ganzem Herzen allen zu danken, die 2003 mitgeholfen haben!

Das Kostenausgleichsverfahren

Das Finanzierungsinstrument, das wir in der Initiative einsetzen, ist das Kostenausgleichsverfahren. Das Netzwerk kennt keine Vereinsmitgliedschaft, also auch keinen verpflichtenden regelmäßigen Beitrag. Der Kostenausgleich ist aber auch keine freie Spende, die einfach „à fonds perdu“ gezahlt wird, also - einmal gegeben - schlicht „weg“ ist. Der Kostenausgleich ist eine Form finanzieller Mitverantwortung auf Zeit und steht damit in der Mitte zwischen Beitrag und freier Spende.

Mitverantwortung auf Zeit heißt, dass wir zur Bewusstseinsbildung über die nötigen Mittel jährlich ein Budget aufstellen.

- Natürlich versuchen wir dabei, „auf dem Teppich zu bleiben“, d.h. realistisch einzuschätzen, was möglich ist. - Finanziert werden müssen die Sachkosten und angemessene Einkommensbeiträge, um die Informations-, Vermittlungs- und sonstige Arbeiten des Büros, die im

gemeinsamen Interesse für notwendig erachtet werden, zu ermöglichen.

Dabei trennen wir die erwarteten Zahlungen, die ausdrücklich nur für den Rundbrief gegeben werden, zunächst ab und versuchen, das dann noch verbleibende Defizit durch ein Umlageverfahren aufzubringen, den allgemeinen „Kostenausgleich“. Auch steuerlich betrachtet handelt es sich dabei nicht um eine Spende. Vielmehr bilden die am Netzwerk beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die den Charakter einer reinen „Innengesellschaft“ - so der Fachausdruck - hat. Das bedeutet, dass sie nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbständig auftritt. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen dieser Innengesellschaft die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen. Die Rechnung geht dann auf, wenn der geringere Beitrag finanziell schlechter gestellter Menschen durch einen höheren Beitrag Besergestellter ausgeglichen wird.

Nach Jahresablauf legen wir dann gegenüber den Beteiligten Rechenschaft über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben ab.

(Kostenausgleicher des Jahres 2003 erhalten im ersten Quartal die Abrechnung für das vergangene Jahr.)

Generell gilt: Ergibt sich ein Restdefizit, so ist es jedem Einzelnen überlassen, ob er zu dessen Deckung beitragen will. Eine „Nachschusspflicht“ besteht nicht. Ergibt sich - etwa durch höhere Beiträge - ein

Überschuss, so entscheidet wiederum letztlich der Einzelne über seinen Anteil. (Er kann ihn z.B. für das nächste Jahr stehen lassen, falls er ihn nicht zurück haben will.) Da ein relevanter Überschuss bisher nie erzielt wurde, blieb dieser Fall allerdings bis heute hypothetisch.

Etat 2004		
Kostenblock	Einnahmen	Ausgaben
Rundbrief	12.500 Euro	10.000 Euro
Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit		2.500 Euro
Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten		3.000 Euro
Gehaltsanteile und Honorare		20.000 Euro
Zusammen	12.500 Euro	35.500 Euro
Erwartete Unterdeckung		23.000 Euro
Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommenen 230 Teilnehmern am Kostenausgleich würde das einen Mittelwert von 100 Euro bedeuten.		

Etat 2004

Für 2004 wurde das Budget beim Arbeitstreffen am 23. November besprochen und stieß dort auf die Zustimmung der Anwesenden.

Bitte wirken Sie durch Ihren Beitrag auch 2004 dabei mit, dass wir die Kostendeckung erreichen! Wenn sich genügend Menschen beteiligen, wird das auch in diesem kommenden Jahr wieder gelingen. Überweisungen erbitten wir auf das Treuhandkonto Czesla, Konto Nr. 11 61 625 bei der Landesbank Ba-Wü, BLZ 600 501 01, Kennwort „Kostenausgleich“.

Wichtig: Den Beitrag für den Dreigliederungs-Rundbrief (Richtsatz Euro 20,-, s. weiter unten) können Sie in Ihren Kostenausgleichsbeitrag einkalkulieren. Wir rechnen diese Euro 20,- dann für den Rundbrief an, so dass Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen.

Das Einfachste wäre im übrigen, wenn Sie Ihren Jahresbeitrag nicht stückeln, sondern gleich zu Jahresanfang 2004 überweisen. Aber natürlich geht es auch per Ratenzahlung. Seit diesem Jahr ist auch für Bezieher in Deutschland auch Abbuchung möglich, wenn Sie uns eine Abbuchungsermächtigung schicken. Das ist aber nur dann sinnvoll, wenn Sie uns über mehrere Jahre immer den gleichen Betrag zuwenden möchten. Die Abbuchungsermächtigung kann durch formlose schriftliche Mitteilung erteilt werden (dabei unbedingt Kontonummer und Bankleitzahl nennen).

Auslandsüberweisungen: Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten zur Vermeidung hoher Überweisungsgebühren. Bewährt hat sich die Übersendung eines Geldscheins. Eine andere Möglichkeit ist die Verwendung der IBAN Nummer des Treuhandkontos Czesla: DE 65 6005 0101 0001 1616 25 (BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Falls Sie über ein Postgirokonto verfügen, ist es in manchen Ländern günstiger, auf das Konto-Nr. 278699-707 (C. Strawe, Sonderkonto Netzwerk) bei der Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70) überweisen. Bitte benutzen Sie das Sonderkonto aber nach Möglichkeit nur für solche Auslandsüberweisungen. Dieses Konto hat die IBAN-Nummer: DE30 6001 0070 0278 6997 07 (BIC: PBNKDEFF600).

Steuerliche Behandlung

Die Kostenbeiträge können bzw. sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen bzw. gewerblichen Tätigkeit steht, als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.* Auch gemeinnützige Einrichtungen, die sich in dieser oder jener Form Ziele gesetzt haben, bei denen eine Teilnahme am Netzwerk im Zusammenhang mit der Erfüllung der Satzungszwecke steht, können ohne weiteres am allgemeinen Kostenausgleich teilnehmen bzw. sollten den Rundbrief beziehen.

Zur Finanzierung des Rundbriefs

Was den Rundbrief angeht: Denken Sie bitte daran, Ihren Beitrag für den Bezug für das Jahr 2004 zu bezahlen. Bezieher, die für das vergangene Jahr noch nicht bezahlt haben, sind gebeten, dies möglichst umgehend nachzuholen. Wir verzichten wegen des damit verbundenen Aufwands auf Mahnungen gänzlich. Dafür sind wir um so mehr auf das Verantwortungsbewusstsein unserer LeserInnen angewiesen.

Als Orientierungsgröße gilt der Richtsatz von Euro 20,-. Da es jedoch recht viele Bezieher gibt, die aus finanziellen Gründen ihren Beitrag unter dem Richtsatz ansetzen müssen, sind wir natürlich dankbar, wenn Sie Ihren Beitrag höher bemessen können, damit die Rechnung aufgeht. Für Ihre Überweisung benutzen Sie das Kennwort „Rundbrief“.

Zur Entwicklung des Rundbriefs

Bei dieser Gelegenheit einige Bemerkungen zur Entwicklung der Zeitschrift: Der Rundbrief hat jetzt 1244 feste Bezieher. Dabei gibt es eine erhebliche Umschichtung: Abbestellungen, meist mit der Begründung, man finde nicht die Zeit zum Lesen, stehen einer größeren Zahl von Neubestellungen gegenüber, oft von Menschen, die aus ihrem sozialen Engagement heraus den Rundbrief als wertvolle Informationsquelle entdecken. Stärker als früher wird der Rundbrief auch in Kreisen wahrgenommen, in denen der Dreigliederungsgedanke bisher keine Rolle gespielt hat bzw. ganz unbekannt war. An dieser Entwicklung können unserer Leserinnen und Leser mitwirken, indem sie Probehefte oder Handzettel anfordern und verbreiten. Zunehmend wird der Rundbrief auch über unser Internet-Angebot entdeckt.

Anmerkung

* Falls Sie sich wegen der steuerlichen Seite unsicher sind, sprechen Sie uns an. Für größere Beträge ist u.U. eine Zuwendung an das Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. eine Alternative zum Kostenausgleich, falls Sie diesen nicht steuerlich geltend machen können.



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Verantwortlich: Udo Herrmannstorfer und Dr. Christoph Strawe
Veranstalter: Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach
Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart
Tel. 0711-23 68 950, Fax 23 60 218,
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de

Programm 1. Jahreshälfte 2004

Seminar, 3. - 4. April 2004, Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart

Organisationsentwicklung und Qualität

Mit Udo Herrmannstorfer, Dr. Michael Ross, Dr. Christoph Strawe, Christian Czesla u.a.

Samstag, 3. April: 9.15: Öffnung des Tagungsbüros // 10.00 - 11.15 Eröffnung und Begrüßung - Der Organisationsentwicklungsansatz von „Wege zur Qualität“ (Referat Udo Herrmannstorfer) // 11.30 - 12.30: Gespräch im Plenum // 14.00 - 15.30: Die Qualitätsfrage in den Phasen der OE (Pionierphase, Differenzierungsphase, Integrationsphase, „Assoziations“phase) (Referat Udo Herrmannstorfer) // 16.00 - 17.30: Instrumente der OE und Gesichtspunkte ihrer Beurteilbarkeit (Referat Dr. Michael Ross und ergänzende Beiträge) // 17.45 - 18.45 Arbeitsgruppen // 20.00 - 21.30: Forum: Praktische Erfahrungen mit der Qualitätsarbeit in der Organisationsentwicklung - Beiträge von Christian Czesla (Steuerberater und Sozialgestalter), Uwe Scharf (Geschäftsführung Altenheim) u.a. // **Sonntag, 4. April:** 09.00 - 10.15: Was hält einen sozialen Organismus gesund? - Salutogenese: ein Thema für die Organisationsentwicklung? (U. Herrmannstorfer, C. Strawe u.a.); Arbeit in kleinen Gruppen // 10.45 - 12.00: Forum zu den Perspektiven der weiteren Arbeit auf dem Gebiet von Qualität und OE / Abschluss // Teilnahmegebühr Euro 120,- (ohne Unterbringung und Verpflegung)

1-Tages-Blockseminar, Sa, 24. April 2004, Forum 3, Gymnasiumsstraße 21, 70173 Stuttgart

Notwendigkeiten moderner Sozialgestaltung

Eine Einführung in den Arbeitsansatz der Dreigliederung des sozialen Organismus

Seminar für Einsteiger mit Christoph Strawe. Beginn 10 Uhr, Ende 19 Uhr.

Themen: Der Mündigkeitsimpuls der Moderne und seine Folgen für das soziale Leben // Individualisierung und Globalisierung - Wie kann die Globalisierung gestaltet werden? // Die Frage nach der Freiheit der Kultursphäre, der Vertiefung der Demokratie und der Entwicklung einer solidarischen Ökonomie // Geschichtliches zur Dreigliederung // Individualisierung der globalen Verantwortung: Welche Handlungsansätze gibt es im Großen und im Kleinen?

Tagesgliederung: Erste Runde: 10.00 - 11.30 und 11.45 - 13.00 Uhr // Zweite Runde: 14.30 - 15.30 und 15.45 - 16.45 Uhr // Dritte Runde: 17.00 - 19.00 Uhr // Öffnung des Tagungsbüros 9.30. Die Runden werden jeweils durch Impulsreferate eingeleitet. **Teilnahmegebühr** Euro 60,- (ohne Verpflegung)

Einsteigerseminare an anderen Orten

Das Institut für soziale Gegenwartsfragen bietet bei hinreichendem konkreten Bedarf ähnliche Einsteigerseminare auch an anderen Orten an, wobei das Programm gemäß lokalen Bedingungen modifiziert werden kann. Auch mehrere einführende Blockseminare sind denkbar, bei denen dann die kulturelle, politisch-rechtliche und wirtschaftliche Dimension der Dreigliederung genauer erarbeitet werden könnte. **Bei Interesse nehmen Sie bitte mit uns Kontakt auf.**

Seminar, 18. - 20. Juni, Anthroposophisches Zentrum, Wilhelmshöher Allee, 34121 Kassel

Vernetzung als Organisationsform des sozialen Lebens

Mitveranstalter: Kulturinitiative im Anthroposophischen Zentrum Kassel

Freitag, 18. Juni: 19.15: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00: Vom linearen zum vernetzten Denken (wachsende Komplexität des sozialen Lebens, Pluralismus, Arbeitsteilung) - Vortrag Christoph Strawe // **Samstag, 19. Juni:** 09.00 - 09.45: Formenzeichnen (Tobias Schaumann) // 09.45 - 11.00: Charakteristika der Vernetzung (horizontale statt vertikale Strukturen, periphere statt zentralistische Organisation, Verständigung statt Lenkung, Gliederung statt

Teilung) - Vortrag Udo Herrmannstorfer // 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 14.30 - 15.15: Formenzeichnen (Tobias Schaumann) // 15.15 - 16.30: Formen der Vernetzung in der kulturellen, politischen und ökonomischen Sphäre, Vernetzung als Voraussetzung von Globalität und Regionalität - Vortrag Christoph Strawe // 17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit // 20.00: Die Erneuerung des Verbandswesens und die Überwindung des Ständischen durch Vernetzung - Vortrag Udo Herrmannstorfer // **Sonntag, 20. Juni:** 9.00 - 9.45 Formenzeichnen (Tobias Schaumann) // 9.45 - 11.00 Die Ökonomie als vernetztes System (Plan oder Markt? Assoziationen als Vernetzungsvorgang, das soziale Netz) - Vortrag Udo Herrmannstorfer // 11.30 - 12.30 Abschlussgespräch. **Teilnahmegebühr** Euro 140,- (ohne Unterbringung und Verpflegung. Gemeinschaftsverpflegung zusätzlich Euro 25,-)

Vorschau 2. Jahreshälfte 2004

Seminar, 5. - 7. November 2004, Rudolf Steiner Haus, Hängelstr. 67, 60433 Frankfurt am Main

Wirkungen des Doppelgängers im Sozialen

Mit Udo und Ulla Herrmannstorfer und C. Strawe. Mitveranstalter Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig. Themen: Der Wanderer und sein Schatten: Wesen und Aufgaben des Doppelgängers // Die Auseinandersetzung mit dem Doppelgänger in der Entwicklung der individuellen Sozialfähigkeit // Doppelgängerwirksamkeiten im Zeitgeschehen und die Aufgaben der sozialen Erneuerung // Wirkungen des Doppelgängers im menschlichen Zusammenleben und wie man ihnen begegnet // Doppelgängerwirksamkeiten in der Zusammenarbeit - Wege zur Heilung der Zusammenarbeitsverhältnisse.

Wochenend-Arbeitstagung, Uni Trier, Näheres zu Termin und Mitwirkenden in Kürze
Konzeptuelle Beiträge für eine menschengerechte Globalisierung

Das Ringen um eine soziale Geldordnung

Funktionale und regionale Handlungsansätze im Dialog

Themen: Vom Protest zur Sozialgestaltung: Die aktuelle Bedeutung der Geldfrage für den zivilgesellschaftlichen Dialog // Notwendigkeit und Richtung der Neugestaltung des Geldwesens // Wie kann Geld allen dienen? Möglichkeiten und Grenzen regionaler Geldschöpfung // Das Ringen um eine soziale Geldordnung im Spiegel der Geldtheorien // Verändern statt Warten auf Veränderung - Praktische Ansätze für einen neuen Umgang mit der Geldfrage. Beispiele für funktionierende regionale Komplementärwährungen; neue Ansätze im Bankwesen und in der Unternehmensfinanzierung, die regionale Ebene im Geldwesen // Die Neuordnung der Finanz- und Kapitalmärkte - eine Schlüsselfrage für die globale Entwicklung // Gelddynamik und Sozialgestaltung - die Abhängigkeit der Geldordnung vom sozialen Verständnis und Wollen der Menschen

Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Haußmannstr. 44a
70188 Stuttgart // Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 23 60 218
E-Mail Institut@sozialimpulse.de // Internet: www.sozialimpulse.de

Veranstaltungshinweis:

Fr, 19. bis So, 21. März 2004, Freie Waldorfschule Göttingen, Arbecksweg 1, 37120 Göttingen - Weende

„Geld“ im Unterricht der 12. Klasse

Sozialkunde - Lehrer - Tagung 2004 mit Udo Herrmannstorfer. Da wir uns im Rahmen der Fortbildungsseminare seit vielen Jahren für das Thema der sozialen Frage im Lehrplan der Waldorfschule engagieren, weisen wir auf diese externe Veranstaltungen besonders hin. Beginn Freitag, 18.00 Uhr, Ende Sonntag, 12.30 Uhr. „Wie können wir mit den Schülern über das Thema sprechen?“ - „Wie können wir die bestimmenden Kräfte sichtbar machen und zukünftige Entwicklungen vordenken?“ Gedacht ist vor allem auch an konkrete, unterrichtspraktische Beispiele zu wegweisenden Ansätzen (z. B. Muhammad Yunus: Grameen-Bank, Nicanor Perlas, „Fairer Handel“, Komplementärwährungen). Tagungsbeitrag: 60 Euro.

Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen: FWS Göttingen, Jochen Ketels, Arbecksweg 1, 37120 Göttingen - Weende, Fax: 0551-32239, E-Mail: JKetels@t-online.de